



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Eurosystem

GESCHÄFTSBERICHT 2006



Stabilität und Sicherheit.

Ausgewählte Ereignisse im Zeitspiegel

Die OeNB in Österreich	2006	Die OeNB im Euroraum, im ESZB und in der EU
Neues Erhebungssystem für die Außenwirtschaftsstatistiken der OeNB läuft an, Seite 73	JÄNNER	Österreich übernimmt EU-Ratspräsidentschaft bis Ende Juni 2006, Seite 61
Start des STEPAT-Projekts zur Errichtung eines neutralen Clearingservices in Österreich, Seite 80	FEBRUAR	
Jubiläumsfonds der OeNB feiert 40-jähriges Bestehen, Seite 99	MÄRZ	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 2,50%, Seite 30
Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB zum Thema „Globalisierung: Chancen und Herausforderungen für die Welt, Europa und Österreich“, Seite 93	APRIL	
Geänderte Eigentümerstruktur der OeNB: Republik Österreich hält nunmehr rund 70%, Seite 6	MAI	Europäische Kommission und EZB legen Konvergenzberichte zu Litauen und Slowenien vor, Seite 59
Euro-Bus geht auf Tour: bis August 72 Stopps in ganz Österreich, Seite 87		
OeNB trägt entscheidend zur Bewältigung von zwei Problemfällen im Bankenbereich (BAWAG P.S.K. und Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) bei, Seite 39	JUNI	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 2,75%, Seite 30
OeNB und FMA präsentieren einen Informationsfolder zu den Risiken von Fremdwährungskrediten, Seite 45	JULI	
Änderungen des Bankwesengesetzes zur nationalen Umsetzung von Basel II in BGBl. I Nr. 141/2006 kundgemacht, Seite 46	AUGUST	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 3,00%, Seite 30
	SEPTEMBER	Europäische Kommission legt Fortschrittsberichte über den Stand der EU-Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien vor, Seite 57
OeNB organisiert mit EZB die Europa-Kulturtagung in Frankfurt (vom 18. Oktober bis 14. November 2006) zum Thema Österreich, Seite 93	OKTOBER	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 3,25%, Seite 30 Österreich steht im Mittelpunkt der Europa-Kulturtagung der EZB, Seite 93
OeNB veranstaltet die Conference on European Economic Integration zum Thema „The Changing Landscape of FDI in Europe“, Seite 93	NOVEMBER	
Eintauschfrist für die 100 Schilling-Banknote mit dem Portrait von Angelika Kauffmann läuft ab, Seite 88		
IWF beurteilt Österreichs Wirtschaft im Rahmen der Artikel IV-Konsultationen positiv, Seite 36	DEZEMBER	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 3,50%, Seite 30
Verordnungen zum neuen bankaufsichtlichen Meldewesen kundgemacht, Seite 47		Europäische Kommission und EZB legen Konvergenzberichte zu Estland, Lettland, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern vor, Seite 59
Publikation des österreichischen SEPA-Migrationsplans, Seite 77		European Payments Council (EPC) verabschiedet Rahmenwerk für Single Euro Payments Area (SEPA), Seite 77
OeNB beliefert die slowenische Zentralbank im Auftrag der EZB mit Euro-Banknoten, Seite 85		
	2007	
Eingezahlter Kapitalanteil der OeNB an EZB durch Euro-Einführung in Slowenien auf 2,9002% geändert, Seite 137	JÄNNER	Slowenien führt den Euro ein und wird 13. Mitglied des Euroraums, Seite 58 Kreditforderungen können ab 2007 als notenbankfähige Sicherheiten eingesetzt werden, Seite 64 Bulgarien und Rumänien treten der EU bei, Seite 55
Gezeichneter Kapitalanteil der OeNB durch EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens und Teilnahme von deren Zentralbanken am ESZB auf 2,0159% geändert, Seite 137		
Basel II tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft, Seite 45	FEBRUAR	Malta und Zypern stellen Antrag auf Konvergenzbewertung für die Euro-Einführung, Seite 60
	MÄRZ	EZB-Rat erhöht Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75%, Seite 32
OeNB veröffentlicht in der Reihe „Geldpolitik & Wirtschaft“ Schwerpunktheft zu „5 Jahre Euro-Bargeld in Österreich“, Seite 23		

Inhalt

EIGENTÜMER UND ORGANE DER OENB

Eigentümer, Generalrat, Staatskommissär	6
Direktorium	11

DAS JAHR 2006 IM ÜBERBLICK

Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung	16
Die OeNB im Jahr 2006	18

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2006

Fünf Jahre Euro-Bargeld – Österreicher kommen mit dem Euro gut zurecht	23
Geldpolitik sichert Preisstabilität im Wirtschaftsaufschwung	28
OeNB trägt zur Stärkung der Finanzmarktstabilität bei	39
Wirtschaftspolitische Reformen in der EU beginnen zu greifen	51
Europäische Integration schreitet im Jahr 2006 voran	55
OeNB stellt Umsetzung der Geldpolitik und effiziente Veranlagung der Währungsreserven sicher	64
OeNB als Garant für verlässliche Finanzstatistiken	70
OeNB als Partner für Banken im Zahlungsverkehr	77
OeNB gewährleistet Bargeldsicherheit	84
Integrierte Kommunikation im Dienste von Stabilität und Sicherheit	91
Die OeNB – ein zukunftsorientiertes Unternehmen	95

JAHRESABSCHLUSS 2006 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Bilanz zum 31. Dezember 2006	102
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006	104
Anhang zum Jahresabschluss 2006	105

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2006

143

HINWEISE

Abkürzungen, Zeichenerklärung	146
Glossar	147
Verzeichnis der Kästen, Grafiken, Tabellen	154
Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank	157
Bildnachweis	159
Adressen der Oesterreichischen Nationalbank	160

Redaktionsschluss: 24. April 2007



EIGENTÜMER UND ORGANE DER OENB

Eigentümer, Generalrat, Staatskommissär

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht mehrheitlich im Eigentum des Bundes, die restlichen Anteile befinden sich im Eigentum von Interessenvertretungen sowie von Banken und Versicherungen. Aktionäre können nur österreichische Staatsbürger oder juristische Personen oder Personengesellschaften des Handelsrechts sein, die ihren Sitz und ihre Hauptverwaltung in Österreich haben und deren Anteile sich weder unmittelbar noch mittelbar mehrheitlich in ausländischer Hand befinden. Die Übertragung von Aktien der OeNB ist nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der Generalversammlung wirksam. Seit Mai 2006 hält die Republik Österreich 70,3% der Anteile am Grundkapital der OeNB.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabebereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Gemäß § 20 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Die gemeinsamen Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die

Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften. Weiters ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung des Ausgabenplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und zwölf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Präsident, Vizepräsident und sechs Mitglieder werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere sechs Mitglieder werden von der Generalversammlung (Treffen der Aktionäre) für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Mit Stand 31. Dezember 2006 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Herbert Schimetschek
Präsident
Vorsitzender des Vorstandes
des Austria Versicherungsver-
einens auf Gegenseitigkeit



Dr. Manfred Frey
Vizepräsident
Präsident i. R. der
Finanzlandesdirektion
für Wien, Niederösterreich
und Burgenland



Dipl.-Ing.
August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschafts-
kammer Österreich



Univ.-Prof. Dr.
Bernhard Felderer
Direktor des Instituts
für Höhere Studien
und Wissenschaftliche
Forschung (IHS)



Univ.-Doz. MMag.
Dr. Philip Göth
Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater
Gesellschafter/Geschäfts-
führer der Deloitte-
Gruppe Österreich



Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner
Geschäftsführerin der Sacher
Hotel Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin
der Österreichischen
Hotelierversammlung (ÖHV)



Dipl. Bwt.
Alfred Hannes
Heinzl
Geschäftsführer der
Heinzel Holding
GmbH



Manfred Hofmann
Direktor
Leiter der Abteilung für
Finanz- und Rechnungs-
wesen in der Wirtschafts-
kammer Österreich sowie
Vorsitzender des Vorstandes
der Wirtschaftskammern
Pensionskasse AG und
Vorstand des Pensionsfonds
der Wirtschaftskammer
Österreich



Univ.-Prof. Mag.
Dr. Herbert Kofler
Wirtschaftstreuhänder/
Steuerberater, Vorstand der
Abteilung Betriebliches
Finanz- und Steuerwesen
am Institut für Wirtschafts-
wissenschaften der
Universität Klagenfurt



Mag. Max
Kothbauer
Vorsitzender des
Universitätsrats der
Universität Wien



Dipl.-Ing.
Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana
Beteiligungs-AG



Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien



Dkfm.
Gerhard Randa
Executive Vice President
Magna International Inc.



Mag. Dr. Walter
Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen
Zentralbank
Österreich AG

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:



Dr. Martina Gerharter
Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats



Gerhard Kaltenbeck
Mitglied des
Zentralbetriebsrats



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Thomas Wieser
Leiter der Sektion für
Wirtschaftspolitik und
Finanzmärkte im Bundes-
ministerium für Finanzen



Staatskommissär-
Stellvertreter
Mag. Alfred Lejssek
Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte
im Bundesministerium
für Finanzen

Personelle Veränderungen

vom 27. April 2006 bis 24. April 2007

Die Mitglieder des Generalrats **Mag. Georg Kovarik** und **Dkfm. Johann Zwettler** haben mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 30. Mai 2006 ihre Generalratsmandate zurückgelegt. An ihrer Stelle wurden **Dipl. Bwt. Alfred Hannes Heinzl**, Geschäftsführer der Heinzl Holding GmbH, und **Mag. Max Kothbauer**, Vorsitzender des Universitätsrats der Universität Wien, zu Mitgliedern des Generalrats gewählt.

Mit 1. Juni 2006 legte **Mag. Thomas Reindl** seine Funktion als Vorsitzender des Zentralbetriebsrats zurück. An seiner Stelle wurde Frau **Dr. Martina Gerharter** zur Vorsitzenden des Zentralbetriebsrats gewählt. Mit Wirkung vom 2. Oktober 2006 wurde an Stelle von Abteilungsleiter **Mag. Thomas Reindl** Abteilungsleiter **Gerhard Kaltenbeck** als Vertreter des Belegschaftsorgans in den Generalrat entsandt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 14. Februar 2007 beschlossen, **Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, Generaldirektor der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG, mit Wirkung vom 23. April 2007 zum Mitglied des Generalrats zu ernennen. Weiters hat die Bundesregierung in derselben Sitzung **Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer** und **Mag. Werner Muhm** mit Wirkung vom 23. April 2007 zu Mitgliedern des Generalrats wieder ernannt. Die Funktionsperiode von **Univ.-Prof. Mag. Dr. Herbert Kofler** endete mit 22. April 2007.

Bericht des Präsidenten

Die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet hat im Jahr 2006 wesentlich an Dynamik und Breite gewonnen und befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs, getragen vom gestiegenen Vertrauen der Unternehmen und der privaten Haushalte. Das höhere, aber im historischen Vergleich noch immer relativ niedrige Zinsniveau verbesserte – trotz eines deutlichen Wertverlusts des US-Dollar gegenüber dem Euro – insgesamt die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken des Eurosystems.

In diesem aufgehellten, aber dennoch nicht einfachen Umfeld erbrachte die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im Jahr 2006 eine ähnlich gute Betriebsleistung wie im Vorjahr bzw. im langjährigen Durchschnitt. Allerdings erforderte die Abdeckung des finanziellen Risikos die Dotierung der Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken, sodass die OeNB für das Geschäftsjahr 2006 ein um beinahe zwei Drittel niedrigeres Ergebnis als im Vorjahr ausweist. Im Hinblick auf diese Gewinnentwicklung ist hervorzuheben, dass gesetzliche Änderungen Ende der Neunzigerjahre der OeNB die Bildung von Reserven zur Risikoabdeckung nicht mehr ermöglichen. Diese Entwicklungen wurden in den letzten Jahren bereits mehrfach dargestellt. Mit Blick auf die Zukunft ist daher eine Änderung der Rahmenbedingungen erforderlich, um – wie das auch bei den anderen Zentralbanken des Eurosystems der Fall ist – den Aufbau von Reserven wieder sicherzustellen. Ausreichende Ressourcen der Zentralbanken für die Aufgabenerfüllung sind eine wichtige Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des gesamten Eurosystems.

Ausgehend von ihren Kernaufgaben hat jetzt die OeNB ihre mittelfristigen Unternehmensziele mit Schwerpunkten in den zentralen Bereichen Stabilitätspolitik, Risikomanagement, Zahlungsverkehr und Analyse der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas. Das in den letzten Jahren eingeleitete Bemühen um sparsamen Ressourceneinsatz wird fortgesetzt, wobei die nachhaltige Reduktion der Ausgaben ebenso wie die Verringerung der Mitarbeiterressourcen wesentliche Ziele sind.

Neben der aktiven Mitwirkung im Europäischen System der Zentralbanken wurde im Geschäftsjahr 2006 in allen Geschäftsbereichen der OeNB wichtige Arbeit geleistet: So wurde etwa die Anlagestrategie erfolgreich umgesetzt, die Implementierung von Basel II erfolgte plangemäß und reibungslos und die Vorbereitung auf einen einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum konnte weiter vorangetrieben werden. Bei der Kommunikation mit der Öffentlichkeit standen das Bemühen um die verständliche Erklärung der Geldpolitik und die Information über die Sicherheit der Zahlungsmittel im Vordergrund. Besonders Einsatz und Effizienz bewies die OeNB bei der Sicherung der Finanzsystemstabilität im Zusammenhang mit der Liquiditätsversorgung einer großen österreichischen Bank. Bei den Beteiligungsunternehmen wurden die Restrukturierungen erfolgreich fortgesetzt und Synergien genutzt. Für die Austria Card GmbH wurde die Suche eines strategischen Partners eingeleitet.

Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen wurde besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Unternehmenskontrolle gelegt. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Einsetzung eines Unteraus-



schusses des Generalrats für Rechnungslegung und interne Kontrollsysteme hervorzuheben.

Das anhaltend große Vertrauen der Bevölkerung in die OeNB als Institution ist Anerkennung für die ausgezeichneten Leistungen der Bank als

kundenorientierten Dienstleistungsunternehmens und wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit im Eurosystem.

Präsident
Herbert Schimetschek



Direktorium

Bericht des Gouverneurs

Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2006 – angetrieben von den stark expandierenden asiatischen Volkswirtschaften – um rund 5%. Im Euroraum hat sich der Konjunkturaufschwung zunehmend gefestigt und das Wirtschaftswachstum entwickelte sich mit +2,7% wesentlich dynamischer als noch im Jahr 2005.

Beeinflusst wurde die aufgehellte Wirtschaftsleistung durch eine v. a. in den ersten acht Monaten des Jahres 2006 starke Hausse bei den Rohölpreisen, die zwischenzeitlich auf fast 80 USD/Barrel kletterten. Dies schlug sich unmittelbar in höheren Inflationsraten nieder, die erst wieder gegen Ende des Jahres – mit dem deutlichen Nachgeben der Rohölpreise – etwas abebbten. Im Jahresdurchschnitt 2006 betrug die HVPI-Inflationsrate im Euroraum 2,2%. Für die Geldpolitik des Eurosystems bestand durch die steigenden und über 2% liegenden Inflationsraten im Euroraum die Gefahr, dass diese sich in erhöhten Inflationserwartungen verfestigen. Überdies expandierten die Geldmenge und die Kredite weiterhin kräftig, sodass bei reichlicher Liquiditätsversorgung Risiken für die Preisstabilität bestanden. Der EZB-Rat hob daher die Leitzinsen im Euroraum im Verlauf des Jahres 2006 und bis März 2007 in sechs Schritten um insgesamt 150 Basispunkte an. Die Geldpolitik blieb trotz der Zinsanhebungen weiter eher akkommodierend. Damit trägt die Geldpolitik des Eurosystems insgesamt dazu bei, die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen im Einklang mit Preisstabilität zu halten. Sie leistet dadurch langfristig den bestmöglichen Beitrag für nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum.

Neben monetärer Stabilität durch niedrige Inflationsraten und funktionierende, krisenfeste Finanzmärkte sind gesunde öffentliche Haushalte für die Währungsunion entscheidend. Nach einer Phase unbefriedigender Budgetsalden haben die Länder des Euroraums die günstigere Konjunktur und dadurch mehr Steuereinnahmen im Jahr 2006 für Konsolidierungsfortschritte genutzt. Die Defizite haben sich deutlich zurückgebildet. Auch in den kommenden Jahren bedarf es weiterer ehrgeiziger Anstrengungen bei der Haushaltskonsolidierung vor allem in jenen Ländern, die nach wie vor Haushaltsungleichgewichte und/oder eine hohe Staatsverschuldung aufweisen.

Mit einer dynamischen Strukturpolitik sollte dieser Prozess leichter gelingen. Sie macht die Volkswirtschaften reaktionsfähiger und sorgt dafür, dass die Wirtschafts- und Währungsunion ihr wirtschaftliches Potenzial ausschöpft. Die Lissabon-Strategie der EU – ausgerichtet bis zum Jahr 2010 – setzt die richtigen Reformschwerpunkte. Die Umsetzungen der Reformmaßnahmen beginnen – auch durch die verpflichtenden dreijährigen, nationalen Reformprogramme – mehr und mehr zu greifen. Die Prioritäten liegen damit viel akzentuierter auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf mehr Innovationen, Forschung und Entwicklung, Bürokratieabbau und Deregulierung.

Österreichs Wirtschaft wuchs im Jahr 2006 mit 3,2% ähnlich stark wie zuletzt in der Hochkonjunktur im Jahr 2000 und behielt damit den Wachstumsvorsprung gegenüber seinen größten Handelspartnern Deutschland und Italien, aber auch gegenüber der EU und dem Euro-



raum. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat sank auf unter 5%. Gleichzeitig blieb die Inflationsrate mit 1,7% niedrig. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit verringerte sich, unterstützt durch die gute Konjunktur, im Jahr 2006 auf 1,1% des BIP. Das Programm der seit Jänner 2007 neuen Bundesregierung sieht vor, bis zum Jahr 2010 einen gesamtstaatlichen Budgetüberschuss von rund 0,4% des BIP zu erreichen.

Der österreichische Bankensektor entwickelte sich auch im Jahr 2006 weiter dynamisch. Das Wachstum wurde maßgeblich vom Auslandsgeschäft getrieben, wobei insbesondere die Tochtergesellschaften in Zentral-, Ost- und Südosteuropa wiederum einen bedeutenden Beitrag zur Ertragslage des österreichischen Bankensektors lieferten. Vorübergehend gerieten im Jahr 2006 zwei österreichische Banken in die Schlagzeilen. Die Anspannungen wurden aber – nicht zuletzt durch die bedeutende Mitwirkung der OeNB – rasch und reibungslos überwunden. Das österreichische Finanzsystem wurde damit seinem guten Ruf hoher Stabilität weiterhin gerecht.

Der europäische Integrationsprozess war mit dem Stichtag 1. Jänner 2007 durch weitere Meilensteine gekennzeichnet. Slowenien wurde 13. Mitglied des Euroraums, womit der Euro nunmehr die einheitliche Währung

für 317 Millionen Europäer ist. Bulgarien und Rumänien wurden das 26. und 27. Mitglied der EU. Die OeNB bringt sich in vielfältiger Art und Weise und mit hoher Expertise in die europäische Integration und internationale Kooperation ein.

Mit Jahresende 2006 existierte das Euro-Bargeld in Österreich fünf Jahre. Die österreichische Bevölkerung hat den Euro mittlerweile sehr gut angenommen. Die wirtschaftlichen und praktischen Vorteile, wie Erleichterungen im Reiseverkehr, erhöhte Preistransparenz und Effizienzsteigerungen für Europas Wirtschaft, werden – auch durch die vielfältigen und laufenden Informationsaktivitäten der OeNB – in der Bevölkerung weitgehend wahrgenommen. Im unbaren Zahlungsverkehr wurden im Jahr 2006 wesentliche Harmonisierungsarbeiten für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrs geleistet.

Die OeNB hat sich in den letzten Jahren durch das veränderte Aufgabenfeld dynamisch zu einem modernen, wissensbasierten Dienstleistungsunternehmen mit straffer Organisation und effizientem Kostenmanagement entwickelt. Dieser Weg wird auch in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher

Direktorium der OeNB



Peter Zöllner, Klaus Liebscher, Wolfgang Duchatzek, Josef Christl (von links)

Mit Stand 31. Dezember 2006 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:

Dr. Klaus Liebscher
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl
Mitglied des Direktoriums

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at



DAS JAHR 2006 IM ÜBERBLICK

Wirtschafts- und Finanzmarktentwicklung

Weltwirtschaft expandiert 2006 mit rund 5 % kräftig

Das reale Wachstum der Weltwirtschaft betrug im Jahr 2006 5,4% und verlief etwas schwungvoller als noch im Vorjahr. Wesentliche Wachstumsimpulse gingen vom niedrigen Niveau der langfristigen Zinsen und vom anhaltend kräftigen Wachstum im asiatischen Raum, insbesondere in China, aus. Auch die USA und die Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas entwickelten sich äußerst dynamisch. Die bis August 2006 anhaltende Hausse bei den Rohölpreisen sorgte für Inflationsdruck. Ab September ebten die Rohölpreise wieder deutlich ab, wodurch die Konjunktur gebünstigt und die Inflationsrate gebremst wurde.

Euroraum: Wachstum zieht an, Inflationsrate beträgt 2,2%, Geldpolitik wird gestrafft

Das Wachstum des realen BIP gewann im Verlauf des Jahres 2006 zunehmend an Dynamik und betrug im Gesamtjahr 2006 2,7% (2005: +1,4%). Wachstumsmotor war die Binnennachfrage. Beeinflusst durch die Hausse bei den Rohölpreisen, blieb die Inflationsrate in den ersten acht Monaten 2006 deutlich über 2%. Erst gegen Ende des Jahres ließ der Preisauftrieb etwas nach. Insgesamt lag die Inflationsrate im Jahr 2006 bei 2,2%. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat sank im Euroraum mit 7,9% auf den niedrigsten Stand seit 2001. Stärkerer Inflationsdruck, ein robuster Konjunkturaufschwung und eine expansive Geldmengenentwicklung erforderten eine Straffung der Geldpolitik: Der EZB-Rat erhöhte im Verlauf des Jahres 2006 die Leitzinsen des Eurosystems in insgesamt fünf Zinsschritten um 125 Basispunkte auf 3,50%. Anfang März 2007 wurden die Leitzinsen wegen bestehender Risiken für die Preisstabilität um weitere 25 Basispunkte angehoben.

Österreich: Wirtschaft wächst mit über 3 %, Arbeitslosenquote sinkt unter 5 %, Inflationsrate bleibt unter 2 %

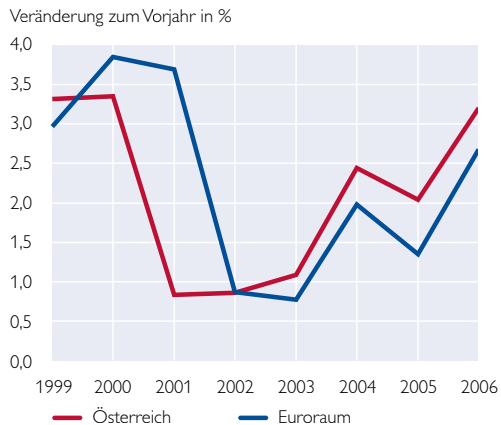
Österreichs Volkswirtschaft profitierte im Jahr 2006 von der robusten internationalen Konjunktur. Das reale BIP-Wachstum lag mit +3,2% deutlich über dem Wert des Jahres 2005 und erreichte annähernd den Wert des Hochkonjunkturjahres 2000 (+3,4%). Das Wirtschaftswachstum blieb kräftiger als bei den größten Handelspartnern Deutschland und Italien, der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum betrug rund einen halben Prozentpunkt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich deutlich, die Arbeitslosenquote laut Eurostat sank von 5,2% (2005) auf 4,8% (2006). Mit einer HVPI-Inflationsrate von 1,7% zählte Österreich auch zu den preisstabilsten Ländern im Euroraum. Unerwartet hohe Steuermehreinnahmen trugen maßgeblich zum Rückgang des gesamtstaatlichen Budgetsaldos auf -1,1% des BIP im Jahr 2006 bei, womit er deutlich unter dem des Euroraums (-1,6%) lag.

Positive Entwicklung bei österreichischen Banken setzt sich fort

Die unkonsolidierte Bilanzsumme der Banken stieg im Jahr 2006 um 9,9% auf knapp 800 Mrd EUR. Das Wachstum wurde maßgeblich vom Auslandsgeschäft getrieben. Die Tochtergesellschaften österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa liefern inzwischen einen bedeutenden Beitrag zu den Erträgen des österreichischen Bankensektors. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis des Bankensektors stieg im Jahr 2006 um 3,1% auf 5,8 Mrd EUR. Die Betriebserträge wuchsen schwächer als die Betriebsaufwendungen und führten zu einem leichten Anstieg der Aufwand-Ertrag-Relation, die sich dennoch in einer längerfristigen Betrachtung deutlich verbesserte.

Grafik 1

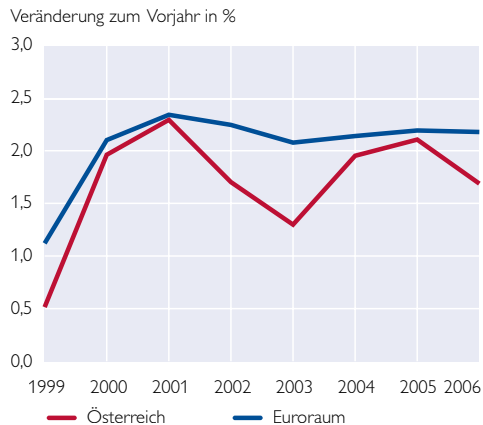
Reales BIP



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

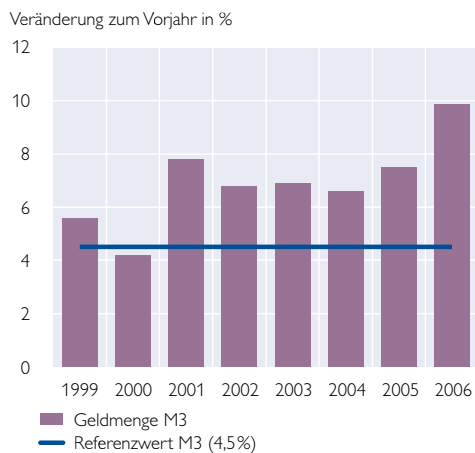
Grafik 2

HVPI-Inflationsrate



Grafik 3

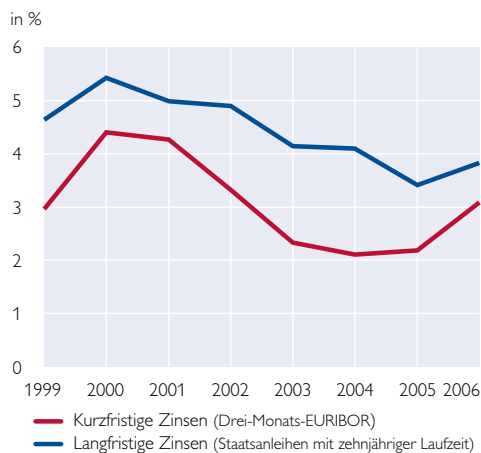
Geldmenge M3 im Euroraum



Quelle: EZB.

Grafik 4

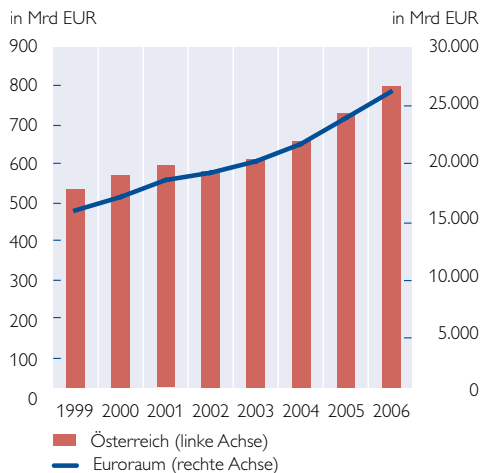
Zinssätze im Euroraum



Quelle: Thomson Financial.

Grafik 5

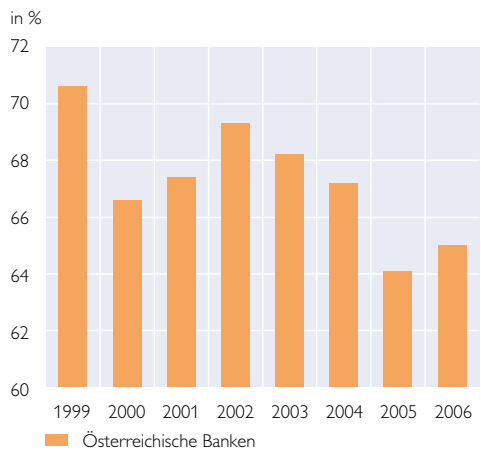
Bilanzsumme der Banken



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 6

Aufwand-Ertrag-Relation der Banken



Quelle: OeNB.

Die OeNB im Jahr 2006

Geschäftliches Ergebnis ist rückläufig

Das geschäftliche Ergebnis betrug laut Jahresabschluss 2006 193 Mio EUR und hat damit gegenüber dem Jahr 2005 als Folge der Bildung einer Risikovorsorge um 295 Mio EUR abgenommen. Der Anteil des Bundes errechnete sich mit 178 Mio EUR (2005: 451 Mio EUR), wovon 48 Mio EUR auf die Körperschaftsteuer und 130 Mio EUR auf den 90-prozentigen Gewinnanteil nach Steuern entfielen. Der Bilanzgewinn in Höhe von 14 Mio EUR wird gemäß Beschluss der Generalversammlung verteilt.

Erträge nehmen auf 437 Mio EUR ab

Die Nettoerträge im Ausmaß von 437 Mio EUR (2005: 731 Mio EUR) waren von der Bildung einer Risikovorsorge in Höhe von 235 Mio EUR beeinflusst. Auf das Nettozinsergebnis entfielen 568 Mio EUR (2005: 451 Mio EUR), auf das Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen –175 Mio EUR (2005: 182 Mio EUR) und auf Erträge aus Beteiligungen 25 Mio EUR (2005: 68 Mio EUR). Die Aufwendungen betrugen insgesamt 244 Mio EUR und blieben damit praktisch unverändert (2005: 243 Mio EUR). Davon entfielen 115 Mio EUR auf Personalaufwendungen (2005: 105 Mio EUR), wobei sich u. a. die Gehaltsvalorisierung und personalbezogene Rückstellungsdotierungen ausgewirkt haben. Aus Sachaufwendungen resultierten 77 Mio EUR (2005: 85 Mio EUR) und aus Aufwendungen für den Ankauf von Euro-Banknoten 25 Mio EUR (2005: 16 Mio EUR).

Nettowährungsposition steigt auf 12,9 Mrd EUR

Zum 31. Dezember 2006 betrug die Nettowährungsposition insgesamt 12,9 Mrd EUR, wovon 4,5 Mrd EUR auf Gold- und 8,4 Mrd EUR auf Fremdwährungsbestände entfielen. Die Zunahme gegenüber dem Bilanzstichtag 2005 um 0,7 Mrd EUR ist auf Bewertungsgewinne – insbesondere aus der Bewertung der Goldbestände – zurückzuführen.

Anzahl der abgewickelten Großbetragszahlungen steigt weiter¹

Die OeNB betreibt eines von 16 RTGS-Systemen in Europa, die gemeinsam mit dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB die Großbetragszahlungsverkehrsplattform TARGET bilden. Seit Beginn des nationalen RTGS-Systems ARTIS im Jahr 1999 ist die Anzahl der Zahlungsaufträge kontinuierlich von 1,4 Millionen auf rund 4,4 Millionen im Jahr 2006 gestiegen. TARGET-ein und TARGET-aus sind grenzüberschreitende Zahlungen im EU-Raum. Nationale RTGS-Zahlungen werden ausschließlich auf dem österreichischen Finanzplatz abgewickelt.

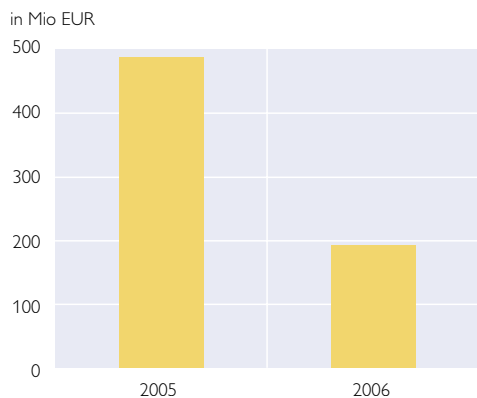
Bargeldbearbeitungsvolumen steigt im Jahr 2006 auf 1,2 Milliarden Euro-Banknoten und 1,7 Milliarden Euro-Münzen

Seit der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2002 ist die Anzahl der bearbeiteten Banknoten um durchschnittlich 13 % p. a. gestiegen. Im Jahr 2006 wurden in Österreich 1,2 Milliarden Banknoten und 1,7 Milliarden Münzen bearbeitet und auf ihre Umlauffähigkeit geprüft. Im Jahr 2006 wurden in Österreich knapp 6.000 Banknoten-Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Im Vergleich zum Jahr 2005 bedeutete dies in Österreich einen Rückgang von etwa 17%. Der österreichische Anteil an Banknoten-Fälschungen liegt im Euroraum (rund 560.000) bei 1%.

¹ Zu den hier verwendeten Begriffen siehe auch das Abkürzungsverzeichnis und das Glossar.

Grafik 7

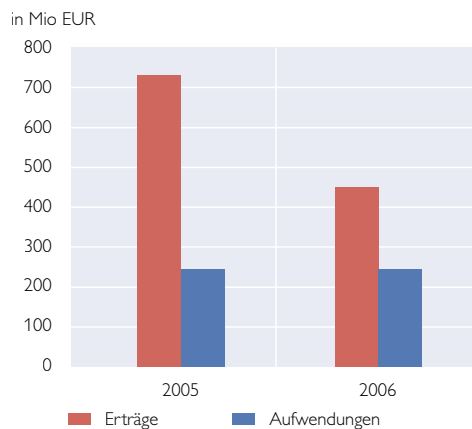
Geschäftliches Ergebnis der OeNB



Quelle: OeNB.

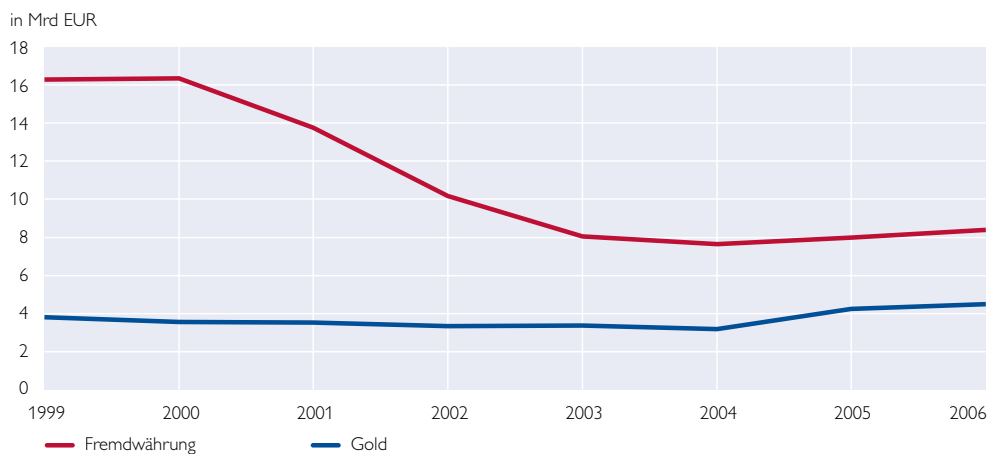
Grafik 8

Erträge/Aufwendungen der OeNB



Nettowährungsposition der OeNB

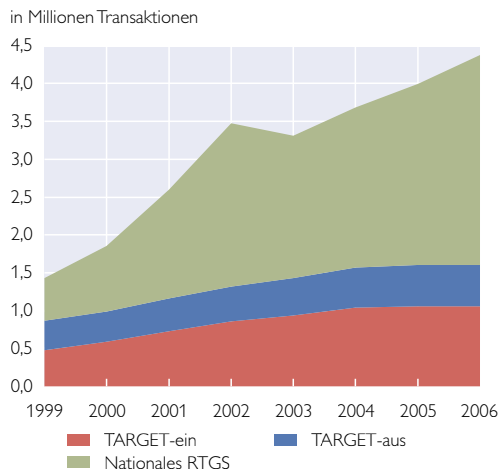
Grafik 9



Quelle: OeNB.

Grafik 10

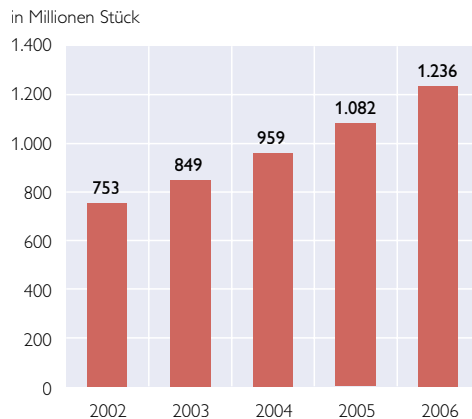
ARTIS-Transaktionen



Quelle: OeNB.

Grafik 11

Euro-Banknotenbearbeitung der OeNB





Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2006

Fünf Jahre Euro-Bargeld – Österreicher kommen mit dem Euro gut zurecht

Der Euro – sicheres und stabiles Geld

Seit 1. Jänner 2002 ist der Euro in Österreich und in elf weiteren Ländern gesetzliches Zahlungsmittel. Mit der Einführung des Euro in Slowenien am 1. Jänner 2007 ist der Euro nunmehr die gemeinsame Währung für 317 Millionen Europäer in 13 Ländern. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) hat dies zum Anlass genommen, die bisherigen Erfahrungen mit dem Euro-Bargeld aus verschiedenen, für die Bevölkerung interessanten Blickwinkeln zu analysieren.¹

Anfang 2002 wurden in zwölf Ländern der EU Euro-Banknoten und -Münzen im Wert von rund 220 Mrd EUR in Umlauf gebracht. Bis Ende Dezember 2006 hat sich der Bargeldumlauf auf rund 646 Mrd EUR (11 Milliarden Banknoten und 70 Milliarden Münzen) fast verdreifacht. Damit lag der Wert des Euro-Bargeldumlaufs bereits höher als jener des US-Dollar-Umlaufs. Im Meinungsbild der Bevölkerung hat sich der Euro als stabile Weltwährung etabliert. 73% der Bevölkerung des Euroraums (Österreich: 79%) waren im Jahr 2006 der Überzeugung, dass der Euro international einen ähnlichen Stellenwert wie der US-Dollar oder der japanische Yen hat.

Die regelmäßig durchgeführte Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission zeigte, dass das Euro-Bargeld von Anfang an weitgehend akzeptiert wurde. Im Jahr 2006 gaben bereits 94% der Menschen im Euroraum an, sich im Umgang mit

Euro-Banknoten sehr leicht oder leicht zu tun (74% mit Euro-Münzen). In Österreich hatten 93% mit Euro-Banknoten und 68% mit Euro-Münzen keinerlei Probleme mehr.

Der Euro wird von den Menschen im Euroraum als sicheres, stabiles und effizientes Zahlungsmittel geschätzt. Dazu haben maßgeblich die Bemühungen der nationalen Zentralbanken im Eurosystem um eine hohe Umlaufqualität und den Schutz der Bevölkerung vor Fälschungen beigetragen. Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2006 wurden pro Monat knapp 50.000 Fälschungen im Euroraum insgesamt aus dem Verkehr gezogen. Relativ zum Umlauf ist das Fälschungsaufkommen jedoch deutlich rückläufig. In Österreich hat sich die Gesamtzahl der aus dem Umlauf stammenden Fälschungen von rund 13.000 im Jahr 2004 auf unter 6.000 im Jahr 2006 mehr als halbiert.

Der Euro hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Euroraums gestärkt. Die glaubwürdige, stabilitätsorientierte Geldpolitik des Eurosystems und die im EU-Vertrag verankerte vorrangige Verpflichtung zur Gewährleistung von Preisstabilität schaffen für die Wirtschaftsakteure stabile Rahmenbedingungen. Diese fördern die Investitionen, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. Im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2006 wuchs das reale BIP im Euroraum um durchschnittlich 2,0% p. a., die Arbeitslosenquote laut Eurostat hat sich von 9,2% (1999) auf 7,9% (2006) reduziert. Für das Jahr

**Euro ist Währung für
317 Millionen Europäer**

**94% fällt der
Umgang mit Euro-
Banknoten leicht**

¹ Siehe dazu auch das Heft Q1/07 der OeNB-Reihe „Geldpolitik & Wirtschaft“, das sich in insgesamt acht Analysen dem Thema „Fünf Jahre Euro-Bargeld in Österreich“ ausführlich widmet. Die Beiträge sind auch auf der Website der OeNB verfügbar.

2007 weisen alle Anzeichen auf ein robustes Wirtschaftswachstum und einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote hin. Die Strukturreformen der Lissabon-Strategie zeigen – eingebettet in ein stabiles makroökonomisches Umfeld – erste positive Auswirkungen.

Preisstabilität heißt für das Eurosystem, dass die jährliche Steigerung der Verbraucherpreise im Euroraum auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2% liegen soll. Das Eurosystem, seine geldpolitische Strategie und seine seit dem Jahr 1999 vorgenommenen rund 20 zinspolitischen Entscheidungen haben seit Beginn der Währungsunion zur Erreichung dieses Ziels weitgehend beigetragen und stabile Preise gewährleistet. Damit wurden die Inflationserwartungen eingegrenzt und niedrige Realzinsen ermöglicht. Die Inflationsrate betrug im Euroraum zwischen 1999 und 2006 im Mittel 2,1% p.a. Seit der Euro-Bargeldeinführung lag der Preisauftrieb – trotz der Hausse bei den Rohölpreisen und anderer ungünstiger Schocks – mit durchschnittlich 2,2% p.a. niedrig.

Österreich: Niedrige Inflation bei kräftigem Wachstum

Österreichs Wirtschaftsleistung hat vom Euro profitiert. Das reale BIP legte zwischen 1999 und 2006 im Mittel um 2,1% p.a. zu, seit 2003 lag das Wirtschaftswachstum durchgängig deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums. Österreich gehört mit Finnland und Deutschland im Euroraum zu den drei preisstabilsten Ländern. Die HVPI-Inflationsrate betrug zwischen 1999 und 2006 1,7% p.a. In den fünf Jahren seit der Euro-Bargeldeinführung blieb die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate – trotz der gestiegenen Energie-

preise – mit durchschnittlich 1,7% p.a. unverändert niedrig. Diese Daten bestätigen auch die in Umfragen erhobene Einschätzung des Euro durch die österreichische Bevölkerung: Laut OeNB-Barometer vom vierten Quartal 2006 ist für 94% der Österreicher eine niedrige Inflationsrate sehr wichtig. Drei Viertel charakterisieren den Euro als stabile Währung. Rund 70% erwarten auch, dass sich daran in den kommenden fünf Jahren nichts ändern werde. Das Eurosystem und die OeNB sind sich ihrer Verantwortung bewusst und erfüllen durch eine vorausschauende Geldpolitik das in sie gesetzte Vertrauen. Die Umfrageergebnisse zeigen auch, dass die österreichische Bevölkerung sowohl dem Eurosystem als auch der OeNB hohe Kompetenz bei der Sicherung der Stabilität des Euro attestiert.

Wahrgenommene Inflation geht mit zunehmender Vertrautheit mit dem Euro zurück

Im Zuge der Euro-Bargeldeinführung hat die österreichische Bevölkerung – beeinflusst durch psychologische Wahrnehmungsfaktoren und die starke Orientierung an den überdurchschnittlichen Verteuerungen bei einigen Gütern des täglichen Bedarfs – subjektiv deutliche Preisanstiege wahrgenommen. Demgegenüber wurden aber zum Teil beträchtliche Verbilligungen bei vielen anderen Gütern des Verbraucherwarenkorb weniger deutlich wahrgenommen. Der Forschung ist das Phänomen, dass Preiserhöhungen subjektiv stärker wahrgenommen werden als Preissenkungen, durchaus bekannt. Eine ausgeprägte Erwartung von Preiserhöhungen durch den Euro, die erst allmähliche Gewöhnung an das neue Preisgefüge und das Festhalten – v.a. bei Großbeträgen – an al-

Inflationsrate liegt im Euroraum seit der Euro-Einführung bei rund 2% p.a. ...

... und in Österreich bei 1,7% p.a.

ten Schilling-Preisen haben das subjektive Gefühl einer höheren Inflation verstärkt. Der insbesondere in den ersten Jahren nach der Euro-Bargeldeinführung aufgetretene Unterschied zwischen gefühlter und gemessener Inflation hat sich bis Ende 2006 aber deutlich verringert. Die zunehmende Vertrautheit mit dem Euro und das verbesserte Euro-Geldwertgefühl begünstigten diese Tendenz. Dies lässt hoffen, dass der subjektiv empfundene Euro-Preisschock aus Sicht der Bevölkerung weitgehend überwunden ist und dass sich künftig die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate und die wahrgenommenen Preisänderungen wieder weitgehend im Einklang entwickeln.

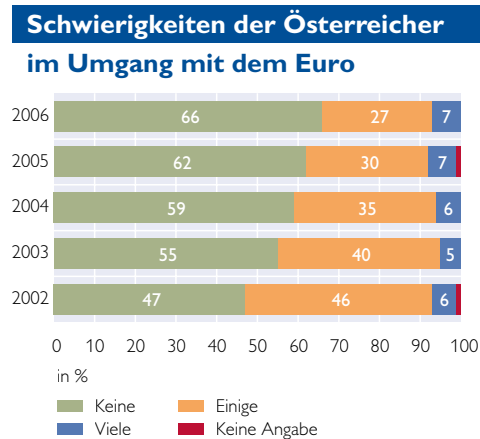
Mehrheit der Österreicher ist von Vorteilen des Euro überzeugt

Aus Studien der Europäischen Kommission und der OeNB geht hervor, dass die österreichische Bevölkerung durchaus Bescheid weiß, welche Chancen eine gemeinsame europäische Währung bietet. So waren im Jahr 2006 62% der Österreicher davon überzeugt, dass der Euro und das Euro-Bargeld mit wirtschaftlichen und praktischen Vorteilen verbunden

sein. Dazu zählen u. a. dauerhafte Preisstabilität für einen großen Währungsraum, Erleichterungen bei Geschäftsabwicklungen durch Einsparungen bei Transaktionskosten für Währungswechsel, Banküberweisungen und Bargeldbehebungen, eine erhöhte Preistransparenz oder auch Erleichterungen im Reiseverkehr. Anfängliche Schwierigkeiten im täglichen Leben, sei es beim Einkauf oder im Umgang mit dem Euro-Bargeld, sind in den letzten fünf Jahren deutlich geringer geworden (Grafik 12). Das Geldwertgefühl wird besser, das Denken in Euro-Preisen ist bei täglichen Erledigungen gut verankert. 56% der Bevölkerung fällt es leicht, die Höhe

Euro-Geldwertgefühl deutlich verbessert

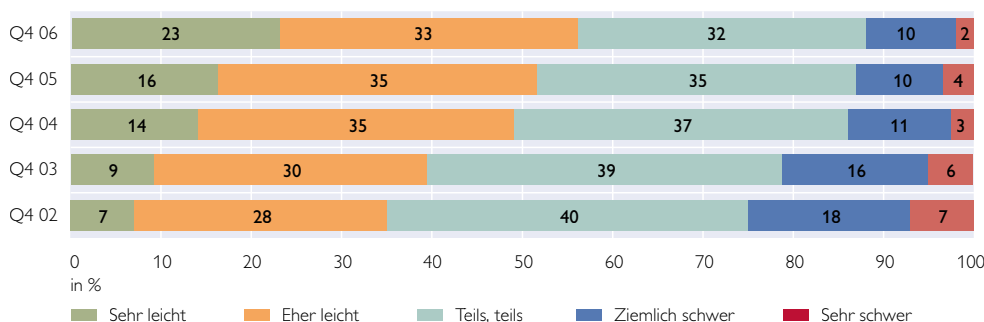
Grafik 12



Quelle: Flash Eurabarameter.

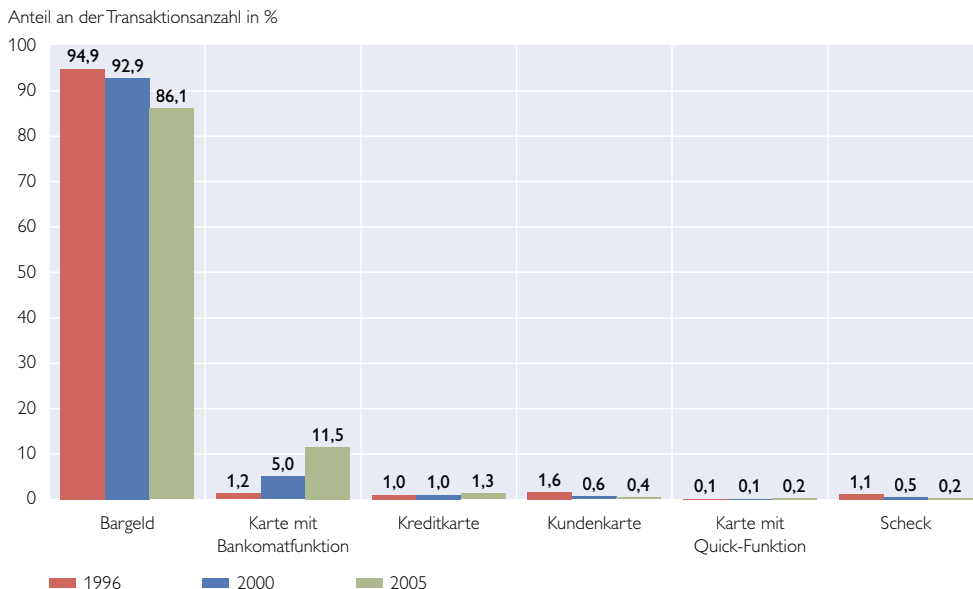
Grafik 13

Euro als Maßstab für das Wertgefühl: Wie schwer fällt es den Österreichern, Preise zu bewerten?



Quelle: OeNB-Barometer.

Aufgliederung der Transaktionen nach verwendeten Zahlungsmitteln



der Preise bzw. den Wert von Euro-Beträgen abzuschätzen, nur 12 % haben mit der Euro-Werteskala noch größere Probleme (Grafik 13). Die OeNB und ihre Partnerinstitutionen konnten zu dieser positiven Entwicklung in Österreich durch effiziente Informationsarbeit wesentlich beitragen.

Österreicher zahlen am liebsten mit Bargeld

Bargeld ist in Österreich mit einem Transaktionsanteil von rund 86 % das verbreitetste Zahlungsmittel. Der Bargeldanteil ist in den letzten Jahren jedoch zurückgegangen (Grafik 14). Gleichzeitig stieg der Anteil der Zahlungen an Bankomatkassen (Bankomatzahlungen) auf etwa 11,5 %. Kreditkartenzahlungen gewannen leicht an Bedeutung, mit 1,3 % bleibt ihr Anteil jedoch sehr gering. Insgesamt hat sich der Substitutionsprozess von baren zu unbaren Zahlungsformen fortgesetzt. Der überwiegende Anteil von Kleinbetragszahlungen wird mit

Bargeld abgewickelt. Bei höheren Beträgen nimmt der Bargeldzahlungsanteil dann deutlich ab (von 95 % bei Zahlungen unter 5 EUR auf rund 54 % bei Zahlungen über 100 EUR).

Das Zahlungsverhalten der privaten Haushalte verändert sich allerdings nicht abrupt, weshalb Wirtschaft und Bevölkerung nach wie vor ausreichend mit Bargeld versorgt werden müssen. Dafür sorgen in Österreich die OeNB und ihre Tochtergesellschaften mit einem effizienten Logistiksystem. Alle Banknoten kommen durchschnittlich drei- bis viermal pro Jahr zu den Hochleistungsmaschinen der OeNB zurück, werden gezählt, geprüft und unter Umständen geschreddert. Seit der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2002 ist die Anzahl der bearbeiteten Banknoten um durchschnittlich 13 % p. a. gestiegen. Im Jahr 2006 wurden in Österreich 1,2 Milliarden Banknoten und 1,7 Milliarden Münzen bearbeitet und auf ihre Umlauffähigkeit geprüft.

9 von 10 Österreichern bevorzugen Bargeldzahlungen

Um das Vertrauen in die Währung zu sichern, wird auch in Zukunft weiter in die Fälschungssicherheit des Bargelds investiert werden.

Die nächste Generation von Euro-Banknoten ist bereits in intensiver Vorbereitung.



Geldpolitik sichert Preisstabilität im Wirtschaftsaufschwung

Konjunktureller Aufschwung in Europa

Robustes weltwirtschaftliches Wachstum

Das reale Wachstum der Weltwirtschaft betrug im Jahr 2006 laut IWF 5,4% und verlief damit etwas schwungvoller als im Jahr 2005. Wesentliche Wachstumsimpulse gingen vom niedrigen Niveau der langfristigen Zinsen und vom anhaltend kräftigen Wachstum im asiatischen Raum, insbesondere in China, aus. Neben den asiatischen Staaten entwickelten sich v. a. die USA und die Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas äußerst dynamisch. Die bis August 2006 anhaltende Hausse bei den Rohölpreisen sorgte für Inflationsdruck. Ab September ebten die Rohölpreise wieder deutlich ab. Dies begünstigte die Konjunktur und bremste den Preisauftrieb.

In den USA stieg das reale BIP im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 3,3%. Die Wirtschaft entwickelte sich v. a. im ersten Quartal äußerst dynamisch. Ab dem zweiten Quartal setzte eine gewisse Abschwächung ein, die auf einen Rückgang der Investitionstätigkeit – v. a. der Bauinvestitionen – zurückzuführen war. Der Effekt der rückläufigen Investitionsausgaben wurde im vierten Quartal von einem deutlich steigenden Außenbeitrag abgefangen. Die Konsumausgaben der Haushalte zeigten eine konstant robuste Entwicklung im Jahresverlauf.

Die Bedeutung der asiatischen Schwellenländer, v. a. Chinas und Indiens, für die Entwicklung der Weltwirtschaft stieg im Jahr 2006 weiter an. Das reale Wirtschaftswachstum betrug laut IWF in China 10,7% und in Indien 9,2%. Der Wachstumsvor-

sprung gegenüber den entwickelten Industrienationen ist deutlich ausgeprägt. In der gesamten Region wurde das Wachstum v. a. durch die starke internationale Nachfrage nach Exportgütern und durch eine dynamische Investitionstätigkeit getragen. Prognosen erwarten, dass der wirtschaftliche Aufschwung der Region auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Diese Entwicklung wird zu einer gleichmäßigeren Verteilung der weltweiten Wirtschaftskraft führen.

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich in den Jahren 2007 und 2008 etwas abschwächen. Ausschlaggebend dafür ist eine erwartete schwächere Entwicklung in den USA. Ein Ende des Immobilienbooms, das sich durch geringere Bauinvestitionen und das Nachlassen der Hauspreis-inflation bereits ankündigt, dürfte auch zu einem Rückgang des privaten Konsums führen.

Kräftiges Wirtschaftswachstum im Euroraum von 2,7%

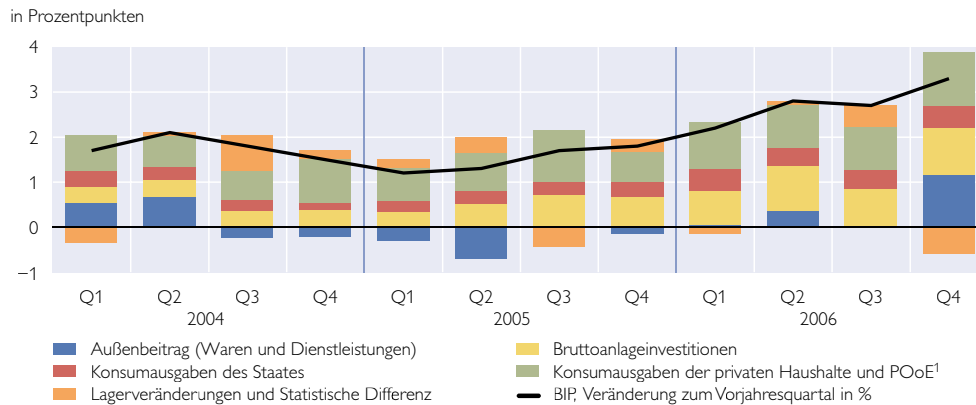
Der konjunkturelle Aufschwung im Euroraum hat sich im Jahr 2006 verfestigt. Das Wachstum des realen BIP gewann im Verlauf des Jahres zunehmend an Fahrt. Mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung von 3,3% im Vergleich zum Vorjahr wurde im vierten Quartal 2006 die höchste Quartalswachstumsrate seit dem Boomjahr 2000 verzeichnet. Im Gesamtjahr 2006 lag das Wirtschaftswachstum bei 2,7% und damit deutlich über dem Vorjahreswert von 1,4%.

Das Wachstum wurde von der kräftigen Binnennachfrage angetrieben. Die Konsumausgaben der Haushalte entwickelten sich aufgrund der besseren Arbeitsmarktsituation und

**Wirtschaftliche
Dynamik im Euroraum
von der Binnennachfrage
getrieben**

Grafik 15

Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum

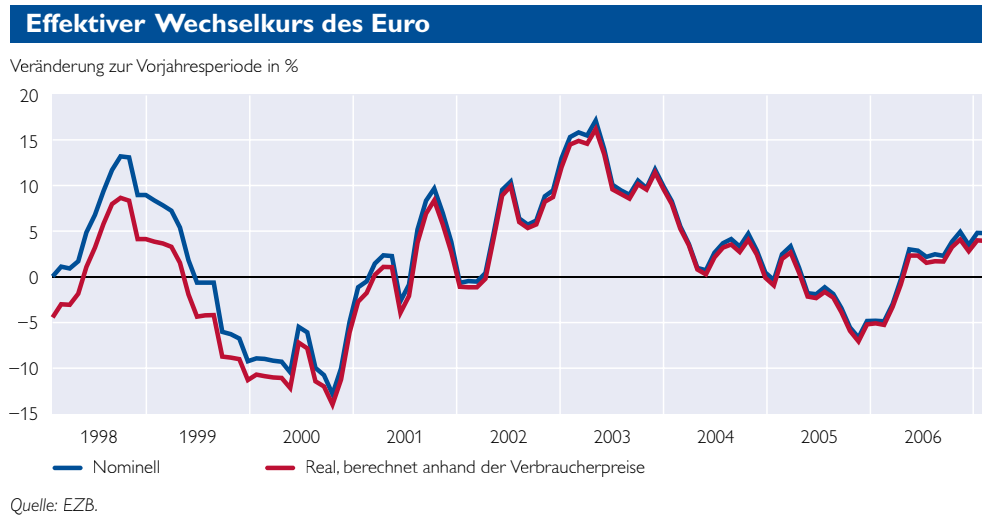


des hohen Konsumentenvertrauens sehr dynamisch. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat erreichte im Euroraum mit 7,5% im Dezember 2006 den niedrigsten Stand seit dem Jahr 1993. Auch im Unternehmenssektor wurde eine außerordentlich hohe Dynamik beobachtet. Günstige Finanzierungsbedingungen, Bilanzrestrukturierungen, steigende Kapazitätsauslastung und eine solide Entwicklung der Industrieproduktion ließen das Industievertrauen auf historische Höchststände steigen. Hohe Gewinnspannen und eine moderate Lohnentwicklung trugen zum Wachstum der Investitionsausgaben bei. Nach einem sehr starken Anstieg im ersten Quartal 2006 stabilisierte sich die Exporttätigkeit des Euroraums im Verlauf des Jahres auf hohem Niveau, bevor sie im vierten Quartal 2006 wieder an Fahrt gewann. Die Außenwirtschaft trug aufgrund der dynamischen Importentwicklung nur im letzten Quartal des Jahres 2006 signifikant zum Wachstum bei.

Laut den EZB-Projektionen vom März 2007 bleibt das Wirtschaftswachstum weiterhin kräftig. Im Jahr

2007 dürfte es in der Bandbreite von 2,1% bis 2,9% liegen. Für das Jahr 2008 wird eine Bandbreite des Wirtschaftswachstums im Euroraum von 1,9% bis 2,9% prognostiziert. Zu den Unsicherheitsfaktoren der Prognose gehören neben der weiteren Entwicklung des Rohölpreises auch stärkere protektionistische Tendenzen und eine abrupte Korrektur der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte, die zu einer starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar führen könnte. Im Jahr 2006 wertete der Euro von 1,1797 USD/EUR auf 1,3170 USD/EUR auf. Auch gegenüber dem Yen gewann der Euro im Jahr 2006 an Wert (von 138,90 JPY/EUR auf rund 156,93 JPY/EUR). Sowohl der nominell- als auch der real-effektive Wechselkurs lässt auch hier eine Aufwärtstendenz erkennen. Im Durchschnitt des Jahres 2006 reflektieren beide Indizes nur eine leichte Aufwertung.

Wachstum im Euroraum bleibt auch 2007 robust



Fünf Zinsanhebungen um jeweils 25 Basispunkte im Jahr 2006

Im Lauf des Jahres 2006 hat der EZB-Rat den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte für den Euroraum in insgesamt fünf Schritten von 2,25 % im Jänner auf 3,5 % im Dezember 2006 angehoben. Damit reagierte er auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, die sowohl von der wirtschaftlichen als auch der monetären Analyse der geldpolitischen Strategie angezeigt wurden, und nahm die lockere Ausrichtung der Geldpolitik des Jahres 2005 schrittweise zurück. Im Hinblick auf die auf mittlere Sicht ausgerichtete Geldpolitik wurde die Gefahr gesehen, dass sich erhöhte Inflationserwartungen verfestigen und eventuell höhere Lohnforderungen auch zukünftige Preisentwicklungen negativ beeinflussen würden.

Die HVPI-Inflationsraten waren im Jahr 2006 volatil, wobei die Entwicklung zweigeteilt war. Während in der ersten Jahreshälfte v. a. aufgrund der hohen Rohölpreise, aber auch aufgrund von Erhöhungen bei administrierten Preisen und indirekten Steuern die HVPI-Anstiege

über 2 % lagen – mit einem Höhepunkt von 2,5 % im Sommer 2006 –, nahmen sie im September 2006 deutlich ab und lagen für den Rest des Jahres unter 2 %. Die durchschnittliche Inflationsrate betrug im Jahr 2006 2,2 % und war auf gleichem Niveau wie im Vorjahr. Vor allem im ersten Halbjahr boten die hohen Inflationsraten Anlass zur Sorge für den EZB-Rat.

Hauptursache für die Inflationsraten über 2 % im ersten Halbjahr 2006 war der hohe und weiter zunehmende Rohölpreis. Zu Beginn des Jahres 2006 notierte ein Barrel der Marke Brent bei rund 60 USD, wobei die Preise für Rohöl bis Anfang August auf knapp 80 USD/Barrel anstiegen. Somit stieg der Rohölpreis im ersten Halbjahr 2006 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2005 um etwas über 30 %. Dies erhöhte die HVPI-Inflationsrate deutlich – rund ein Prozentpunkt der Inflationsrate war auf die Komponente Energie zurückzuführen. Ab September 2006 war ein signifikanter Rückgang der Rohölpreise auf unter 60 USD/Barrel zu verzeichnen, der sich rasch dämpfend auf die Inflationsentwicklung auswirkte. Bereits im September 2006

Hoher Rohölpreis
führt im Euroraum zu
Inflationsraten von
über 2 % im ersten
Halbjahr 2006

fiel der HVPI-Anstieg im Euroraum auf 1,7%, und der Beitrag der Energiepreise schrumpfte auf 0,1 Prozentpunkte.

Im Gegensatz zu den Rohstoffpreisen entwickelte sich im gesamten Jahr 2006 mit den Lohnkosten ein weiterer wichtiger Indikator für die Inflationsentwicklung sehr moderat. Dies ist u. a. auf den starken globalen Wettbewerb v. a. im Industriebereich zurückzuführen.

Die Risiken für die Preisstabilität, die sich aus der ersten Säule (wirtschaftliche Analyse) der geldpolitischen Strategie ableiten, wurden von der monetären Analyse innerhalb der

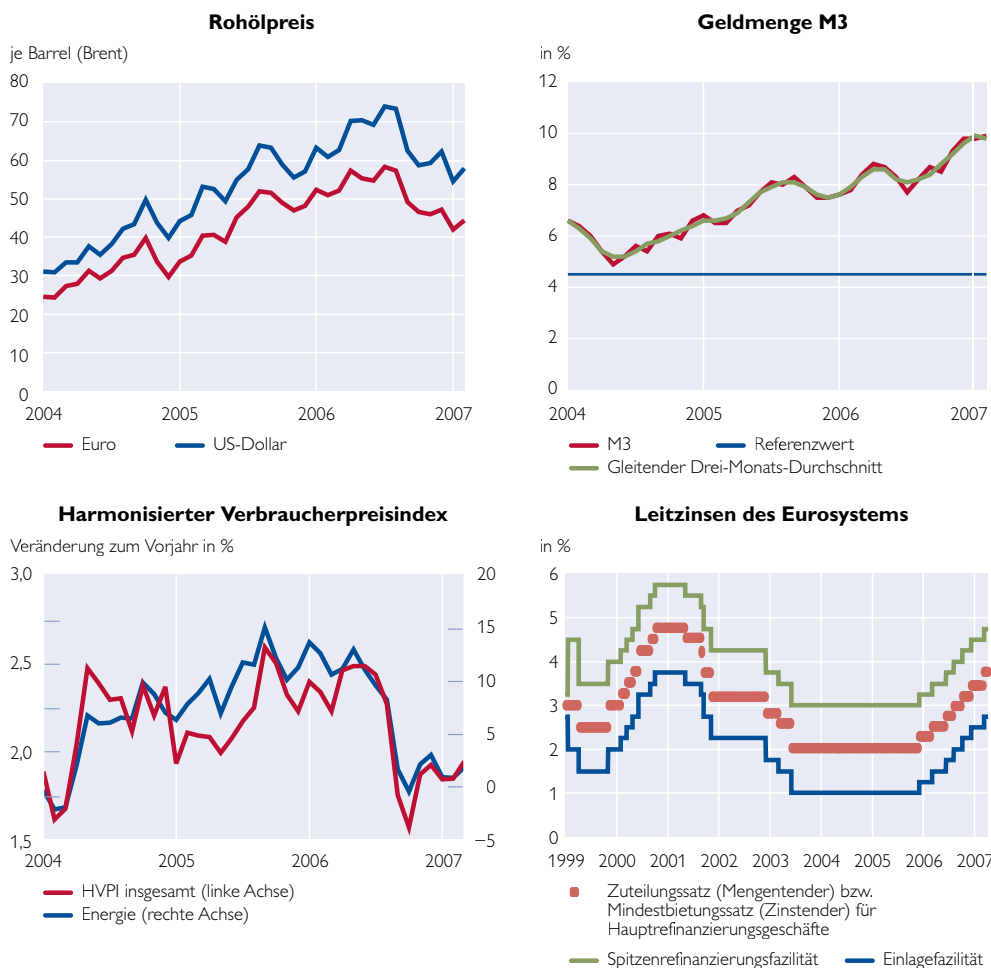
zweiten Säule unterstrichen. Sowohl die Geldmengenaggregate als auch die Kredite wuchsen kräftig, v. a. aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des Wirtschaftswachstums. Dieser Aufwärtstrend bei den monetären Aggregaten besteht seit Mitte 2004 und hat sich im Jahr 2006 fortgesetzt. Das dynamische Wachstum der Geldmenge M3 weitete die ohnehin schon reichliche Liquiditätsausstattung weiter aus und stellt ein Risiko für die mittel- bis langfristige Preisstabilität dar.

Im Jahr 2007 wird laut EZB-Projektionen vom März 2007 der HVPI-Anstieg voraussichtlich zwischen 1,5%

Starkes Geldmengenwachstum im Euroraum

Grafik 17

Entwicklung geldpolitischer Indikatoren im Euroraum



Quelle: EZB, Thomson Financial, OeNB.

**Sehr dynamisches
Wachstum in den neuen
EU-Mitgliedstaaten**

und 2,1% liegen und im Jahr 2008 zwischen 1,4% bis 2,6%. Diese Prognose beruht auf der Annahme weitgehend stabiler Ölpreise und einem leicht stärkeren Lohnwachstum in den kommenden beiden Jahren. Die Risiken für die Inflationsprognose werden als überwiegend nach oben gerichtet eingeschätzt. Es besteht die Gefahr eines erneuten Anstiegs des Rohölpreises und von stärker als bisher angekündigten bzw. zusätzlichen Erhöhungen bei administrierten Preisen und indirekten Steuern. Schließlich ist auch die prognostizierte Lohnentwicklung mit Unsicherheit verbunden. Höhere Lohnforderungen aufgrund der dynamischen Konjunktur sind nicht auszuschließen und würden inflationserhöhend wirken. Dies ist v. a. im Zusammenhang mit den verbesserten Arbeitsmarktbedingungen zu sehen. Auch die Geldmenge und die Kreditvergabe weiteten sich zu Beginn des Jahres 2007 wieder deutlich aus. Der EZB-Rat hat daher am 8. März 2007 eine neuerliche Zinsanhebung von 0,25 Prozentpunkten vorgenommen.

Mit Stand März 2007 lag der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,75%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,75% und jener für die Einlagefazilität bei 2,75%.

**Konjunktur in den neuen
EU-Mitgliedstaaten
weiter sehr dynamisch**

Die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Mitgliedstaaten, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind, verlief im Jahr 2006 außerordentlich dynamisch. Die Volkswirtschaften dieser Länder wuchsen im Durchschnitt um 6,2% und damit deutlich schneller als der Euroraum. Aufgrund dieser positiven Wachstumsdifferenz setzte

sich die reale Konvergenz zum Einkommensniveau im Euroraum auch im Jahr 2006 weiter fort. Besonders hohe Wachstumsraten von rund 10% im Jahresdurchschnitt wiesen die baltischen Staaten Estland und Lettland auf (siehe Tabelle 1). Diese gehörten somit zu den am stärksten expandierenden Volkswirtschaften weltweit. Überdurchschnittlich stark nahm auch die Wirtschaftsleistung der Slowakei und der Tschechischen Republik zu. Deutlich langsamer als die anderen Staaten wuchs lediglich Ungarn, wo Konsolidierungsmaßnahmen zur Rückführung des sehr hohen Budgetdefizits (knapp 10% des BIP im Jahr 2006) sowohl den privaten Konsum als auch die Investitionstätigkeit stark dämpften.

Wie im Euroraum wurde das Wachstum auch in den osteuropäischen Staaten v. a. von der Binnen- nachfrage getragen. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionstätigkeit wurden vom starken Kreditwachstum stimuliert. Die Konsumtätigkeit der Haushalte profitierte darüber hinaus von einer merklichen Verbesserung der Beschäftigungslage und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Positive Impulse für die Investitionstätigkeit gingen von der hohen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, günstigen Finanzierungsbedingungen und einer zufrieden stellenden Ertragsentwicklung aus.

Es gibt keine Anzeichen für eine Abschwächung der Konsum- und Investitionstätigkeit im Jahr 2007. Aufgrund der allgemein günstigen Wettbewerbsfähigkeit der osteuropäischen Staaten sollten sich auch die Exporte weiter günstig entwickeln. Der allgemeine Ausblick für das Jahr 2007 ist positiv und das durchschnittliche Wachstum dieser Region dürfte ähnlich wie im Jahr 2006 ausfallen. Risi-

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die neuen EU-Mitgliedstaaten

	Reales Wirtschaftswachstum		Arbeitslosenquote laut Eurostat		Inflationsrate (HVPI)	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	Veränderung zum Vorjahr in %		in %		in % p.a.	
Polen	3,5	5,8	17,7	13,8	2,2	1,3
Slowakische Republik	6,0	8,3	16,3	13,4	2,8	4,3
Slowenien	4,0	5,2	6,5	6,0	2,5	2,5
Tschechische Republik	6,1	6,0	7,9	7,1	1,6	2,1
Ungarn	4,2	3,9	7,2	7,5	3,5	4,0
Estland	10,5	11,4	7,9	5,9	4,1	4,4
Lettland	10,6	11,9	8,9	6,8	6,9	6,6
Litauen	7,6	7,5	8,3	5,6	2,7	3,8
Malta	3,0	2,9	7,3	7,3	2,5	2,6
Zypern	3,9	3,8	5,2	4,7	2,0	2,2
Bulgarien	6,2	6,1	10,1	9,0	6,0	7,4
Rumänien	4,1	7,6	7,2	7,3	9,1	6,6

Quelle: Eurostat.

ken gehen allerdings von den teilweise sehr hohen Leistungsbilanzdefiziten und einem zunehmend starken Kreditwachstum in einigen Ländern aus. Beide Faktoren könnten die makroökonomische Stabilität beeinträchtigen.

Hohe Energiepreise führten v. a. in der ersten Jahreshälfte 2006 zu steigenden Inflationsraten in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Gegen Ende des Jahres ließ der von der Energiekomponente ausgehende Preisdruck allerdings etwas nach. Im Jahr 2006 bewegten sich die Teuerungsraten in einer Bandbreite von 1,3% in Polen bis 6,6% in Lettland. Im Allgemeinen war der Preisauftrieb im Jahr 2006 etwas stärker als noch im Jahr 2005. Auch wenn man die Inflationsrate um die Effekte der hohen Energiepreise und anderer besonders volatiler Komponenten, wie des Preises unverarbeiteter Lebensmittel, bereinigt, lässt sich für das Jahr 2006 ein zunehmender Preisdruck erkennen. Ausgelöst wurde dieser v. a. von den hohen BIP-Wachstumsraten, von Verknappungserscheinungen auf den Arbeitsmärkten und von stärkeren Lohnzuwächsen.

Stärkstes Wirtschaftswachstum in Österreich seit 2000

Österreichs Wirtschaftswachstum mit 3,2% im Jahr 2006 höher als im Euroraum

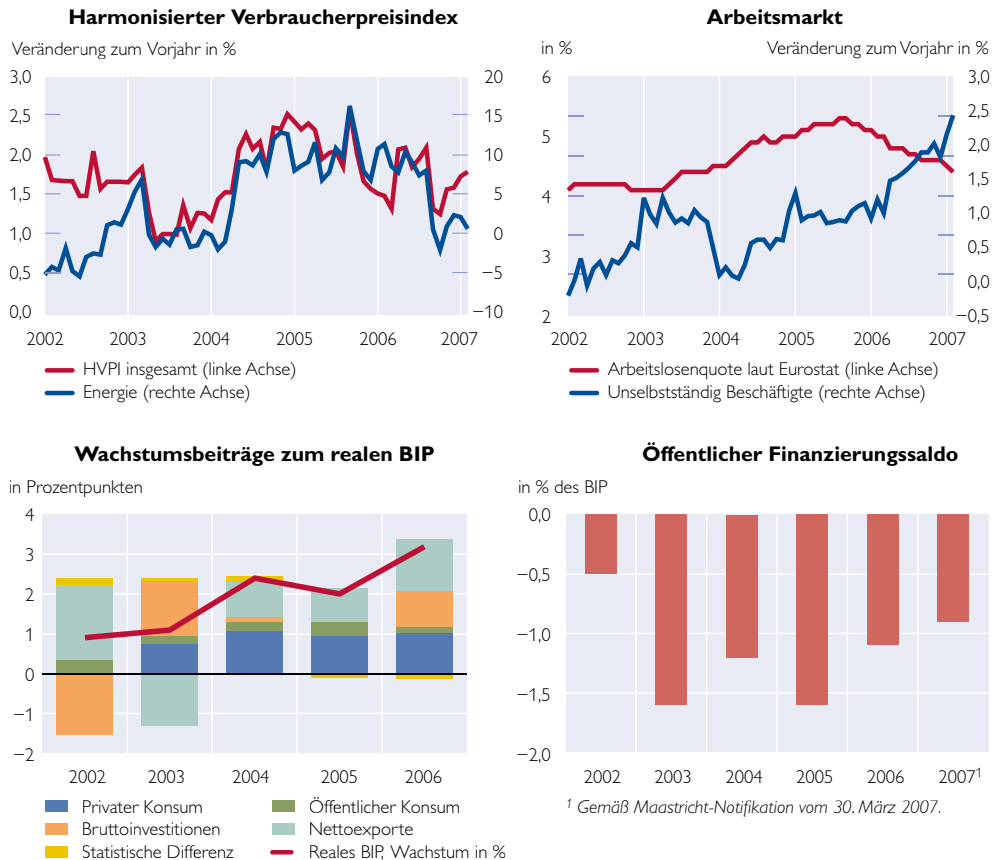
Österreichs Volkswirtschaft profitierte im Jahr 2006 von der robusten internationalen Konjunktur. Das reale BIP-Wachstum lag mit 3,2% deutlich über dem Wert für das Jahr 2005 und erreichte annähernd den Wert des Hochkonjunkturjahres 2000 (+3,4%). Nach einem Wachstum von 0,7% und 0,9% im ersten bzw. zweiten Quartal 2006 (saison- und arbeitstäglich bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) gewann die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte mit +1,0% und +0,8% im dritten bzw. vierten Quartal 2006 sogar noch leicht an Dynamik. Österreich lag damit weiterhin vor seinen größten Handelspartnern Deutschland und Italien, aber auch über dem durchschnittlichen Wachstum in der EU und im Euroraum.

Das österreichische Wachstum wurde im Jahr 2006 v. a. durch die Exporte von Gütern und Dienstleistungen getragen. Die Warenausfuhr

Stärkerer Preisdruck als noch im Vorjahr in den neuen EU-Mitgliedstaaten

Österreichs Volkswirtschaft wächst stärker als Euroraum und EU

Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren in Österreich



Quelle: BMF, Statistik Austria, Eurostat.

**Wirtschaftswachstum
in Österreich bleibt
2007 und 2008 kräftig**

ren überstiegen erstmals die Marke von 100 Mrd EUR. Die gute Exportleistung Österreichs ist sowohl auf die günstige Lohnstückkostenentwicklung als auch auf den kontinuierlichen Ausbau seiner Wirtschaftsbeziehungen nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa zurückzuführen. Die Bruttoanlageinvestitionen trugen erstmals seit dem Jahr 2003 wieder spürbar zum BIP-Wachstum bei. Trotz der guten konjunkturellen Lage und sinkender Arbeitslosigkeit entwickelt sich der private Konsum weiterhin nur gedämpft.

Die aktuellen Prognosen erwarten ein anhaltend starkes Wachstum für Österreich. Die BIP-Wachstumsraten für die Jahre 2007 und 2008 dürften sich nach den Prognosen he-

mischer und internationaler Institute real bei rund 3 % (2007) und bei etwa 2½ % (2008) bewegen.

HVPI-Inflationsrate 2006 bei 1,7%

Wie das Wirtschaftswachstum ist auch die österreichische Preisentwicklung stark von den internationalen Entwicklungen v. a. der Rohstoffpreise abhängig. Die HVPI-Inflationsrate lag mit 1,7% für das Gesamtjahr 2006 erstmals seit dem Jahr 2003 wieder unter der Marke von 2,0%. Im Jahresverlauf 2006 kam es bis März zu Preisrückgängen (v. a. bei Pauschalreisen und technischen Produkten). Ab April 2006 wirkten allerdings erhöhte Treibstoffpreise, gestiegene Haushaltsenergiepreise und im Bereich Wohnen die

Globalisierung, Inflation und Geldpolitik

Bei der Integration Österreichs in die Weltwirtschaft gab es in den letzten zehn Jahren einen Quantensprung. Wie eine OeNB-Studie¹ zeigt, hat in Österreich der zunehmende und inzwischen beträchtliche Anteil von Importen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten die österreichischen Importpreise leicht gedämpft. Die Globalisierung dürfte auch die Erzeugerpreise bei mittleren und großen österreichischen Unternehmen etwas gedrückt haben. Insgesamt sind die Preiseffekte der Globalisierung in Österreich eher gering, da die wichtigsten Handels- und Direktinvestitionspartner Österreichs nach wie vor andere europäische Hochlohnländer sind. Allerdings dürfte die Globalisierung die Preise in Österreich indirekt gedämpft haben. Insbesondere Österreichs EU-Beitritt hat die Liberalisierung und Deregulierung (z. B. der Netzwerkindustrien) vorangetrieben. Die deutliche Lohnmoderation der letzten Jahre war wohl auch durch internationale Standort- und Wettbewerbsüberlegungen der Sozialpartner motiviert.

Eine weitere OeNB-Studie² geht der Frage nach, ob die Globalisierung die Inflation im Euroraum beeinflusst habe. Es wird gezeigt, dass die heimische Produktionslücke offenbar ihren Einfluss auf die Inflation im Euroraum verloren habe. Es lässt sich jedoch nicht bestätigen, dass die Inflation im Euroraum stattdessen wesentlich von globalen Messgrößen für die Produktionslücke beeinflusst werde. Die schwächere Übertragung geldpolitischer Impulse infolge eines engeren weltweiten Zusammenhangs bei den langfristigen Zinsen, die erhöhte Unsicherheit für die Geldpolitik infolge der Globalisierung und die Verflachung der Phillips-Kurve für den Euroraum rücken die Stabilisierung der Inflationserwartungen in den Fokus der Geldpolitik. Auch sollten sich die Zentralbanken nicht darauf verlassen, dass allfällige inflationsdämpfende Auswirkungen der Globalisierung dauerhaft wären: Angebotsengpässe bei Energie und Rohstoffen, eine Verschiebung des Gleichgewichts zwischen Sparen und Investitionen in den aufstrebenden Volkswirtschaften oder protektionistische Maßnahmen könnten die Inflationsdämpfung durch die Globalisierung beenden.

¹ Glatzer, E., E. Gnan und M. T. Valderrama. 2006. Globalisierung und ihre Auswirkungen auf Import- und Erzeugerpreise in Österreich. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q3/06. OeNB. 28–49.

² Gnan, E. und M. T. Valderrama. 2006. Globalisierung, Inflation und Geldpolitik. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q4/06. OeNB. 38–58.

Betriebskosten inflationstreibend. Von August bis Oktober 2006 wies der HVPI allerdings einen rückläufigen Trend auf (von 2,1% auf 1,3%). Hauptverantwortlich dafür war die Entwicklung der Treibstoffpreise, die nach ihrem Höchststand im September 2005 im Jahresvergleich deutlich sanken. Im Ländervergleich der EU-27 wies Österreich mit 1,7% gemeinsam mit den Niederlanden die viertniedrigste Inflationsrate hinter Polen, Finnland und Schweden auf. Neuere Prognosen vom Frühjahr 2007 erwarten in Österreich für die Jahre 2007 und 2008 Inflationsraten von unter 2%.

Arbeitslosenquote 2006 wieder unter 5%

Die günstige konjunkturelle Lage führte zu einer deutlichen Belebung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat sank von 5,2% (2005) auf 4,8% im Jahr 2006 – dies entspricht dem Wert des Jahres 2004. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition betrug 6,8%. Wurden zu Beginn des Aufschwungs mehrheitlich Teilzeitarbeitsplätze neu geschaffen, so ist inzwischen auch ein Zuwachs bei der Anzahl von Vollzeitbeschäftigten zu beobachten. Dies spiegelte sich v. a. im Beschäftigungszuwachs in der Sachgüterindustrie

Österreich zählt zu den preisstabilsten Ländern der EU

**Gesamtstaatliches
Budgetdefizit in
Österreich niedriger als
im Euroraum**

und im Bausektor wider, die traditionell Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse anbieten. Gleichzeitig erhöhte sich das Arbeitskräfteangebot um rund 35.000 Personen pro Jahr. Diese Entwicklung ergab sich aus den Effekten der Pensionsreform 2003, durch den Zustrom an ausländischen Arbeitskräften und durch die demografische Entwicklung aufgrund des Nachrückens geburtenstärkerer Jahrgänge. Für die Jahre 2007 und 2008 erwarten die jüngsten Prognosen einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote.

Gesamtstaatliches Budgetdefizit 2006 bei 1,1 %

Aufgrund der noch budgetwirksamen Wachstums- und Beschäftigungsprogramme und der Effekte der zweiten Etappe der Steuerreform wurde im Österreichischen Stabilitätsprogramm vom November 2005 (Fortschreibung für die Jahre 2005 bis 2008) für das Jahr 2006 noch ein gesamtstaatlicher Maastrichtsaldo von $-1,7\%$ des BIP erwartet (nach $-1,6\%$ im Jahr 2005). Im Jahr 2006 betrug der

gesamtstaatliche Budgetsaldo hauptsächlich wegen unerwartet hoher Steuermehreinnahmen nur $-1,1\%$ des BIP. Im Euroraum ($-1,6\%$ des BIP) wie auch in der EU ($-1,7\%$ des BIP) war das Defizit etwas höher.

Mit dem Amtsantritt der neuen österreichischen Bundesregierung Mitte Jänner 2007 wurde auch das neue Regierungsprogramm vorgelegt. Darin wird die Absicht ausgedrückt, die solide Haushaltspolitik bei gleichzeitig verstärkter Betonung von sozialen Maßnahmen¹ und die bisherige Wachstums- und Standortpolitik fortzusetzen. Durch zahlreiche Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts im internationalen Vergleich gesichert werden. Bis zum Jahr 2010 sollen Vollbeschäftigung und ein ausgeglichenes Budget realisiert werden. Konkret soll laut „Österreichischem Stabilitätsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010“ vom März 2007 bis zum Jahr 2010 wieder ein gesamtstaatlicher Budgetüberschuss von rund $0,4\%$ des BIP erreicht werden. Für die notwendige Ausgestaltung der Lissabonner Ziele

Kasten 2

Gute Beurteilung des IWF für Österreichs Wirtschaft

Die tourliche Bewertung im Rahmen der Artikel IV-Konsultation des IWF stellte Österreich abermals ein sehr gutes Zeugnis aus. Die im Dezember 2006 vorgenommene Konsultation streicht in der Anfang Mai 2007 herausgegebenen Zusammenfassung sowohl den Wachstumsvorsprung als auch die niedrigere Arbeitslosenquote Österreichs im Vergleich zum Euroraum hervor. Gleichzeitig mahnt der IWF-Bericht aber auch diverse Zukunftsentscheidungen von der neuen österreichischen Regierung ein. An erster Stelle steht die Forderung nach einem ausgeglichenen Budget über den Konjunkturzyklus. Basierend auf der starken Konjunktur wird nicht nur eine weitere Konsolidierung des Gesamthaushalts gefordert, sondern auch ein ausgeglichenes Budget für das Haushaltsjahr 2008. Dieses solle durch eine weit gefasste Ausgabenreform, eine Umsetzung der Verwaltungsreform in den Ländern, der Gesundheitsreform und der weiteren Harmonisierung der Pensionsysteme ermöglicht werden. Weiters solle die Regierungsarbeit der großen Koalition dazu genutzt werden, Reformen im Rahmen des Österreich-Konvents neue Impulse zu verleihen.

¹ Einführung einer Grundsicherung in Höhe von 726 EUR durch Vereinheitlichung der Arbeitslosenversicherung, der Notstandshilfe und der Sozialhilfe und gleichzeitig Einführung eines Mindestlohns von 1.000 EUR.

werden verschiedene Experten- und Arbeitsgruppen eingesetzt, um geeignete Maßnahmen zu erarbeiten. Für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen steht bis zum Jahr 2010 insgesamt 1 Mrd EUR zusätzlich zur Verfügung, davon 400 Mio EUR für Wachstum und Beschäftigung, 400 Mio EUR für soziale Absicherung und 200 Mio EUR für Bildung. Dem stehen Einsparungen bei Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern in der Höhe von 1,16 Mrd EUR gegenüber.²

Rekordüberschuss in der österreichischen Leistungsbilanz

Österreichs Leistungsbilanz schloss im Jahr 2006 mit einem noch nie da gewesenen Überschuss von 8,2 Mrd EUR. Damit setzte sich ein seit Jahren beobachtbarer Trend fort. Produktivitätsfortschritte in Verbindung mit moderaten Lohn- und Preiserhöhungen haben Österreichs Wettbewerbsfähigkeit in der EU gestärkt. Gemessen am BIP erreichte der Leistungsbilanzüberschuss 3,2%; zu Beginn der dritten Stufe der WWU verzeichnete Österreich noch ein Defizit von 3,2% des BIP. Im Jahr 2005 betrug das Aktivum 2,1% des BIP.

Die weitere Verbesserung der Leistungsbilanz um 3 Mrd EUR gegenüber dem Jahr 2005 ist vor allem auf den regen Außenhandel zurückzuführen: Importe wie Exporte machten erstmals deutlich über 100 Mrd EUR aus. Den größten Überschuss erzielte die österreichische Volkswirtschaft jedoch im Handel mit Dienstleistungen (10 Mrd EUR), wobei der Tourismus mit knapp 6 Mrd EUR am meisten zum Aktivum bei-

trag. Zusätzlich konnten in den besonders innovativen und wachstumsrelevanten Bereichen „Forschung und Entwicklung“ sowie „Architektur, Ingenieur- und andere technische Dienstleistungen“ Überschüsse von jeweils rund 1 Mrd EUR erzielt werden.

Die Vermögenseinnahmen aus dem Ausland waren mit über 20 Mrd EUR bereits deutlich höher als die Einnahmen aus dem Reiseverkehr. Allein die Direktinvestitionen erbrachten im Jahr 2006 Erträge in Höhe von 5,8 Mrd EUR. Zwar stehen den Einnahmen immer noch etwas größere Abflüsse ins Ausland gegenüber, bei anhaltenden Überschüssen im Güter- und Dienstleistungshandel könnte allerdings auch dieses Defizit im Zeitverlauf schrumpfen.

Mit wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen entwickelt sich Österreich parallel dazu zum Kapitalexporteur (7 Mrd EUR).

Das Volumen der grenzüberschreitenden Kapitalströme erreichte mit beinahe 160 Mrd EUR erneut einen historischen Höchstwert. Österreichs Veranlagungen im Ausland übertrafen dabei mit 82 Mrd EUR jene des Auslands in Österreich, die 75 Mrd EUR erreichten.

Die Volkswirtschaft hat im Jahr 2006 in Form von Direktinvestitionen 3 Mrd EUR und damit weniger als die Hälfte des Vorjahreswertes im Ausland veranlagt. Ausländische Unternehmensinvestoren bauten im Jahr 2006 sogar Eigenkapital ab und nur dank nicht entnommener Gewinne und wegen erhöhter Zuflüsse aus konzerninternen Krediten war ein geringfügiges Plus von 200 Mio EUR zu verzeichnen.

Leistungsbilanzüberschuss stärkt Österreichs Rolle als internationaler Investor

² Für weitere Ausführungen zur Wirtschaftspolitik Österreichs siehe auch den Abschnitt „Wirtschaftspolitische Reformen in der EU beginnen zu greifen“.

Nach wie vor entfällt zwar der überwiegende Teil des grenzüberschreitenden Handels mit Wertpapieren auf langfristige festverzinsliche Wertpapiere, doch ist seit Jahren eine wachsende Nachfrage nach Aktien zu beobachten. Die Nachfrage des Auslands nach heimischen Aktien erreichte im Jahr 2006 mit 6,8 Mrd EUR einen Spitzenwert. Das war mehr als in den Jahren 2003 bis 2005 zusammen. Die günstige Kursentwicklung des ATX ist ein Spiegelbild dieser Dynamik.

Die umfangreichsten Transaktionen gab es im laufenden Bankgeschäft, bei Krediten, Sicht- und Termineinlagen: Die Nettokreditvergabe an das Ausland belief sich im Jahr 2006 auf 13 Mrd EUR, im Ausland wurden umgekehrt 14 Mrd EUR zusätzlich an Krediten aufgenommen. Die Einlagen im Ausland wuchsen im Jahr 2006 um 39 Mrd EUR, die Einlagen des Auslands in Österreich um 25 Mrd EUR.



OeNB trägt zur Stärkung der Finanzmarktstabilität bei

Stabile Strukturen des Finanzmarktes sind ein wichtiges Element für die Volkswirtschaft und für die Geldpolitik. Die OeNB als Partner der Wirtschaft spielt insbesondere in ihrer Zusammenarbeit mit dem Finanzsektor eine bedeutende Rolle. Dabei trägt die OeNB zur Schaffung, Aufrechterhaltung und Stärkung jener Rahmenbedingungen bei, die einen stabilen Finanzmarkt in Österreich gewährleisten, um einerseits eine effiziente Kapitalallokation zum Nutzen der Volkswirtschaft und andererseits eine reibungslose Durchführung der Geldpolitik zu erreichen. Im Jahr 2006 waren die OeNB und ihre Kooperationspartner durch zwei Problemfälle besonders gefordert. Mit deren erfolgreicher Bewältigung trug die OeNB wesentlich dazu bei, dass die Finanzmarktstabilität in Österreich anhaltend hoch ist.

Gute Verfassung des österreichischen Finanzsystems trotz zweier Problemfälle

Ungeachtet der insgesamt guten Verfassung des österreichischen Finanzsystems gerieten im Jahr 2006 zwei österreichische Bankengruppen in die Schlagzeilen:

Die BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG (BAWAG P.S.K.) gewährte dem US-amerikanischen Brokerhaus Refco im Herbst 2005 einen Kredit im dreistelligen Millionenbereich und war im Zuge des kurze Zeit später über Refco eröffneten Konkursverfahrens mit Schadenersatzklagen von Refco-Gläubigern in der Höhe von 1,3 Mrd USD – verbunden mit einem vorübergehenden, gerichtlich angeordneten Einfrieren von Vermögenswerten in den USA –

konfrontiert. Infolge der diesbezüglichen Medienberichterstattung sowie des Bekanntwerdens ursprünglich nicht veröffentlichter erheblicher Verluste in den späten Neunzigerjahren kam es gegen Ende April 2006 zu massiven Abhebungen von Spareinlagen. Dies führte dazu, dass die OeNB erklärte, im Fall von Liquiditätsengpässen sofort entsprechende Liquidität zur Verfügung zu stellen. Weiters stellte sich heraus, dass die BAWAG P.S.K. – die zu diesem Zeitpunkt viertgrößte österreichische Bank, für die der Bund infolge der P.S.K.-Übernahme durch die BAWAG in Höhe von rund 5,5 Mrd EUR direkt haftete – aufgrund zu bildender Rückstellungen nicht in der Lage war, die gesetzlichen Eigenmittelvorschriften laufend einzuhalten und die Bilanz des Jahres 2005 zu erstellen. Daher wurde unter Zusammenwirken der österreichischen Bundesregierung, der OeNB, der Finanzmarktaufsicht (FMA) und von Vertretern der österreichischen Finanzwirtschaft schließlich ein umfassendes Unterstützungspaket geschnürt. Dieses Paket bestand aus dem BAWAG P.S.K.-Sicherungsgesetz, das eine Ermächtigung zu einer Haftung des Bundes in Höhe von bis zu 900 Mio EUR vorsah, und einer Kapitalbereitstellung von 450 Mio EUR durch österreichische Banken und Versicherungen.

Nach Abschluss eines Globalvergleichs in den USA Ende Juni 2006 konnte auch der eingeleitete Verkaufsprozess der BAWAG P.S.K. fortgesetzt werden, der dann Ende 2006 zum Verkauf der Bank an das um die US-Investmentgesellschaft Cerberus mit österreichischer Beteiligung gebildete Konsortium führte.

Erfolgreiche Bewältigung der Problemfälle

**Aktive Rolle im
Krisenmanagement**

Bei der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG entstanden im Herbst 2004 durch Verpflichtungen aus strukturierten Swapgeschäften, die mit einer Fremdwährungs-Optionskomponente ausgestattet waren, Verluste in dreistelliger Millionenhöhe. Nachdem Ende März 2006 bekannt wurde, dass diese Verluste im Jahresabschluss 2004 nur zum Teil berücksichtigt worden waren, wurde die Bilanz für das Jahr 2004 nochmals geöffnet und eine periodengerechte Verbuchung der entstandenen Verluste vorgenommen, die für das Jahr 2004 zu einem negativen Ergebnis führte.

In beiden Fällen war die OeNB u. a. durch umfassende Analysetätigkeiten und Vor-Ort-Prüfungen aktiv in die Aufklärung, im Fall der BAWAG P.S.K. auch maßgeblich in die Erstellung von Lösungskonzepten eingebunden. Dabei konnte die OeNB die positiven Effekte und Synergien, die aus der Verknüpfung ihrer makroprudenziellen Analysetätigkeit mit Erfahrungen der mikroprudenziellen Aufsichtstätigkeit resultieren, sehr gut nutzen und ihre in der traditionellen Funktion als Lender of last Resort begründete, wesentliche Rolle in Krisensituationen weiter stärken.

Bei den dargestellten Problemen handelt es sich jeweils um Einzelfälle, die keine Gefährdung für die Stabilität des österreichischen Finanzplatzes bedeuteten. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Beaufsichtigung der österreichischen Banken – wie auch durch den IWF immer wieder festgestellt wird – internationalen Standards entspricht und in Zusammenarbeit von FMA und OeNB laufend weiterentwickelt wird, um regulatorischen Änderungen sowie neuen Markt- und Produktentwicklungen Rechnung zu tragen. In diesem Sinn

wird derzeit auch eine Reihe von Maßnahmen diskutiert, die dazu beitragen sollen, ähnliche Vorkommnisse wie bei den beiden Banken in Zukunft zu vermeiden. Auch der Rechnungshof und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss befassen sich mit der Aufarbeitung dieser Ereignisse sowie möglicher resultierender Konsequenzen für die Finanzmarktaufsicht.

**Risikotragfähigkeit hat sich
weiter verbessert**

Der österreichische Bankensektor entwickelte sich trotz der beiden Problemfälle im Jahr 2006 robust und ist weiterhin als sehr stabil einzustufen. Die verbesserte Gewinnsituation durch die starke Expansionstätigkeit und die gute Eigenmittelausstattung haben die Risikotragfähigkeit weiter erhöht. Auch die regelmäßig von der OeNB durchgeführten Stresstests bestätigen die Schockresistenz der österreichischen Banken in allen wesentlichen Kredit- und Marktrisikokategorien.

Die Geschäfte der österreichischen Banken entwickelten sich v. a. durch die weitere Expansion und das dynamische Wachstum der Märkte in Zentral-, Ost- und Südosteuropa im Verlauf des Jahres 2006 gut. Im Inland ermöglichten das Kredit- und das Provisionsgeschäft eine solide Entwicklung des Bankensektors. Die unkonsolidierte Bilanzsumme der Banken stieg im Jahr 2006 um 9,9% auf 797,8 Mrd EUR. Mittlerweile stammen – selbst nach einer Bereinigung um verkaufsbedingte Sondereffekte – bereits mehr als ein Drittel des konsolidierten Ergebnisses des österreichischen Bankensektors aus dem zentral-, ost- und südosteuropäischen Raum. Zu den operativen Erträgen kamen im Jahr 2006 Erlöse

aus Verkäufen von Tochterbanken hinzu, die zu einem Höchststand beim konsolidierten Return on Assets (Gesamtkapitalrendite) des österreichischen Gesamtbankensektors führten.

Auf dem Inlandsmarkt erhöhte sich das Provisionsgeschäft um 9,1% und machte damit bereits 26% der gesamten Betriebserträge aus, während sich das Zinsergebnis bei sinkenden Zinsspannen und starkem Kreditwachstum weitgehend konstant entwickelte. Allerdings schwächte sich der Anstieg der unkonsolidierten Betriebserträge mit +5,8% im Jahr 2006 leicht ab, während die Zuwächse bei den Betriebsaufwendungen mit +7,3% etwas höher waren. Die Aufwand-Ertrag-Relation verschlechterte sich damit – nach dem Tiefstand im Jahr 2005 (64,1%) – im Jahr 2006 leicht auf 65,0%. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis in Höhe von 5,8 Mrd EUR wuchs mit +3,1% im Jahr 2006 deutlich geringer als noch im Jahr 2005 (+19,1%).

Die Kreditrisikokosten sanken seit dem Jahr 2003 kontinuierlich.¹ Im Dezember 2006 lag für den gesamten Bankensektor der Anteil der Einzelwertberichtigungen bei 2,9% der Kundenforderungen, also um 0,2 Prozentpunkte niedriger als im Dezember 2005. Seit Ende 1995 waren die Einzelwertberichtigungen der Kundenforderungen bisher nur im Jahr 2000 ähnlich niedrig. Auch das Marktrisiko der österreichischen Banken ging im Jahr 2006 in den meisten Bereichen zurück. So ist etwa das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch im Verlauf des Jahres 2006 kontinuierlich gesunken. Trotz des hohen Wachstums der Geschäftsvolumina im zen-

tral-, ost- und südosteuropäischen Raum, u. a. aufgrund von Akquisitionen, blieben sowohl die konsolidierte Eigenmittelquote als auch die konsolidierte Kernkapitalquote (11,6% bzw. 8,1%) im Jahresvergleich weitgehend unverändert.

Kapitalmarkt gewinnt an Bedeutung

Der österreichische Kapitalmarkt entwickelte sich im Jahr 2006 weiter positiv. Sowohl die Aktien- als auch die Unternehmensanleihemärkte profitierten vom günstigen Kapitalmarktumfeld. Die gute Geschäftsentwicklung der an der Wiener Börse notierten Unternehmen, von denen viele in Zentral-, Ost- und Südosteuropa tätig sind, sowie die Fortführung der aktiven Kapitalmarktpolitik trugen wesentlich zur positiven Performance des österreichischen Aktienmarktes bei. Der Aktienindex ATX der Wiener Börse beendete das Jahr 2006 mit einem Höchststand von 4.463 Punkten. Die Marktkapitalisierung inländischer Aktien erreichte Ende 2006 mehr als 56% des BIP. Ihr Anstieg wurde sowohl von angebots- als auch nachfrageseitigen Faktoren getrieben. Die Unternehmen nutzten die günstigen Finanzierungsbedingungen und begaben bei Kapitalerhöhungen und Neunotierungen Aktien im Wert von mehr als 12 Mrd EUR. Auch die Nachfrage nach österreichischen Aktien stieg weiter an und die Wiener Börse, die im Jahresvergleich um mehr als 70% höhere Handelsumsätze bei Aktien erzielte, wurde zunehmend für ausländische Anleger attraktiv. So stieg der Anteil der Handelsumsätze von

Gesamtentwicklung der österreichischen Banken weiterhin positiv

ATX-Höchststände an der Wiener Börse

¹ Die Aussage sinkender Wertberichtigungen bleibt von der im Zusammenhang mit der BAWAG P.S.K. übernommenen Haftung des Bundes unberührt. Die Einzelwertberichtigungen in Relation zu den Kundenforderungen nehmen für den Gesamtsektor sowohl inklusive als auch exklusiv der BAWAG P.S.K. ab.

Geldvermögensbestände der privaten Haushalte

Die OeNB führte im Sommer und Herbst 2004 eine Befragung unter österreichischen Privathaushalten durch, um Informationen über die Geldvermögensstruktur, die Veranlagung und die Verschuldung der österreichischen Haushalte zu erhalten.

Einen Überblick zu den wichtigsten Ergebnissen gibt eine OeNB-Studie aus dem Jahr 2006.¹ Dabei wird ein großer Einfluss des Haushaltseinkommens sowohl auf die Höhe des Geldvermögens als auch auf die Entscheidung, in Kapitalmarktinstrumente zu investieren, festgestellt. Bei der Anlage der österreichischen Haushalte kommt nach wie vor den Spareinlagen mit einem Anteil von rund 60 % am veranlagten Geldvermögen die mit Abstand größte Bedeutung zu. Allerdings sind rund 13 % der österreichischen Haushalte als kapitalmarktorientiert einzustufen. Rund die Hälfte der Bevölkerung spart regelmäßig, 44 % der Haushalte sparen unregelmäßig und 5 % geben an, nicht sparen zu können. Etwas mehr als 40 % der österreichischen Haushalte haben Kredite aufgenommen. Davon entfällt der Großteil auf Wohnbaukredite, die rund 85 % des gesamten Verschuldungsvolumens ausmachen.

Die Daten der OeNB-Befragung werden in internen Analysen und in zahlreichen Forschungsprojekten (z. B. zur Verschuldung der Haushalte, zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten und zur finanziellen Bildung in Österreich) verwendet. Haushaltsmikrodaten haben in den letzten Jahren auch international sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch für die Geld- und Wirtschaftspolitik an Bedeutung gewonnen. Aus diesem Grund wurde auch ein Expertennetzwerk des Eurosystems eingerichtet, um zu evaluieren, ob derartige Umfragen in allen Ländern des Euroraums durchgeführt werden können. Im Rahmen des Beitritts der OeNB zur Luxembourg Wealth Study (LWS), einer Organisation mit dem Ziel, Mikrodaten zum Vermögen privater Haushalte international vergleichbar zu machen, wurden die Daten der OeNB-Befragung in die LWS-Datenbank² integriert und werden ab Mitte 2007 der Forschungsöffentlichkeit kostenlos zur Verfügung stehen.

¹ Beer, C., P. Mooslechner, M. Schürz und K. Wagner. 2006. Das Geldvermögen privater Haushalte in Österreich: eine Analyse auf Basis von Mikrodaten. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q2/06. OeNB. 101–119.

² Siehe dazu <http://www.lisproject.org/lws.htm>.

ausländischen Mitgliedern von knapp 46 % (2005) auf 53 % (2006) an.

Andere Finanzintermediäre, wie Investmentfonds und Pensionskassen, knüpften an die gute Entwicklung der vergangenen Jahre an und erreichten neue Höchststände beim Vermögensbestand. Die prämienebegünstigte Zukunftsvorsorge profitierte dank ihres hohen Anteils inländischer Aktien am Vermögensbestand in besonderem Ausmaß von der Hausse auf dem österreichischen Kapitalmarkt. In den letzten Jahren hat die Bedeutung des Kapitalmarktes auch für die privaten Haushalte, insbesondere für die private Pensionsvorsorge, zugenommen.

Daher wird die Entwicklung der Kapitalmärkte in Zukunft eine größere Rolle bei der Einschätzung der finanziellen Stabilität des Haushaltssektors spielen.

Aktivitäten österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa nehmen weiter stark zu

Die österreichischen Banken haben in den letzten Jahren die Öffnung der zentral-, ost- und südosteuropäischen Märkte erfolgreich genutzt. Die Erträge aus dieser Region liefern inzwischen einen bedeutenden Beitrag zur Rentabilität des österreichischen

Kasten 4

Österreich etabliert sich als regionales Finanzzentrum für Zentral,

Ost- und Südosteuropa

Die Finanzverflechtung Österreichs mit dem Ausland präsentierte sich ungebrochen dynamisch und sprengte im Jahr 2005 erstmals die Grenze von 1.000 Mrd EUR. Besonders hervorstechend war die Rolle der Wiener Börse, die sich zunehmend als Kompetenzcluster für ertragreiche Projekte in Zentral-, Ost- und Südosteuropa etablierte. Die erfolgreiche Positionierung österreichischer Unternehmen in dieser Region machte Veranlagungen im ATX für ausländische Kapitalgeber zunehmend attraktiv. Die Bedeutung dieser Wachstumsmärkte verlieh Wertpapierinvestitionen an der Wiener Börse allmählich jene Dynamik, die österreichische Direktinvestitionen im Ausland schon seit längerem kennzeichnete. Damit wuchs der Standort Österreich immer mehr in die Rolle eines regionalen Finanzzentrums für die aufstrebenden Volkswirtschaften Zentral-, Ost- und Südosteuropas hinein.

Weiters war an der Gesamtentwicklung bemerkenswert, dass heimische Investoren mittlerweile verstärkt auf neue Zielregionen wie etwa Ost- und Südosteuropa oder Russland setzten.

Bankensektors. Mit diesem Beitrag konnte sich das österreichische Bankensystem, gemessen am Return on Assets, auf einen Platz im Mittelfeld der ehemaligen EU-15 verbessern. Die wichtigsten Märkte für die österreichischen Banken sind die Tschechische Republik, Kroatien, die Slowakische Republik, Ungarn und Rumänien. In mehreren Märkten der Region sind die österreichischen Banken mittlerweile Marktführer.

Rund zwei Drittel des Engagements österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (gemessen an der Bilanzsumme) sind innerhalb der EU veranlagt. Dies schränkt die Risiken aus den institutionellen, gesetzlichen und damit auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Märkte wesentlich ein. Mit neuen Akquisitionen und den die Bank Austria Creditanstalt betreffenden Umstrukturierungen innerhalb der UniCredit Group hat sich der Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in diesem Raum weiter nach (Süd-)Osten verlagert. Die auf den Märkten außerhalb der EU erzielten höheren Renditen enthalten aber auch

höhere Risiken. So stellt etwa das rasche Kreditwachstum in den zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern, insbesondere in fremder Währung, hohe Anforderungen an die Risikomanagementsysteme der Banken.

Die Entwicklungen auf diesen Märkten und die Exponierung der österreichischen Banken in dieser Region werden von der OeNB genau beobachtet und analysiert. So hat die OeNB im Jahr 2006 neue, wesentlich schärfere Stresstest-Szenarien zur Beurteilung der Schockresistenz des österreichischen Bankensystems gegenüber Zentral-, Ost- und Südosteuropa entwickelt. Es zeigte sich, dass diese vergleichsweise extremen, aber plausiblen Schocks von den österreichischen Banken gut verkraftet werden können: Die Eigenmittelquote reduzierte sich um rund 0,9 Prozentpunkte, wobei die erwirtschafteten Gewinne als Risikopuffer noch nicht berücksichtigt wurden.

Bedeutung von Zentral-, Ost- und Südosteuropa wächst weiter

IWF bestätigt positive Einschätzungen des öster- reichischen Finanzsektors

Im Rahmen der jährlichen Artikel IV-Konsultationen des IWF im Dezember 2006 wurde die grundsätzlich positive Einschätzung der Lage des österreichischen Finanzsektors bestätigt. Der IWF wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren die Expansion des österreichischen Finanzsektors in die zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder wesentlich zur Stärkung der Ertragskraft beigetragen habe. Ebenso hätten sich die Kostensenkungen im Inland positiv auf die Gewinnsituation ausgewirkt. Zudem verfüge der Bankensektor über eine hohe Eigenmittelausstattung und eine ausreichende Risikostragfähigkeit.

In seinem Prüfergebnis stellte der IWF aber auch fest, dass die Risiken, die mit der Expansion in die zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder verbunden sind, gestiegen seien und ebenso wie die Risiken aus Fremdwährungskrediten weiterhin genau beobachtet werden sollten. In diesem Zusammenhang hob der IWF auch den von FMA und OeNB herausgegebenen Informationsfolder über die Risiken von Fremdwährungskrediten positiv hervor. Der IWF wies auch darauf hin, dass der Schlüssel zur wirksamen Aufsicht grenzüberschreitend tätiger Bankengruppen in einer engen Zusammenarbeit zwischen Heim- und Gastlandaufsehern liege, und schätzte die diesbezüglichen Bemühungen Österreichs. Der IWF begrüßte ausdrücklich die ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Corporate Governance im Bankensektor und empfahl deren konsequente Umsetzung. Diese Maßnahmen enthalten

u. a. eine Erhöhung der Anzahl der Vor-Ort-Prüfungen, eine stärkere Fokussierung der Prüfungen auf systemrelevante Institute, ein schärferes Anforderungsprofil hinsichtlich fachlicher Eignung und persönlicher Integrität von Aufsichtsräten sowie strengere Auflagen für die externen Bankprüfer.

Im zweiten Halbjahr 2007 plant der IWF eine Aktualisierung zu dem in den Jahren 2003 und 2004 in Österreich durchgeführten umfassenden Financial Sector Assessment Program.²

Anhaltend hoher Fremd- währungskreditanteil bei privaten Haushalten

Der Fremdwährungsanteil bei Krediten an private Haushalte stagnierte im Jahr 2006 auf hohem Niveau. Nahezu ein Drittel des Kreditvolumens lautete auf eine fremde Währung. Demgegenüber hat sich der schon seit dem Jahr 2002 anhaltende Trend einer rückläufigen Fremdwährungsfinanzierung von Unternehmen auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Nur mehr knapp 10% der Unternehmenskredite sind in fremder Währung denominiert. Sowohl der Fremdwährungsanteil als auch das Volumen von Fremdwährungskrediten, die an Nichtbanken vergeben wurden, waren im Jahr 2006 deutlich rückläufig. Ende 2006 waren noch 52 Mrd EUR an Fremdwährungskrediten ausständig.

Die dominante Fremdwährung war der Schweizer Franken mit einem Anteil von 91%. Nur 3% der Fremdwährungskredite waren – trotz des Zinsvorteils gegenüber dem Schweizer Franken – in japanischen Yen denominiert.

² Siehe dazu <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04238.pdf>.

Die hohe Popularität von Fremdwährungskrediten bei privaten Haushalten, die im Gegensatz zu einer stark rückläufigen Entwicklung bei den Unternehmen steht, lässt auf große Unterschiede bei der Beurteilung von Chancen und Risiken zwischen Haushalten und Unternehmen schließen. Aus diesem Grund wurde Ende Juni 2006 in einer gemeinsamen Initiative von FMA und OeNB der Öffentlichkeit ein Informationsfolder über Risiken von Fremdwährungskrediten vorgestellt.³ Der Folder richtet sich im Besonderen an private Haushalte und gibt eine kurze und prägnante Übersicht über die wesentlichen Gefahren dieser Finanzierungsform. Ziel dieser Initiative ist es, das Risikobewusstsein der privaten Haushalte im Hinblick auf Fremdwährungskredite zu stärken.

Die OeNB wird weiterhin Banken und Kreditnehmer auf die mit Fremdwährungskrediten verbundenen Risiken aufmerksam machen, zumal Fremdwährungskredite auch in mehreren Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas stark zunehmen.

Basel II-Diskussionsprozess erfolgreich abgeschlossen

Nachdem der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht bereits im Juni 2004 die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) veröffentlicht hatte, konnte der Diskussionsprozess nunmehr auch auf EU-Ebene abgeschlossen werden. Nach intensiven Verhandlungen wurden die Basel II-Richtlinien⁴ am 14. Juni 2006 vom Rat und vom Europäischen Parlament formal

angenommen – nachdem schon im Herbst 2005 eine inhaltliche Einigung erzielt worden war.

Im Rahmen der mehrjährigen Diskussionen gelang es frühzeitig, in bedeutenden Punkten Erleichterungen für die österreichische Wirtschaft zu erzielen. Am deutlichsten zeigt sich dies bei Krediten an kleine und mittlere Unternehmen, für die das Risikogewicht von derzeit 100 % auf 75 % im Kreditrisiko-Standardansatz fallen wird – sofern sie 1 Mio EUR nicht überschreiten. Bei einem Kredit in Höhe von 1 Mio EUR bedeutet dies für die kreditvergebende Bank eine Eigenmittelsparnis in Höhe von 20.000 EUR, die sich in weiterer Folge auch auf die Konditionengestaltung auswirken sollte.

Mit dem Inkrafttreten von Basel II ab 1. Jänner 2007 wurde die Berechnung des Eigenmittelerfordernisses für das Kredit- und Marktrisiko sowie des nunmehr explizit berücksichtigten operationalen Risikos auf eine neue Grundlage gestellt. Die EU-Banken haben allerdings die Wahlmöglichkeit, bis Ende 2007 ihr Eigenmittelerfordernis weiterhin nach den Bestimmungen von Basel I zu berechnen. Demgegenüber stehen die am meisten fortgeschrittenen Ansätze für das Kredit- und das operationale Risiko generell erst ab dem Jahr 2008 zur Verfügung. In den USA wird Basel II aus heutiger Sicht erst ab dem Jahr 2009 in Kraft treten, was mittelfristig jedoch weder für EU- noch für US-Banken einen wirklichen Wettbewerbsnachteil erwarten lässt.

**Informationsfolder
über Risiken von
Fremdwährungskrediten**

**Basel II bringt
Erleichterung für
österreichische
KMUs**

³ Siehe dazu http://www.oenb.at/de/img/fwk-folder_tcm14-42978.pdf.

⁴ *Eigenmittelrichtlinie, bestehend aus den Richtlinien 2006/48/EG (Neufassung der Richtlinie 2000/12/EG) und 2006/49/EG (Neufassung der Richtlinie 93/6/EWG).*

Planmäßiger Basel II-Umsetzungsprozess in Österreich

Österreich war einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, der die rechtliche Umsetzung der Basel II-Bestimmungen in nationales Recht abgeschlossen hatte, was für alle Akteure frühzeitig Rechtssicherheit gewährleistete. Die Umsetzung wurde durch eine Novelle des Bankwesengesetzes (BWG)⁵, das die Grundsatzbestimmungen enthält, und zwei Verordnungen der FMA, die auf Basis von Verordnungsermächtigungen die technischen Details regeln, vorgenommen. Das novelierte BWG wurde im August 2006 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Anfang Oktober 2006 folgten die Solvabilitäts-Verordnung⁶ und die Offenlegungs-Verordnung.⁷

Frühzeitige rechtliche Umsetzung von Basel II

Im Vorfeld hatten umfassende Gespräche von Experten des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der FMA und der OeNB mit der österreichischen Kreditwirtschaft stattgefunden, um sach- und praxisgerechte Lösungen zu legislativen Umsetzungsfragen zu finden. Diese Gespräche waren von einem sehr konstruktiven Klima und dem Verständnis geprägt, dass ein reibungsloser Umsetzungsprozess im Interesse aller Beteiligten liege.

Darüber hinaus hatte die OeNB bereits frühzeitig und über mehrere Jahre hinweg eine Informationskampagne zu Basel II lanciert, die u. a. eine intensive Information der österreichischen EU-Parlamentarier, die Durchführung einer österreichweiten Roadshow gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich, die Informationsbereitstellung in Tageszeitun-

gen, die quartalsweise Herausgabe eines Basel II-Newsletters und die Bereitstellung von Best-Practice-Leitfäden (z. B. zu den Themen Gesamtbanksteuerung und operationales Risiko) umfasste. Es wurde nicht nur die Kreditwirtschaft auf diese Weise unterstützt, vielmehr wurden auch die Bankkunden auf eine neue Form der Transparenz in der Geschäftsverbindung mit ihrer Bank vorbereitet, indem die Bedeutung einer professionellen und offenen Geschäftsbeziehung stärker ins Bewusstsein gerückt wurde.

Die erforderlichen Schritte für die praktische Basel II-Umsetzung wurden ebenfalls frühzeitig eingeleitet. So nahmen die FMA und die OeNB Vorabkonsultationen mit jenen Banken auf, die beabsichtigen, interne Ratings zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage für ihr Kreditrisiko („IRB-Ansatz“) heranzuziehen und erarbeiteten für den Rest des Bankensektors eine Checkliste für die Anwendung des – einfacheren – Standardansatzes. Auf Basis von OeNB-Gutachten über die IRB-Modelle und -Verfahren der einzelnen Banken entscheidet die FMA, ob eine Bank die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anwendung des IRB-Ansatzes erfüllt. Seit Mitte 2006 arbeitet die OeNB intensiv an der Erstellung dieser Gutachten.

Gemäß den Basel II-Richtlinien müssen sich in Österreich ansässige Bankengruppen, die ihr internes Modell auch im Ausland anwenden wollen, einem Genehmigungsverfahren unter Beteiligung aller zuständigen Bankenaufsichtsbehörden unterziehen.

⁵ BGBl. I Nr. 141/2006.

⁶ BGBl. II Nr. 374/2006.

⁷ BGBl. II Nr. 375/2006.

Für derartige Fälle organisiert die österreichische Aufsicht sogenannte Cooperation-Meetings. Dabei besprechen die involvierten Behörden den Genehmigungsprozess, stimmen die konkrete Arbeitsverteilung ab und tauschen Ergebnisse aus, um einen reibungslosen und effizienten Genehmigungsprozess zu gewährleisten.

Nach umfassenden Vorarbeiten, an denen die OeNB maßgeblich beteiligt gewesen war, wurden als letzter Schritt Mitte Dezember 2006 noch jene Verordnungen kundgemacht, mit denen das aufsichtliche Meldewesen für Banken im Sinn von Basel II neu organisiert wurde.

Umfassende Zusammenarbeit mit der FMA

Die OeNB nahm die im Rahmen der Bankenaufsicht gesetzlich übertragenen Aufgaben in enger Kooperation mit der FMA und dem BMF wahr und konnte im Jahr 2006 mit zahlreichen Vor-Ort-Prüfungen, die zum Teil auch unter Beteiligung der FMA durchgeführt wurden, einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Stabilität des österreichischen Finanzplatzes leisten.

Die neuen Eigenmittelanforderungen (Basel II) sehen sowohl einfache als auch fortgeschrittene Verfahren (IRB-Ansatz) vor. Die OeNB brachte ihre Expertise in den für IRB-Ansätze notwendigen Genehmigungsverfahren ein und erstellte umfangreiche gutachterliche Äußerungen, die als Entscheidungsgrundlage für die FMA dienten.

Die OeNB ist für die Verarbeitung der Meldungen der österreichischen Kreditwirtschaft zuständig. Für die Auswertung dieser Daten wurden – in Abstimmung mit der FMA – modernste Datenbanken und Softwaretools entwickelt, um eine

wirksamere Analyse der Kreditinstitute zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden auch der FMA zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der in Memoranda of Understanding festgelegten internationalen Aufsichtskooperationen wurden von der OeNB gemeinsam mit der FMA Treffen mit anderen Aufsichtsbehörden abgehalten und internationale Konferenzen zu den Themen Meldewesen und Analysesysteme organisiert. Um die bankaufsichtlichen Aufgaben besser wahrnehmen zu können, finden regelmäßig bilaterale Kontakte zwischen OeNB und FMA, auf Managementebene z. B. im Rahmen der Abteilungsleiter- und Koordinationsforen, statt. Wichtigstes Gremium ist das vierteljährlich tagende Finanzmarktkomitee, dem neben der OeNB und der FMA auch das BMF angehört und das eine Plattform für Fragen der Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht darstellt.

Intensivierung der internationalen und EU-weiten Aufsichtskooperation

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Finanzmarktintegration hat sich in den letzten Jahren die Intensität der internationalen und EU-weiten multilateralen Aufsichtskooperation erheblich verstärkt. Auf EU-Ebene sind hier insbesondere die Aktivitäten des Committee of European Banking Supervisors (CEBS) hervorzuheben, in dem die Bankenaufsichtsbehörden und Zentralbanken des Europäischen Wirtschaftsraums vertreten sind. CEBS hat es sich zum Ziel gesetzt, durch eine möglichst starke Angleichung („Konvergenz“) der Aufsichtspraktiken in den einzelnen Mitgliedstaaten und eine Förderung der Aufsichtskooperation die Effektivität und Effizienz grenzüber-

schreitender Aufsichtsprozesse weiter zu verbessern und dadurch letztlich eine „europäische Aufsichtskultur“ zu entwickeln. Inhaltlich bezogen sich diese Aufgaben bislang v. a. auf die Erstellung von Richtlinien zu Basel II, die nunmehr umzusetzen sind. Neben dem CEBS hat sich das Banking Supervision Committee (BSC) des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) als eine etablierte Kooperationsplattform zwischen den EU-Zentralbanken und den Aufsichtsbehörden herausgebildet.

Die OeNB ist nicht nur im CEBS und im BSC, sondern darüber hinaus in einer Reihe weiterer europäischer Gremien, Komitees und Arbeitsgruppen tätig. So hat die OeNB z. B. den Vorsitz in der Working Group on Banking Developments (WGBD) des BSC inne und war bis Anfang 2007 im – zur Unterstützung des CEBS-Vorsitzes eingerichteten – sogenannten CEBS-Bureau vertreten, wo sie auch als Gastgeber für internationale Meetings auftrat. Im Juni 2006 wurde etwa auf Einladung von OeNB und FMA ein CEBS-Meeting in Wien abgehalten.

Parallel zu den zahlreichen europäischen Kooperationsaktivitäten wurde im Jahr 2006 auch die Diskussion über eine mögliche Weiterentwicklung der europäischen Aufsichtsarchitektur fortgeführt. Die OeNB tritt dabei für eine Beibehaltung des derzeitigen Aufsichtsregimes ein, das jedoch im Sinn einer verstärkten Kooperation durch den CEBS weiterentwickelt werden sollte. Ungeachtet der Bestrebungen, nach Abschluss des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen eine regulatorische Pause eintreten zu lassen, stand eine Reihe

weiterer finanzmarktregulatorischer Themen auf der EU-Tagesordnung, darunter v. a. die Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für den Zahlungsverkehr im Binnenmarkt.

OeNB leistet substanziellen Beitrag zur Sicherheit von Zahlungssystemen

Die OeNB erfüllte den ihr gemäß §44a NBG übertragenen Auftrag zur Aufsicht über die Zahlungssysteme auch im Jahr 2006, indem sie laufend die in Österreich betriebenen Zahlungssysteme bzw. die Teilnahme österreichischer Banken an internationalen Zahlungssystemen überwacht. Dazu nimmt die OeNB sowohl eine regelmäßige Analyse der Zahlungssystemstatistik (ZAST) als auch umfassende Einzelprüfungen vor. Im Jahr 2006 wurde erstmals auch ein Betreiber von Infrastrukturen für Zahlungssysteme einer Prüfung unterzogen. Die OeNB wird bei dieser Prüftätigkeit von dem als Überwachungsstelle akkreditierten Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) unterstützt.

Die meisten österreichischen Zahlungssysteme verzeichneten auch im Jahr 2006 beachtliche Steigerungen im Transaktionsaufkommen. Wertmäßig dominierte das von der OeNB betriebene Großbetragszahlungssystem ARTIS⁸, die meisten Transaktionen allerdings wurden über die Zahlungssysteme mit Lastschriftfunktion abgewickelt. Insgesamt war das Jahr 2006 durch einen hohen Grad an Systemstabilität gekennzeichnet. Auftretene Störungen konnten in enger Kooperation mit den Systembetreibern rasch und wirksam behoben werden. Nach dem Bekanntwerden

Im internationalen Vergleich hohes Sicherheitsniveau beim elektronischen Zahlungsverkehr

⁸ ARTIS: Austrian Real Time Interbank Settlement.

einiger Manipulationsfälle an POS-Terminals⁹ im Sommer 2006 arbeitete die OeNB gemeinsam mit den Betreibern des Zahlungssystems und des POS-Terminal-Netzes an Lösungen. Generell ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass in Österreich im internationalen Vergleich ein sehr hohes Sicherheitsniveau im elektronischen Zahlungsverkehr besteht.

Auf EU-Ebene war die OeNB sehr eng in die Arbeiten zur Erstellung der Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt eingebunden. Die für das Jahr 2006 vorgesehene Beschlussfassung verzögerte sich jedoch, da divergierende Auffassungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Behandlung der sogenannten Zahlungsinstitute bestanden. Österreich tritt aus Stabilitäts- und Wettbewerbsüberlegungen für eine Regelung ein, die sich an den für Banken geltenden Aufsichtsbestimmungen orientiert.

Weiters hat die OeNB auch im Jahr 2006 an der Entwicklung von europäischen Aufsichtsstandards für Wertpapierverrechnungs- und Abwicklungssysteme mitgearbeitet; es konnten aber noch keine Ergebnisse erzielt werden. Im November 2006 haben die Marktteilnehmer eine Selbstverpflichtung (Code of Conduct) abgeschlossen, die u. a. die Preistransparenz erhöhen soll. Die bis zum Jahr 2008 vorgesehene Implementierung wird von einer aus Europäischer Kommission, EZB und CESR¹⁰ zusammengesetzten Monitoring-Gruppe überwacht.

Informationsumfang in der Großkreditevidenz erweitert

Im Jahr 2006 ist der Datenaustausch zwischen den europäischen Kreditevidenzen erfolgreich angelaufen. Dabei werden weitgehend automatisiert die Kreditverpflichtungen im Inland quartalsweise um jene aus den Kreditevidenzen der Zentralbanken Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Portugals und Spaniens ergänzt. Weiters wird den Meldern der beteiligten Evidenzen die Möglichkeit geboten, erstmals Ad-hoc-Anfragen zu den Kreditverpflichtungen ausländischer Kreditnehmer an die Evidenz des Heimatlandes dieser Kreditnehmer zu richten. Gerade bei der Kreditvergabe an große ausländische Unternehmen verbessert sich dadurch der Informationsstand eines Kreditgebers beträchtlich. Der internationale Austausch von Kreditdaten unterstützt die Banken- bzw. Finanzmarktaufsicht und stellt zugleich eine Erweiterung der Servicefunktion der OeNB gegenüber den Meldern der Großkreditevidenz (GKE) dar.

Auf nationaler Ebene wurde im Jahr 2006 die Erweiterung des Informationsumfangs der GKE mit Wirksamkeit Anfang 2008 gesetzlich beschlossen. Die durch die Umsetzung von Basel II erforderliche Umgestaltung der Analyselandschaft in der OeNB bewirkt, neben einer verstärkten Integration von Informationen zur Risikolage des Kreditnehmers und der Qualität von Kreditbedien- und -besicherung auch eine Harmonisierung der GKE-Meldung mit anderen an die Aufsicht gerichteten Meldungen bzw. Berichten. Da-

**Datenaustausch
zwischen europäischen
Kreditevidenzen
angelaufen**

⁹ POS: Point of Sale.

¹⁰ CESR: Committee of European Securities Regulators.

durch wird eine noch stärkere Verankerung der GKE-Daten in den Analysensystemen von OeNB und FMA erwartet.

Regelmäßige Beobachtung potenzieller Risiken

**Vertiefung des
Stabilitätsauftrags
durch Umfragen**

Im Rahmen ihres Stabilitätsauftrags beobachtet die OeNB regelmäßig potenzielle Risiken auf den Finanzmärkten und beschäftigt sich laufend mit den Veränderungen und Entwicklungen auf den Finanzmärkten. In diesem Zusammenhang führte sie im Jahr 2006 u. a. Umfragen zu den Risikopositionen großer österreichischer Banken gegenüber Hedgefonds und zu den Leveraged-Buyout-Aktivitäten (fremdfinanzierte Unternehmensübernahmen durch Finanzinvestoren) durch. Die Ergebnisse der Analysen werden regelmäßig publiziert, z. B. im Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB, im Rahmen von Pressekonferenzen und in speziellen Workshops, bzw. mit Aufsichtsbehörden und Finanzintermediären diskutiert.

**International
anerkannte Rolle
der OeNB
bei Stresstests**

Auch im Jahr 2006 kooperierte die OeNB intensiv mit europäischen Zentralbanken bzw. Aufsichtsbehörden und setzte dabei wichtige Initiativen. So wurde z. B. im Rahmen einer Arbeitsgruppe des BSC von der OeNB federführend eine Erhebung über das Risiko von Fremdwährungskrediten in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. In einer bankinternen Veranstaltung wurden die Auswirkungen der neuen Rechnungslegungsgrundsätze auf die Finanzmarktstabilität diskutiert. Zudem beschäftigte sich die OeNB mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Banken bzw. auf die Finanzmarkt-

stabilität. Die Workshops¹¹ waren ein geeigneter Rahmen für einen konstruktiven, zukunftsorientierten Dialog mit Wissenschaftlern und anerkannten Bankfachleuten.

Der Ausbau der modernen, risikobasierten Analysemethoden wurde fortgeführt und weitere Verbesserungen in der Analyselandschaft vorgenommen. Komplexe Modelle in der Bankenanalyse wurden teilweise in Forschungsk Kooperationen mit verschiedenen Universitäten verfeinert bzw. neu entwickelt. Mit der Entwicklung eines innovativen Softwaretools zur Analyse des systemischen Risikos im Bankensektor, dem Systemic Risk Monitor, wird nun auch das Ansteckungsrisiko zwischen Banken berücksichtigt. Damit gelang es der OeNB, in diesem Bereich eine international anerkannte Rolle zu übernehmen. Aber auch hinsichtlich der Zusammenführung der zahlreichen Analyseergebnisse zu einem akkuraten Gesamturteil über die einzelnen untersuchten Banken wurden wegweisende Neuerungen erarbeitet.

Die OeNB stellte im Jahr 2006 ihre Kompetenz beim Krisenmanagement unter Beweis. Die in einem spezifischen internen Handbuch festgelegten Strukturen und Abläufe bewährten sich bei zwei Krisenmanagement-Simulationsübungen auf europäischer Ebene. Die Krisenmanagement-Simulationsübungen dokumentierten auch die gute Zusammenarbeit der nationalen Zentralbanken im ESZB. Die OeNB wird sich mit dem Thema Krisenmanagement weiterhin aktiv beschäftigen und ihre Kompetenz ausbauen.

¹¹ Zweiteiliger Workshop über „Aging and its implications for banks and bank strategy“ am 4. April und am 29. September 2006.

Wirtschaftspolitische Reformen in der EU beginnen zu greifen

Konjunkturelle Spielräume sollen für Reformmaßnahmen genutzt werden

Seit der Einführung der gemeinsamen Währung ist das Eurosystem für die Geldpolitik des Euroraums zuständig. Die Fiskalpolitik nimmt seitdem eine besondere Schlüsselposition in den wirtschaftspolitischen Strategien der Länder des Euroraums ein. Eine solide Gebarung der öffentlichen Haushalte schafft die Grundlagen für Preisstabilität und damit für Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Darüber hinaus eröffnet sie die notwendigen Spielräume, um Fluk-

tuationen der Wirtschaftsleistung über den Verlauf des Konjunkturzyklus hinweg auszugleichen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt stellt die grundlegende Säule der fiskalpolitischen Koordination zwischen den Ländern des Euroraums dar. Seine Zielvorgabe eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts ist darauf ausgerichtet, einen effizienten Einsatz der Fiskalpolitik bei gleichzeitig stabilen Preisen zu gewährleisten. Besonders in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs ist es deshalb wichtig, bestehende Budgetdefizite entschieden zurückzuführen. Einige

Sinkende Defizitquoten
im Euroraum

Tabelle 2

Gesamtstaatliche Budgetsalden

in % des BIP

	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ¹
Belgien	0,0	0,1	0,0	-2,3	0,2	-0,5
Deutschland	-3,7	-4,0	-3,7	-3,2	-1,7	-1,6
Finnland	4,1	2,5	2,3	2,7	3,9	2,9
Frankreich	-3,2	-4,1	-3,6	-3,0	-2,5	-2,6
Griechenland	-5,2	-6,2	-7,9	-5,5	-2,6	-2,6
Irland	-0,4	0,4	1,4	1,0	2,9	0,9
Italien	-2,9	-3,5	-3,5	-4,2	-4,4	-2,9
Luxemburg	2,1	0,4	-1,2	-0,3	0,1	-0,5
Niederlande	-2,0	-3,1	-1,8	-0,3	0,6	0,1
Österreich	-0,5	-1,6	-1,2	-1,6	-1,1	-1,2
Portugal	-2,9	-2,9	-3,3	-6,1	-3,9	-4,0
Slowenien	-2,5	-2,8	-2,3	-1,5	-1,4	-1,6
Spanien	-0,3	0,0	-0,2	1,1	1,8	1,1
Euroraum	-2,5	-3,0	-2,8	-2,5	-1,6	-1,5
Dänemark	1,2	0,0	2,0	4,7	4,2	4,3
Estland	0,4	2,0	2,3	2,3	3,8	1,6
Lettland	-2,3	-1,6	-1,0	-0,2	0,4	-1,2
Litauen	-1,5	-1,3	-1,5	-0,5	-0,3	-1,2
Malta	-5,5	-10,0	-5,0	-3,1	-2,6	-2,7
Polen	-3,2	-6,3	-5,7	-4,3	-3,9	-2,0
Schweden	-0,2	-0,9	0,8	2,1	2,2	2,4
Slowakische Republik	-7,7	-2,7	-2,4	-2,8	-3,4	-3,0
Tschechische Republik	-6,8	-6,6	-2,9	-3,5	-2,9	-3,6
Ungarn	-8,2	-7,2	-6,5	-7,8	-9,2	-7,4
Vereinigtes Königreich	-1,7	-3,2	-3,1	-3,1	-2,8	-2,8
Zypern	-4,4	-6,3	-4,1	-2,3	-1,5	-1,7
EU-25	-2,3	-3,0	-2,7	-2,3	-2,0	-1,6
Bulgarien	-0,4	-0,9	2,2	1,9	3,3	1,8
Rumänien	-2,0	-1,5	-1,5	-1,4	-1,9	-2,6

Quelle: Eurostat.

¹ Prognose der Europäischen Kommission (Herbst 2006).

Länder haben die günstige wirtschaftliche Lage im Jahr 2006 auch in diesem Sinn genutzt. Das aggregierte Budgetdefizit des Euroraums sank von 2,5 % (2005) auf 1,6 % (2006) des BIP. Prognosen gehen von einem weiteren Absinken der Defizitquote auf 1,5 % des BIP im Jahr 2007 aus. Für diese positive Entwicklung sind hauptsächlich die höheren Steuereinnahmen aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Dynamik verantwortlich. Innerhalb des Euroraums verzeichnen nun sechs Länder einen Budgetüberschuss oder einen ausgeglichenen Haushalt. In zwei Ländern (Italien und Portugal) liegt das Defizit über dem festgelegten Grenzwert von 3 % des BIP. Deutschland und Griechenland konnten im Jahr 2006 ihre Budgetlücke erstmals seit vielen Jahren auf unter 3 % des BIP verringern. In der EU wird die Drei-Prozent-Vorgabe von fünf Ländern nicht eingehalten (Tabelle 2). Trotz der konjunkturellen Verbesserung bleibt die Haushaltskonsolidierung damit eine dringende wirtschaftspolitische Herausforderung und sollte mit Nachdruck verfolgt werden.

Die Schuldenquote des Euroraums hat sich im Vergleich zum Jahr 2005 kaum verändert und betrug rund 70 % des BIP. Die Verschuldung der gesamten EU lag mit rund 62 % des BIP deutlich unter diesem Wert. Zurückzuführen ist das auf die vergleichsweise niedrigen Schuldenstände der neuen Mitgliedstaaten und des Vereinigten Königreichs.

Neben der Budgetpolitik wurde auch die Bedeutung einer engagierten Strukturpolitik durch die Einführung

des Euro entschieden gestärkt. Nur flexible und anpassungsfähige Volkswirtschaften können das Wachstumspotenzial einer gemeinsamen Währung und eines Binnenmarktes zur Gänze nutzen. Um Wachstumskräfte zu aktivieren und langfristig zu erhöhen, verständigten sich im Jahr 2000 die EU-Mitgliedstaaten auf eine europäische Wachstumsstrategie, die Lissabon-Agenda. Diese gab als Ziel vor, bis zum Jahr 2010 die EU zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die Halbzeitbewertung im Jahr 2005 bemängelte insgesamt unzureichende Fortschritte in vielen Bereichen und sah fehlende nationale Identifikation mit Lissabon-Zielen und deren Umsetzung als eine der Hauptursachen.

Nach dem reformierten Lissabon-Prozess sollen die Mitgliedstaaten der EU zur stärkeren Selbstverpflichtung u. a. vorausschauende Strategiepapiere zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, sogenannte Nationale Reformprogramme (NRPs), erstellen, die für jeweils drei Jahre gültig sind. Die NRPs sollen konsistente Wachstumskonzepte sein, die wesentliche landesspezifische Problemfelder präsentieren und entsprechende Lösungsvorschläge skizzieren. Die Umsetzung wird jährlich überprüft, wobei kleinere Anpassungen möglich sind. Im Herbst 2006 startete die erste Evaluierungsrunde dieser Programme.

Für den Euroraum kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass die Reformen in allen vier Hauptbereichen¹ im Allgemeinen voranschreiten. Vor allem wurden Fort-

Umsetzung der
Lissabon-Strategie
schreitet voran

¹ In ihrem Frühjahrsbericht 2006 definiert die Europäische Kommission vier prioritäre Aktionsbereiche, in denen zusätzliche Maßnahmen notwendig sind. Dazu gehören Forschung und Innovation, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, Beschäftigungsförderung und die Schaffung eines effizienten Energiemarktes.

schritte im Bereich Forschung und Entwicklung sowie bei der Stärkung des unternehmerischen Umfelds für Klein- und Mittelbetriebe verzeichnet. Weniger weit gingen die Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung und Energie. Weiters besteht erhöhter Handlungsbedarf bei der Finanzgebarung der öffentlichen Haushalte und bei der geringen Wettbewerbsintensität bestimmter Sektoren. Im Bereich der Budgetpolitik wurde v. a. darauf hingewiesen, dass trotz gewisser Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung noch Problemfelder bestünden. In erster Linie stellt die steigende Lebenserwartung der Bürger Europas eine Herausforderung für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und der Sozialsysteme dar. Wirtschaftspolitische Vorschläge zur Förderung des Wettbewerbs sehen eine Erhöhung der Faktormobilität und der Anpassungsgeschwindigkeit von Preisen und Löhnen sowie eine Stärkung der Innovationskraft vor.

Die Europäische Kommission rät den Ländern des Euroraums, ihre Reformbemühungen in der derzeitigen Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs zu verstärken. Dieser sei nämlich nicht zuletzt auch auf die bereits eingeleiteten und durchgeführten Lissabon-Reformen zurückzuführen. Konkret sollten Maßnahmen zur Steigerung des Wettbewerbs in den Dienstleistungssektoren und zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte forciert werden.

Auch in Österreich seien laut Europäischer Kommission angemessene Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Reformprogramms erzielt worden. Besonders gelobt wurde der weit gediehene Einsatz erneuerbarer Energien. Positiv hervorgehoben wurden weiters die Pensionsreform und

ihre Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte. Weitere Schritte in diese Richtung, z. B. durch Reformen der öffentlichen Verwaltung und des Gesundheitswesens, könnten substanziell zu gesunden Staatsfinanzen beitragen. Auch die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen schreite voran. Höhere Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik und Fortbildungsprogramme beginnen Wirkung zu zeigen. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass Programme oft nicht exakt auf die individuellen Anforderungen und Bedürfnisse der Teilnehmer auf dem Arbeitsmarkt zugeschnitten seien. Trotz gewisser Fortschritte stelle die niedrige Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer nach wie vor eine der zentralen Herausforderungen für die österreichische Arbeitsmarktpolitik dar. An der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte weiter gearbeitet werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich ist robust und verläuft dynamischer als im Durchschnitt des Euroraums. Jedoch könnte das Wachstumspotenzial durch Maßnahmen zur stärkeren Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt, durch Förderung von lebenslangem Lernen und durch stärkeren Wettbewerb im Dienstleistungssektor noch weiter erhöht werden.

Die OECD verfasst regelmäßig Gutachten über wirtschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedstaaten, die sich v. a. auf wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Steigerung des langfristigen Wachstumspotenzials konzentrieren. In ihrem Bericht „Economic Survey of the Euro Area“ vom 4. Jänner 2007 kommt die OECD zum Schluss, dass sich der Aufschwung im Euroraum verfestigt habe. Vor diesem Hintergrund, so

**Österreich setzt
Strukturreformen um**

Nationale Lissabon-Reformprogramme:

Ideen für die österreichische Wirtschaftspolitik

Als Ergebnis des reformierten Lissabon-Prozesses liegen seit Herbst 2005 die Nationalen Reformprogramme (NRPs) aller EU-Mitgliedstaaten vor. Gegenseitiges Lernen und die Verbreitung von Best-Practice-Modellen sind ein explizites Ziel dieser Programme. Ein Vergleich¹ der im Internet veröffentlichten NRPs² zeigt viele interessante Ansätze für Form und Inhalt der Wirtschaftspolitik, die auch für Österreich relevant sind: Eine vorausschauende, von sich aus tätig werdende Wettbewerbspolitik könnte aktiv Sektoren mit Wettbewerbsproblemen bestimmen und Veränderungen vorschlagen. Das Aus- und Weiterbildungssystem könnte von zahlreichen Initiativen zur Verbesserung der Quantität und der Qualität profitieren (im Hochschulbereich z.B. Spitzenforschung, Graduiertenschulen und insgesamt eine Steigerung der Beteiligung an der Hochschulbildung). In vielen Ländern werden spezifische Programme zur Förderung benachteiligter Gruppen, wie etwa Migrantenkinder, entwickelt. In der Beschäftigungsförderung gehen alle Länder unisono den Weg der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über qualitativ und quantitativ verbesserte Kinderbetreuung, Anpassungen der Familienförderung etc. Die Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen orientieren sich an den entsprechenden europäischen Strategien. In der Reform des öffentlichen Sektors liegt der Fokus auf der Umstellung auf output-basierten Systemen, die zu mehr Effizienz und über die Konzentration auf wachstumsfördernde Ausgaben auch zu mehr Effektivität beitragen sollen. Die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe verlagert sich zusehends auf schnell wachsende Jungunternehmen, denen spezifische Beratungsleistungen und verbesserte Finanzierungsbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Für die Ablaufgestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik lassen sich Ideen aus den Strategien und Aktionsplänen anderer Länder gewinnen: Diese versuchen, mit einem vorausschauenden und bereichsübergreifenden Ansatz vorher definierte Ziele zu erreichen. Die Zieldefinition beruht auf einer Stärken-Schwächen-Analyse, die zu einer Prioritätensetzung führt. Die zu setzenden Maßnahmen werden in detaillierten Umsetzungsplänen beschrieben, die Umsetzung selbst wird laufend beobachtet. Der Erfolg der Maßnahmen bei der Zielerreichung wird evaluiert. Auch für die Transparenz der Erstellung und die Kommunikation des NRP selbst gibt es Anregungen, z.B. in Form von Seminaren mit Teilnehmern aus der Bevölkerung.

¹ Janger, J. 2006. Nationale Lissabon-Reformprogramme: Ideen für die österreichische Wirtschaftspolitik. In: Geldpolitik & Wirtschaft 2/06. OeNB. 49–71.

² Siehe dazu http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/nrp_2005_en.pdf.

die OECD, sollte man sich nun verstärkt längerfristigen Herausforderungen stellen. Als solche werden v. a. das vergleichsweise geringe Wachstumspotenzial und diverse strukturelle Rigiditäten identifiziert. Die europäische Wirtschaftspolitik sollte sich um flexiblere Arbeitsmärkte, stärkeren Wettbewerb (v. a. im Dienstleistungsbereich) und eine weitere Integration der europäischen Finanzmärkte bemühen. Der konjunkturelle

Aufschwung biete darüber hinaus die Chance, Budgetdefizite und Staatsverschuldungsquoten energisch zurückzuführen. Die Einschätzung der OECD deckt sich also in weiten Teilen mit der der Europäischen Kommission. Die genannten Problemfelder werden nahezu zur Gänze in der Lissabon-Strategie angesprochen. Vor diesem Hintergrund sollte einer engagierten Umsetzung der NRPs zusätzliche Priorität eingeräumt werden.

Europäische Integration schreitet im Jahr 2006 voran

Fortschreitende Erweiterung der EU und des Euroraums

2006 war ein wichtiges Jahr für die europäische Idee einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Ziel der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität. Die europäische Integration machte in ihren beiden Dimensionen – Erweiterung und Vertiefung – weitreichende Fortschritte. Am 1. Jänner 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Damit wurde die fünfte Erweiterungsrunde abgeschlossen, die im Mai 2004 mit der Aufnahme von zehn zentral- und osteuropäischen Ländern (EU-10) in die EU begonnen hatte. Slowenien führte ebenfalls mit 1. Jänner 2007 als 13. Land insgesamt und als 1. der EU-10 den Euro als offizielle Währung ein. Diese Erweiterungsschritte belegen eindrucksvoll die unverändert hohe Anziehungskraft des europäischen Modells. Die Aussicht auf wirtschaftlichen Wohlstand und politische Teilhabe haben das Zusammenwachsen des Kontinents entscheidend beschleunigt.

Die fünfte Erweiterungsrunde war die bisher ambitionierteste. Noch nie zuvor wurde eine so große An-

zahl von Ländern mit so vielen Menschen innerhalb kurzer Zeit in die europäischen Strukturen integriert. Dazu kommt, dass die zentral- und osteuropäischen Staaten komplexe ökonomische, politische und soziale Veränderungsprozesse durchlaufen haben und teilweise noch durchlaufen. Trotz dieser schwierigen Ausgangssituation stellte die Europäische Kommission in einer Mitteilung vom Mai 2006 fest, dass die Erweiterung nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Erfolg war. In der Periode von 1997 bis 2005 wuchs die EU-10 um durchschnittlich 3,75 % p. a., während es die alten Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum nur auf ein Wachstum von durchschnittlich 2,5 % brachten. Diese Wachstumsdifferenz führte zu einer graduellen Annäherung der Wirtschaftsleistung. Aber nicht nur die neuen Mitgliedstaaten haben von ihrer Aufnahme in die EU profitiert. Durch die Vergrößerung des Binnenmarktes um rund 75 Millionen Bürger ergaben sich bedeutende neue Geschäftsmöglichkeiten für Unternehmen aus den alten EU-Mitgliedstaaten. Es kam zu einer Intensivie-

Fünfte EU-Erweiterungs-
runde ist ein Erfolg

Kasten 6

Österreich profitiert von der EU-Erweiterung

Als Drehscheibe zwischen Ost und West konnte bisher Österreich hauptsächlich Nutzen aus der EU-Erweiterung ziehen. Die Investitionen österreichischer Unternehmen in den neuen Mitgliedstaaten und der stark steigende Außenhandel lassen die österreichische Wirtschaft am Aufschwung der Region teilhaben. Damit geht auch die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze einher. Angesichts dieser positiven Gesamtbeurteilung der EU-Erweiterung erstaunt die weit verbreitete Skepsis in der österreichischen Bevölkerung. Tatsächlich stehen einzelne Branchen und Beschäftigtengruppen vor erweiterungsbedingten Herausforderungen. Mit der nötigen Bereitschaft und gegebenenfalls Anreizen zur Anpassung können jedoch auch sie am Wohlstandsgewinn teilhaben.

Als Wirkungsstränge wirtschaftlicher Integration sind v. a. Handel, Direktinvestitionen, Finanzinvestitionen und Migration von Bedeutung.

Der Abbau von Handelsbarrieren zwischen Ost- und Westeuropa hat zu einer raschen Intensivierung des Austauschs von Waren und Dienstleistungen geführt. Knapp ein Fünftel aller österreichischen Exporte geht bereits in die zentral- und osteuropäischen Länder, ein Großteil davon in die neuen EU-Mitgliedstaaten, die somit nach Deutschland den zweitwichtigsten Markt für heimische Produkte darstellen. Diese Exporte tragen wesentlich zur – in den letzten Jahren weitgehend – ausgeglichenen Handelsbilanz Österreichs bei.

Österreichs Nettovermögen aus Direktinvestitionen stammt v. a. aus den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten sowie den neuen Zielgebieten in Ost- und Südosteuropa. Im Jahr 2003 lagen die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland erstmals höher als die Direktinvestitionen von Ausländern in Österreich. Die Bedeutung als Drehscheibe zwischen Ost und West lässt sich aber auch daran erkennen, dass viele multinationale Konzerne ihre Erweiterung nach Osteuropa von Österreich aus koordinieren. Aus Sicht der Erweiterungsländer rangiert Österreich durchwegs unter den führenden Investoren; in den beiden jüngsten EU-Mitgliedstaaten, Bulgarien und Rumänien, sogar an erster bzw. zweiter Stelle. Insbesondere im osteuropäischen Bankensektor ist Österreich mittlerweile zum größten Investor aufgestiegen und hält einen Marktanteil von durchschnittlich 25 %. Das Betriebsergebnis der österreichischen Bankentöchter in Zentral-, Ost- und Südosteuropa hat sich in der Zeit von 2002 bis 2006 mehr als verdoppelt und manche österreichische Bank erwirtschaftet bereits die Hälfte ihres jährlichen Konzernergebnisses in diesen Regionen.

Österreich als Direktinvestor in Osteuropa

Stand 2005	Ranking der Investoren	Gesamtstand in Mrd EUR	Österreichs Anteil in %
Bosnien-Herzegowina	1. Platz	1,96	32,7
Kroatien	1. Platz	13,19	29,0
Bulgarien	1. Platz	8,53	28,3
Slowenien	1. Platz	5,56	27,9
Rumänien	2. Platz	15,04	15,7
Slowakische Republik	3. Platz	11,02	14,7
Serbien	3. Platz	3,04	11,8
Ungarn	3. Platz	40,40	11,4
Tschechische Republik	3. Platz	42,04	11,2
Ukraine	3. Platz	13,85	8,7
Polen	5. Platz	62,69	5,0
Litauen	9. Platz	5,45	2,7
Estland	10. Platz	10,37	1,1
Lettland	13. Platz	4,04	1,4

Quelle: WIW-Datenbank (Mai 2006).

Was die Arbeitnehmerfreizügigkeit betrifft, so hatte sich Österreich – wie die Mehrzahl der westlichen EU-Mitgliedstaaten – für eine vorübergehende Zugangsbeschränkung zum Arbeitsmarkt entschieden. Die dreijährige Verlängerung dieser Übergangsfrist bis Mai 2009 wurde u. a. damit begründet, dass der österreichische Arbeitsmarkt noch nicht in der Lage sei, den bisherigen Zuzug voll zu kompensieren, und dass jenseits der besonders langen gemeinsamen Grenze Millionen Menschen in Tagespendlerdistanz leben. Die Beispiele derjenigen Staaten¹, die den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten nach der Erweiterung nicht beschränkten, zeigen jedoch auch, dass Migration nicht nur Arbeitsangebot, sondern auch -nachfrage schafft und über langfristige Anpassungen positive Produktivitätseffekte ermöglicht.

¹ Irland, Schweden und (mit leichten Einschränkungen) das Vereinigte Königreich.

Bulgarien und Rumänien treten der EU bei

Die Erweiterung trug also zu einer größeren wirtschaftlichen Dynamik in den alten und in den neuen Mitgliedstaaten bei.

Umsetzung der Erweiterungsstrategie geht weiter

Mit dem EU-Beitritt am 1. Jänner 2007 ist es Bulgarien und Rumänien gelungen, ihre Volkswirtschaften in vergleichsweise kurzer Zeit von Planwirtschaften in funktionierende Marktwirtschaften zu verwandeln und die

politischen sowie rechtlichen Kriterien für einen EU-Beitritt zu erfüllen. Trotz dieser Erfolge hat die Europäische Kommission in ihren Fortschrittsberichten über den Stand der Beitrittsverhandlungen vom September 2006 einige Bereiche identifiziert, in denen auch nach dem Beitritt weitere Maßnahmen notwendig sein werden. Dazu gehören v. a. die Korruptionsbekämpfung, die Gerichtsbarkeit, die Absorptionsfähigkeit von EU-Agrarfonds und Direktzahlungen sowie die Lebensmittelsicherheit. Es wurde deshalb eine Reihe von Maßnahmen verordnet, die den Beitritt begleiten sollen. So wurde u. a. ein Verfahren für die Zusammenarbeit und die Überprüfung der Fortschritte in den Bereichen Justizreform und Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität eingerichtet. Zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft ist eine gesonderte Verordnung über die Agrarausgaben angenommen worden. Das EU-Recht sieht auch umfangreiche Maßnahmen vor, um möglichen Gefahren in Bereichen wie der Lebensmittelsicherheit zu begegnen.

Kroatien und die Türkei besitzen seit dem Jahr 2005 den Status von Beitrittskandidaten zur EU. Die analytische Auswertung des Besitzstands (Screening) wurde bereits für alle Kapitel der Beitrittsverhandlungen abgeschlossen. Der erfolgreiche Abschluss des Screenings ist die Voraussetzung zur offiziellen Eröffnung eines Verhandlungskapitels. Bis Ende Februar 2007 wurden in Kroatien zwei Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen. Auch die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien besitzt den Status eines Beitrittskandidaten. Ein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlung wurde bislang noch nicht genannt.

Die Europäische Kommission stellte im November 2006 fest, dass bestimmte Beschränkungen des freien Warenverkehrs zwischen der EU und der Türkei nach wie vor aufrecht seien. Damit kommt die Türkei nicht allen Verpflichtungen nach, die sie durch das Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara übernommen hat. Konkret handelt es sich dabei um die Ausdehnung der bestehenden Zollunion mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten und insbesondere auf Zypern. Unter diesen Umständen empfahl die Europäische Kommission, keine Verhandlungen über jene Kapitel des Beitrittsvertrags aufzunehmen, für die diese Beschränkung der Türkei relevant sei. Darüber hinaus trat die Europäische Kommission dafür ein, kein weiteres Kapitel vorläufig abzuschließen, bis die Türkei ihren Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll zur Gänze nachkomme.

Die Annäherung Südosteuropas an die EU wurde fortgeführt. Mit dem Abschluss der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Albanien konnte ein wichtiger Erfolg in dieser Hinsicht erzielt werden. Ein solches Abkommen sieht u. a. vor, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu fördern und nach einer Übergangszeit eine mit der World Trade Organization konforme Freihandelsregelung zu schaffen. Bosnien und Herzegowina verhandelt seit November 2005 über ein solches Abkommen. Ein großer Teil des Wortlauts wurde bereits vereinbart. Für einen erfolgreichen Abschluss müssen allerdings noch in wenigen wichtigen Punkten weitere Fortschritte vorgewiesen werden. Durch ein Referendum erlangte Montenegro im Juni 2006 seine Unabhängigkeit von Serbien. Die EU nahm daraufhin die

Beitrittsverhandlungen mit Kroatien gehen weiter ...

... mit der Türkei geraten sie jedoch ins Stocken

Südosteuropa nähert sich der EU weiter an

**Slowenien führt
den Euro ein**

Verhandlungen über ein SAA mit Montenegro auf. Diese stützen sich auf die bereits erzielten Ergebnisse früherer Verhandlungen mit der Staatenunion Serbien und Montenegro. Im Mai 2006 wurden die Verhandlungen mit Serbien über ein SAA abgebrochen. Ausschlaggebend dafür war, dass Serbien seiner Verpflichtung zu einer uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien nicht nachkam.

**Euro kommt in neuen
Mitgliedstaaten an**

Aufgrund einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik und weitreichenden Reformbemühungen kamen die Europäische Kommission und die EZB in ihren Konvergenzberichten vom Mai 2006 zu der Einschätzung, dass Slowenien einen hohen Grad an dauerhafter wirtschaftlicher Konvergenz erreicht habe und dass die Unabhängigkeit der Zentralbank gewährleistet sei. Eine Aufnahme in den Euroraum mit 1. Jänner 2007 wurde daraufhin empfohlen und vollzogen.

Kasten 7

Slowenien – 13. Mitglied des Euroraums

Slowenien ist seit 1. Jänner 2007 Mitglied des Euroraums. Die Entscheidung dazu fiel bereits am 11. Juli 2006 im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat), nachdem die EZB und die Europäische Kommission in ihren jeweiligen Konvergenzberichten vom Mai 2006 die wirtschaftliche Konvergenz Sloweniens positiv beurteilt hatten und auch der Europäische Rat vom Juni 2006 einen Beitritt Sloweniens zum Euroraum befürwortet hatte. Bereits am 11. Juli 2006 wurde auch der unwiderrufliche Konversionskurs des slowenischen Tolar zum Euro mit 239,64 SIT/EUR festgesetzt, was der Zentralrate im Wechselkursmechanismus II (WKM II) entspricht. Die Übernahme des Euro als nationale Währung erfolgte in Slowenien – als erstem Land – gleichzeitig mit der Ausgabe von Euro-Banknoten und -Münzen. Der Parallelumlauf von alter und neuer Währung war relativ kurz und dauerte nur bis 14. Jänner 2007, während der kostenlose Bargeldumtausch bei slowenischen Kommerzbanken bis 1. März 2007 möglich war. Bei der slowenischen Zentralbank ist der Umtausch von Tolar-Noten zeitlich nicht begrenzt; Münzen können dort bis 31. Dezember 2016 umgetauscht werden. Die doppelte Preisauszeichnung ist seit 1. März 2006 verpflichtend (allerdings mit Ausnahmen) und bleibt bis Ende Juni 2007 in Kraft.

Eine der wichtigsten Herausforderungen anlässlich der Euro-Einführung in Slowenien war die Vermeidung von negativen Preiseffekten. Laut Angaben des slowenischen Statistikamtes gab es im unmittelbaren Vorfeld der Euro-Einführung (d. h. im Dezember 2006) in mehreren Waren- und Dienstleistungskategorien (z. B. in Kaffeehäusern und Restaurants, bei Möbeln, Kosmetikartikeln, Textilien, persönlichen Dienstleistungen) ungewöhnlich hohe Preissteigerungen, die laut Statistikamt zum Teil mit der Euro-Einführung in Zusammenhang stehen könnten. Dieser Trend wurde allerdings durch einen Rückgang der Inflationsrate im Jänner und Februar 2007 nicht bestätigt.

Sloweniens Beitritt zum Euroraum ist die Folge des erfolgreichen Konvergenzprozesses der vergangenen Jahre. Die erreichte nominelle Konvergenz zum Euroraum manifestiert sich in einem deutlichen Rückgang der Inflationsrate in den vergangenen Jahren (von 9,9% im Jahr 1996 auf 2,5% im Jahr 2006), niedrigen Budgetdefiziten (1,4% des BIP im Jahr 2006), einer geringen Staatsverschuldung (27,8% des BIP im Jahr 2006), der Konvergenz der lang- und kurzfristigen Zinsen, einem hohen Grad an Wechselkursstabilität während der Teilnahme am WKM II zwischen Juni 2004 und Dezember 2006 und in einem geringen Leistungsbilanzdefizit.

Kennziffern für Slowenien im Vergleich zum Euroraum

	Slowenien		Euroraum	
	1996	2006	1996	2006
Bevölkerung, in Millionen	1,99	2,00	299,48	314,56
Bevölkerung, in % des Euroraums	0,7	0,6	x	x
BIP, in % des Euroraums	0,3	0,4	x	x
BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten), in % des Euroraums	62	79	x	x
BIP pro Beschäftigten, in % des Euroraums	57	76	x	x
Beschäftigungsquote, in %	61,6	66,0 ¹	58,2	63,5 ¹
Arbeitslosenquote laut Eurostat, in %	6,9	6,0	10,7	7,9

Quelle: Eurostat.

¹ Daten aus dem Jahr 2005.

Slowenien genießt nun als 13. Land der EU die Vorteile der Gemeinschaftswährung. Neben dem Wegfall von diversen Transaktionskosten und verbesserter Preistransparenz ist das v. a. eine fest verankerte Preisstabilität.

Dieser Beitritt ist besonders symbolträchtig: Durch die Übernahme der europäischen Währung in Slowenien hat der Euro endgültig seinen Weg in die neuen Mitgliedstaaten angetreten. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen, kommt es dadurch v. a. auch zu einer Stärkung der europäischen Identität und einer noch engeren Einbindung der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas in die EU.

Einführung des Euro in neuen Mitgliedstaaten verzögert sich

Der EG-Vertrag legt fest, dass die EZB und die Europäische Kommission mindestens alle zwei Jahre bzw. auf Antrag eines Mitgliedstaates zu überprüfen haben, inwieweit EU-Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für die Teilnahme an der WWU bereits erfüllt haben. Diese Verpflichtungen beziehen sich auf das Erreichen eines hohen Grads an dauerhafter Konvergenz, die anhand der Kriterien Preisstabilität, Finanzlage der öffentlichen Hand, Wechselkursstabilität und langfristige Zinssätze gemessen wird. Zu diesem Zweck werden Konvergenzberichte erstellt. Turnusmäßig wurde ein solcher im Dezember 2006 vorgelegt. Der abgedeckte Länderkreis umfasste Estland, Lettland, Malta, Polen, Schweden, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.¹ Slowenien und Litauen sind nicht Teil des Berichts, da die Lage in diesen Staaten auf deren Antrag hin bereits im Mai 2006 überprüft wurde.

Wie weiter oben bereits ausgeführt, wurde der Beitritt Sloweniens zum Euroraum befürwortet. Im Fall von Litauen führten die Konvergenzberichte allerdings zu einem ablehnenden Votum. Im Referenzzeitraum betrug der Zwölf-Monats-Durchschnitt der am HVPI gemessenen Inflationsrate in Litauen 2,7% und lag somit knapp über dem im EG-Vertrag festgelegten Referenzwert².

Neue EU-Mitgliedstaaten erfüllen die Konvergenzkriterien nicht

¹ Zwei Mitgliedstaaten, nämlich Dänemark und das Vereinigte Königreich, haben eine Ausnahmeregelung und nehmen an der dritten Stufe der WWU nicht teil. Sie werden daher in den Konvergenzberichten der Europäischen Kommission und der EZB nicht behandelt.

² Der Referenzwert errechnet sich aus dem arithmetischen Mittel der Inflationsraten (Zwölf-Monats-Durchschnitt) jener drei EU-Mitgliedstaaten, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Zu dem so ermittelten Wert werden noch 1,5 Prozentpunkte addiert.

Die Konvergenzberichte vom Dezember 2006 kamen zum Schluss, dass keines der untersuchten Länder auf Basis der Daten für Oktober 2006 alle Konvergenzkriterien erfülle. Das Kriterium der Preisstabilität wurde von fünf Ländern verfehlt. Das Niveau der langfristigen Zinssätze lag in einem Land über dem Referenzwert. Hinsichtlich der Haushaltslage lief gegen fünf Staaten ein Verfahren wegen einem übermäßigen Defizit. Weiters betrug die öffentliche Verschuldung in drei der betrachteten Länder mehr als 60 % des BIP. Schließlich nahmen vier Länder noch nicht am Wechselkursmechanismus II (WKM II) teil und nur ein Land war zum damaligen Zeitpunkt mindestens zwei Jahre lang Mitglied im WKM II.

Mit der Einführung des Euro in Slowenien hat die Gemeinschaftswährung ihren Weg nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa angetreten. Der Zeitpunkt, zu dem alle Staaten, die im Zuge der fünften Erweiterungsrunde der EU beigetreten sind, ihre nationalen Währungen durch den Euro ersetzt haben werden, ist jedoch noch nicht absehbar. Herrschte im Erweiterungsjahr 2004 noch das Bestreben vor, den Euro unmittelbar oder zumindest sehr rasch einzuführen, so hat dieser Elan im Jahr 2006 deutlich nachgelassen. Es nennen zum heutigen Zeitpunkt nur noch drei Länder ein konkretes Zieldatum für die Euro-Einführung. Zypern und Malta peilen das Jahr 2008 an. Beide Länder haben bereits einen Antrag auf Konvergenzbewertung gestellt. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN-Rat) wird voraussichtlich im Juli auf Grundlage der zu erstellenden Konvergenzbe-

richte der EZB und der Europäischen Kommission über diesen Antrag entscheiden. Die Slowakei plant die Einführung des Euro im Jahr 2009. Die übrigen Länder haben ihr Zieldatum auf unbestimmte Zeit verschoben oder nennen kein solches. Bulgarien möchte noch im Jahr 2007 dem WKM II beitreten. Eine Euro-Einführung wäre damit frühestens im Jahr 2010 möglich.

Euro als währungspolitischer Anker in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Der Euro spielt bereits heute eine große Rolle in den Volkswirtschaften der zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder. Eine Reihe von Staaten orientiert sich geld- und wechselkurspolitisch an der Gemeinschaftswährung. Zurzeit nehmen sechs neue Mitgliedstaaten am WKM II teil. Der Außenwert ihrer Währungen wird dadurch innerhalb einer Schwankungsbreite von $\pm 15\%$ am Euro ausgerichtet. Nach Devisenmarktinterventionen der slowakischen Notenbank im Dezember 2006 und im März 2007 wurde am 16. März 2007 im Rahmen eines WKM II-Verfahrens der einvernehmliche Beschluss gefasst, die Zentralparität der Währung aufzuwerten. Der neue Leitkurs steht bei 35,4424 SKK/EUR, was einer Aufwertung um 8,5 % entspricht. Die Schwankungsbreite von $\pm 15\%$ blieb unberührt. Bulgarien, Bosnien und Herzegowina sowie die baltischen Staaten haben ihre Währungen im Rahmen eines Currency-Board-Systems fest an den Euro gebunden. In Montenegro und im Kosovo wurde der Euro sogar als offizielles Zahlungsmittel eingeführt.³ Auch bei der

³ Es handelt sich dabei um eine sogenannte „De-jure-Euroisierung“, also um eine einseitige Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel.

Fakturierung von Handelsströmen und auf den Kapitalmärkten spielt der Euro eine wichtige und in vielerlei Hinsicht zunehmende Rolle. Abgesehen davon verwendet die Bevölkerung Zentral- und Osteuropas den Euro bereits in größerem Umfang, und zwar ganz ohne gesetzliche Vorgabe und unabhängig vom jeweiligen Wechselkursregime. Bargeldhaltung, Ersparnisbildung und Kreditaufnahme in Euro sind heute in dieser Region nichts Ungewöhnliches.

Zur Erfassung dieses Phänomens führt die OeNB bereits seit dem Jahr 1997 in fünf zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern Umfragen durch, um die Höhe der Devisenbestände, der Spareinlagen und der Kredite in Euro zu erheben und auch die Motive dafür zu erforschen.⁴ Konkret hielten Ende 2006 ungefähr 37% der Bevölkerung in Slowenien, 30% in Kroatien, 19% in der Slowakei, 8% in der Tschechischen Republik und 6% in Ungarn Fremdwährung – zum überwiegenden Teil Euro – entweder als Bargeld oder in Form eines Fremdwährungskontos. Auf der Kreditseite ist die Verwendung von Fremdwährung bei Haushalten und Unternehmen ebenso weit verbreitet. Im ungewichteten Durchschnitt lag der entsprechende Anteil mit Jahresende 2005 bei 42%, wobei die Spanne zwischen 10% in der Tschechischen Republik und 77% in Kroatien lag. Der bei weitem größte Teil dieser Fremdwährungskredite ist dabei in Euro denominiert. Es lässt sich außerdem beobachten, dass der Euro in den letzten Jahren generell und primär zulasten des US-Dollar an Terrain gewonnen hat.

Es sollte festgehalten werden, dass es sich bei dieser „Euroisierung“ in Zentral-, Ost- und Südosteuropa um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Schließlich sind alle EU-Mitgliedstaaten durch den EU-Vertrag verpflichtet, den Euro einzuführen. Damit ist es eine Frage der EU-Erweiterungsgeschwindigkeit bzw. des Konvergenzprozesses selbst, bis wann der Euro in allen diesen Ländern gesetzliches Zahlungsmittel ist.

OeNB bringt Expertise in die europäische und internationale Kooperation ein

Österreich nahm im Jahr 2006 eine besonders wichtige Position innerhalb der europäischen Institutionen ein. Das zweite Mal nach dem Jahr 1998 hatte Österreich im ersten Halbjahr 2006 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union inne. Die größten politischen Erfolge waren zweifellos die Einigung mit dem Europäischen Parlament über den Finanzrahmen für die Periode von 2007 bis 2013 und die Einigung über die Dienstleistungsrichtlinie, die den freien Austausch von Dienstleistungen im Binnenmarkt fördern soll.

Eine besondere Priorität hatte Österreich mit der weiteren Heranführung der südosteuropäischen Länder an die EU gesetzt. Mit dem Abschluss der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Albanien konnte ein wichtiger politischer Erfolg erzielt werden. Eine EU/Westbalkan-Konferenz auf Ebene der Außenminister bestätigte die EU-Beitrittsperspektive für die Länder dieser Region. Dies ist – vor dem Hintergrund einer sich

Verwendung des Euro ist in Osteuropa bereits weit verbreitet

Österreich übernimmt im ersten Halbjahr 2006 die EU-Ratspräsidentschaft

⁴ Siehe Backé, P., D. Ritzberger-Grünwald und H. Stix. 2007. Der Euro auf dem Weg nach Zentral- und Osteuropa: Bargeld, Spareinlagen und Kredite. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/07. OeNB. 121–135.

OeNB richtet
Forschungsfokus
auf Osteuropa

unter den Mitgliedstaaten breit machenden Erweiterungsskepsis und einer intensiveren Debatte über die Absorptionsfähigkeit der EU – als ein besonders wichtiger Schritt in der Unterstützung dieser Region zu sehen. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung dieser Region für die österreichische Wirtschaft richtet auch die OeNB ihren regionalen Fokus verstärkt auf dieses Gebiet.

Im Bereich der Finanzmärkte legt die OeNB den Schwerpunkt ihres Engagements auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Der Wissensaustausch in diesem Bereich soll u. a. durch Risk Assessment und die Ausbildung von Finanzmarktaufsehern in diesen Ländern gefördert werden. Der Aufbau langfristiger und partnerschaftlicher Beziehungen mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa soll österreichische Wirtschaftsinteressen absichern und die OeNB als Kompetenzzentrum für Integrationsfragen stärken. Gerade im Bargeldbereich kann die OeNB die Beziehungen ihrer Tochtergesellschaften für innovative und sichere Gesamtlösungen nützen.

Die OeNB beteiligt sich in vielfältiger Art und Weise an der europäischen und internationalen Kooperation. Im Vordergrund steht ihre Mitarbeit in zahlreichen Gremien des Eurosystems bzw. des Europäischen Systems der Zentralbanken. Durch ihren Gouverneur ist die OeNB im wichtigsten Entscheidungsgremium des Eurosystems, dem EZB-Rat, mit Sitz und Stimme vertreten und wirkt dadurch aktiv an geldpolitischen und anderen Entscheidungen mit. Zusätzlich bringt die OeNB ihre Expertise in zahlreichen Gremien der EU und in anderen internationalen Organisationen und Netzwerken ein.

Im Rahmen ihres Schwerpunkts „Go East“ unterhält die OeNB zahl-

reiche Kontakte zu Zentralbanken aus Osteuropa. Ziel dabei ist es, die Integration dieser Länder in das Eurosystem zu unterstützen und sich als Ansprechstelle zu etablieren.

Um dies zu erreichen, liegt ein besonderer Fokus der Forschungsaktivitäten der OeNB auf dem Gebiet Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Das geschaffene Wissen soll durch Dialog und technische Kooperation mit den betreffenden Ländern geteilt werden. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die jährlich stattfindende Conference on European Economic Integration, die im Jahr 2006 unter dem Titel „The Changing Landscape of FDI in Europe“ in Kooperation mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung stattfand. Die Veranstaltung stieß mit bis zu 260 Teilnehmern aus 30 Ländern auf reges Interesse.

Anlässlich des EU-Vorsitzes wurde von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, der OeNB und der Wirtschaftskammer Österreich in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen und der Europäischen Kommission eine internationale Konferenz in Linz veranstaltet. Diese widmete sich dem Thema „Experience with and Preparations for the Euro“. Auf dieser Veranstaltung fand ein Meinungsaustausch zwischen mehr als 280 Experten aus Ländern des Euroraums und den neuen Mitgliedstaaten zum Themenkreis Euro und Euro-Einführung statt.

Mit der Frage der zukünftigen Erweiterungsstrategie des Euroraums beschäftigte sich auch der zweite von der OeNB im Juli 2006 organisierte Brussels Economic Round Table zum Thema „Enlargement of the Euro Area: Which Countries Will Join Next?“

Wichtige Forschungsergebnisse der Mitarbeiter der OeNB wurden im Jahr 2006 in über 90 Artikeln in den OeNB-Reihen „Geldpolitik & Wirtschaft“, „Focus on European Economic

Integration“, dem „Finanzmarktstabilitätsbericht“ und den „Working Papers“ sowie eigenen Workshop- und Konferenzbänden einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



OeNB stellt Umsetzung der Geldpolitik und effiziente Veranlagung der Währungsreserven sicher

Der OeNB obliegt die operative Umsetzung der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems. In dieser Funktion wickelt sie die geldpolitischen Geschäfte mit den Banken in Österreich ab. Ferner führt sie das Management der eigenen und der an die EZB übertragenen Währungsreserven durch. Das Jahr 2006 stand im Zeichen einiger Änderungen beim geldpolitischen Instrumentarium und einer Fortsetzung der erfolgreichen Veranlagungspolitik durch die OeNB.

Refinanzierungsfähige Sicherheiten werden erweitert

Im Eurosystem sind alle liquiditätszuführenden Operationen mit Sicherheiten zu unterlegen, die die Geschäftspartner zur Verfügung stellen. Das Eurosystem hat nunmehr einen einheitlichen Rahmen für notenbankfähige Sicherheiten geschaffen, der für alle Kreditgeschäfte des Eurosystems gilt. Dieser einheitliche Rahmen (einheitliches Sicherheitenverzeichnis) trat am 1. Jänner 2007 in Kraft und ersetzte das aus zwei Kategorien bestehende System, das seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion verwendet wurde und das bis zum 31. Mai 2007 schrittweise auslief. Die OeNB hat aktiv an der Entwicklung dieses neuen einheitlichen Rahmens mitgewirkt.

Eine wesentliche Änderung betrifft das Instrument der Kreditforderungen (Credit Claims), die künftig in allen Ländern des Euroraums gemäß den Bedingungen eines vereinheitlichten Regelwerks als notenbankfähige Sicherheiten anerkannt und eingesetzt werden können.

In Österreich konnten Kreditforderungen schon bisher als sogenannte Kategorie-2-Sicherheiten von den österreichischen Kreditinstituten verwendet werden. Das neue Rahmenwerk bringt den Geschäftspartnern der OeNB jedoch viele Vorteile, die ersten Zahlen zufolge zu einer beachtlichen Ausweitung der Nutzung von Kreditforderungen führten. In der Folge sind die wichtigsten aufgelistet:

- Zusätzlich zu Kreditforderungen an nichtfinanzielle Unternehmen werden grundsätzlich auch solche an öffentliche Einheiten (Bund, Länder und Gemeinden) akzeptiert.
- Das Laufzeitband wurde wesentlich erweitert, da es keinerlei Restlaufzeitbeschränkungen für Kreditforderungen mehr gibt.
- Zur Gewährleistung der hohen adäquaten Kreditqualität der Kreditforderungen wurde ein vollkommen neues Rahmenwerk – das Eurosystem Credit Assessment Framework (ECAF) – geschaffen. Wesentliches Merkmal des ECAF ist, dass der Geschäftspartner zur Feststellung der Bonitätsanforderungen nunmehr aus mehreren, gleichberechtigten Ratingquellen auswählen kann. Zur Verfügung stehen:
 - die internen Ratingsysteme der Zentralbanken, über die außer Österreich nur Deutschland, Frankreich und Spanien verfügen, und alternativ neu auch
 - anerkannte Ratingagenturen (z. B. Moody's, Standard & Poor's, Fitch),

Einheitlicher Rahmen
für notenbankfähige
Sicherheiten
im Eurosystem

- die eigenen, validierten IRB-Systeme der Geschäftspartner sowie
 - Rating Tools.
- Weiters hat die OeNB eine eigene vollautomatisierte elektronische Meldeschnittstelle geschaffen, die eine rasche und effiziente Abwicklung von Dispositionen über Kreditforderungen gewährleistet.

Änderungen bei der Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen

Die EZB veröffentlichte am 13. Jänner 2006 eine geänderte Fassung der Publikation „Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet: Allgemeine Regelungen für die geldpolitischen Instrumente und Verfahren des Eurosystems“.¹ Sie spezifizierte darin die Kriterien, nach denen die Notenbankfähigkeit von Wertpapieren, die mit einem Forderungsrecht besichert sind – sogenannte Asset-Backed Securities (ABS) – bei Kreditgeschäften des Eurosystems beurteilt wird. In der Vergangenheit hatte das Eurosystem auf ABS, die zur Kategorie der Schuldtitel gehören, keine speziellen Zulassungskriterien angewandt. Stattdessen wurde das allgemeine Zulassungskriterium für Kategorie-1-Sicherheiten, wonach Schuldtitel auf einen „festen Kapitalbetrag lauten“ müssen, dessen „Rückzahlung nicht an Bedingungen geknüpft ist“, so ausgelegt, dass ABS, bei denen das Kreditrisiko mittels Kreditderivaten auf eine Zweckgesellschaft übertragen wurde, nicht zulässig waren. Um die Transparenz des Sicherheitenrahmens insgesamt zu erhöhen, wurden nun Änderungen eingefügt, die genau definieren, welchen Kriterien ABS

neben den von Schuldtiteln generell zu erfüllenden Bedingungen entsprechen müssen. Aufgrund der Einführung der neuen Kriterien wurde darüber hinaus festgelegt, dass die Anforderung des „festen Kapitalbetrags, dessen Rückzahlung nicht an Bedingungen geknüpft ist“ zukünftig nicht mehr für ABS gelte. Grund dafür ist, dass der geschuldete Kapitalbetrag aus ABS für gewöhnlich von der Wertentwicklung der ihnen zugrunde liegenden Vermögenswerte abhängt. Die neuen Kriterien beziehen sich auf die folgenden fünf Aspekte: (1) Struktur der Transaktion; (2) Zusammensetzung des Pools der dem ABS zugrunde liegenden Vermögenswerte; (3) Rangordnung der Tranchen; (4) Sitzstaat des Emittenten; (5) Beurteilung der Notenbankfähigkeit.

Am 22. Dezember 2006 beschloss der EZB-Rat den Zuteilungsbetrag aller im Jahr 2007 durchzuführenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte von 40 Mrd EUR auf 50 Mrd EUR zu erhöhen.

Marktumfeld für das Portfoliomanagement der OeNB

Die Weltwirtschaft setzte im Jahr 2006 ihre inzwischen drei Jahre währende Hochkonjunktur fort. Neben den dynamischen Volkswirtschaften Ostasiens und den USA verzeichnete auch der Euroraum wieder einen kräftigen Anstieg des BIP. In diesem robusten konjunkturellen Umfeld konzentrierten sich die internationalen Finanzmärkte über weite Teile des Jahres auf die zukünftigen globalen Wachstumsaussichten und damit verbunden auf die weitere Entwicklung der Geldpolitik der wichtigsten Zentralbanken. Sowohl die Märkte für

EZB publiziert neue Fassung der „Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet“

¹ Siehe auch www.ecb.int/press/pr/date/2006/html/pr060113.de.html.

Staatsanleihen als auch jene für risikobehaftete Vermögenswerte (hochverzinsliche Veranlagungen und Aktien) reagierten auf konjunkturelle Signale sowie weitere Maßnahmen und Absichten der Zentralbanken äußerst sensibel.

Erwartungen sowohl einer baldigen Zinspause der Federal Reserve bzw. mehrerer Zinsschritte des Eurosystems als auch einer regionalen Verlagerung der konjunkturellen Dynamik aus den USA nach Europa und Asien führten zu deutlichen Einbrüchen des US-Dollar-Wechselkurses: Hatte die amerikanische Währung im Jahr 2005 noch von der für sie günstigen Entwicklung der internationalen Zinsdifferenzen und einem ausgeprägten Konjunkturgefälle profitieren können, so verschwanden diese Voraussetzungen im Jahr 2006 allmählich. Der US-Dollar verlor gegenüber dem Euro bis Mitte Mai 2006 nahezu 9% an Wert. Danach trat der Wechselkurs in eine bis November 2006 andauernde Seitwärtsphase, aus der er – u. a. hervorgerufen durch einen Sonderfaktor (siehe Kasten 8) – in den letzten Wochen des Jahres 2006 neuerlich nach unten ausbrach. Insgesamt verlor der US-Dollar im Jahr 2006 gegenüber dem Euro 10,5% an Wert.

Gegenüber dem japanischen Yen entwickelte sich der US-Dollar uneinheitlich. Im Frühjahr 2006 brach der US-Dollar zunächst innerhalb weniger Wochen deutlich ein (rund –7,5%), da die Bank of Japan im Zuge einer weiteren Konjunkturbelebung immer stärkere Hinweise gegeben hatte, von ihrer viele Jahre lang verfolgten Nullzinspolitik abzurücken. Sehr bald aber drehte der US-Dollar-Wechselkurs wieder ins Positive, da

die Märkte die Zinsanhebungspolitik der Bank of Japan als nur sehr zögerlich einzuschätzen begannen. Die japanische Notenbank entschloss sich zwar am 14. Juli 2006 zu einer Zinsanhebung von 0% auf 0,25%, hielt sich aber in weiterer Folge zurück. Ein weiterer Grund für die deutliche Schwäche des japanischen Yen (auch gegenüber anderen Währungen wie etwa dem Euro) dürften auch äußerst hohe Positionen sogenannter Carry Trades² gewesen sein, die v. a. von Hedgefonds initiiert worden waren.

Auf den Hauptmärkten für Staatsanleihen setzte sich der bereits im Jahr 2005 einsetzende Aufwärtstrend langfristiger Renditen zunächst bis zur Jahresmitte 2006 fort. In den USA stiegen die Renditen von Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit von einem Niveau von 4,3% zu Jahresbeginn auf fast 5,25% im Juli 2006. Unterstützt wurde dieser Trend durch eine Serie positiver Konjunkturnachrichten und die neuerlich aufkommende Unsicherheit bezüglich inflationärer Auswirkungen einer Zinspause der US-Notenbank. Ein weiterer Einflussfaktor auf den internationalen Renditenanstieg dürfte darin bestanden haben, dass Staatshaushalte vermehrt begonnen hatten, sich die günstigen Bedingungen auf dem Kapitalmarkt zunutze zu machen. Beispielsweise legte das US-Finanzministerium am 9. Februar 2006 zum ersten Mal seit dem Jahr 2001 wieder Anleihen mit 30-jähriger Laufzeit auf. Die Auktion wurde v. a. von institutionellen Anlegern aus den USA (Pensionsfonds), aber auch international (von Zentralbanken aufstrebender Länder – siehe Kasten 8) stark nachgefragt.

US-Dollar wertet ab,
Yen uneinheitlich

² Für Erklärungen hier verwendeter Begriffe siehe auch das Glossar im Anhang des Berichts.

Im Euroraum stiegen die langfristigen Renditen in der ersten Jahreshälfte 2006 im Einklang mit jenen der USA. Die Renditen von Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit erhöhten sich von einem historischen Tief von rund 3% (22. September 2005) auf 4,15% (5. Juli 2006). Hauptursache dafür war die immer stärker werdende Konjunkturbelebung im Euroraum. Auch hier dürfte der schwer quantifizierbare Effekt eines höheren Primärmarktabsatzes eine Rolle gespielt haben. Auch die langfristigen Renditen japanischer Staatsanleihen setzten ihren seit Jahresmitte 2005 anhaltenden Anstieg in den ersten Monaten des Jahres 2006 fort und erreichten angesichts der Erwartung, dass die Deflation endlich überwunden sei, am 10. Mai 2006 ein neues Rekordniveau: Renditen von 2% waren zuletzt in den späten Neunzigerjahren verzeichnet worden.

In den Sommermonaten 2006 begannen sich die langfristigen Renditen für Staatsanleihen auf allen Hauptmärkten wieder deutlich zurückzubilden. Die Verflachung der Renditenlaufzeitkurven, die ja bereits seit dem Jahr 2005 zu beobachten war, setzte sich fort. In den USA bildete sich sogar zusehends eine inverse Renditenkurve, deren negative Steigung im weiteren Jahresverlauf immer steiler wurde. Das heißt, die kurzfristigen Renditen lagen nicht nur höher als die langfristigen, sondern auch der Abstand wurde immer größer. Ursache dafür dürfte v. a. der rückläufige Inflationsdruck und die sich immer deutlicher abzeichnende Verlangsamung des US-Wachstums gewesen sein. Marktteilnehmer begannen zu rätseln, ob es sich bei dieser Inversion der US-Renditenkurve um ein Signal einer bevorstehenden Rezession handeln könnte. Gegen Ende

des Jahres 2006 aber dürfte sich auf dem Markt die Auffassung durchgesetzt haben, dass es im Jahr 2007 zu einer „weichen Landung“ kommen sollte. Die anscheinend begrenzten Auswirkungen des Einbruchs auf dem Wohnimmobilienmarkt auf die amerikanische Konsumnachfrage bzw. Konsumentenstimmung, ein massiver Einbruch des Rohölpreises (Anfang August 2006 in US-Dollar um nahezu 30%), ein weiterhin sehr belebter Aktienmarkt und anhaltend positive Unternehmensdaten bewegten viele Marktteilnehmer zu einer moderateren Sicht.

Als Indiz dafür, dass die seit Jahren andauernde weltweite Hochkonjunktur regional ein immer breiteres Fundament erhalten hat, kann die Entwicklung auf den Märkten für risikobehaftete Vermögenswerte – insbesondere jene auf Märkten aufstrebender Volkswirtschaften – angesehen werden. Der seit Anfang 2003 anhaltende Aufwärtstrend auf den internationalen Aktienmärkten setzte sich im Jahr 2006 nach einer kurzen Verkaufswelle im Mai und Juni 2006 unvermindert fort. Getrieben von positiven Fundamentaldaten und in weiterer Folge unterstützt durch ein vorläufiges Beenden des Zinsanhebungszyklus durch die US-Notenbank strebten die internationalen Aktienmärkte im Jahresverlauf neuen Höchstständen entgegen. Infolge massiver ausländischer Kapitalzuflüsse bildeten sich – von einigen kurzen Unterbrechungen abgesehen – auch die Renditeaufschläge bei risikoreichen Unternehmensanleihen aus aufstrebenden Volkswirtschaften nochmals deutlich zurück. Die bis zuletzt hohe Risikobereitschaft der Anleger lässt sich v. a. auch an den historisch niedrigen impliziten Volatilitäten der Kurse für risikobehaftete Vermögens-

**Abflachung und
teilweise Inversion der
Renditenkurven**

werte ablesen. Dies scheint besonders bemerkenswert, da immer häufiger auftretende geopolitische Spannungen diese Risikobereitschaft bisher in keiner Weise beeinträchtigt haben dürften.

Portfoliomanagement der OeNB

Das Treasury der OeNB veranlagt Währungsreserven und andere Vermögenswerte in Höhe von rund 21,5 Mrd EUR. Dieses Veranlagungsvolumen gliedert sich in verschiedene Teilportfolios mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Richtlinien: Gold-, Fremdwährungs- und Euro-Veranlagungen, die den geldpolitischen Teil bilden, sowie Veranlagungen der Eigenmittel (Own Funds), der an die EZB übertragenen Reserven, der Pensionsreserve und der für die Förderung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) gewidmeten Reserveposition. Ähnlich wie im Vorjahr nahm das Treasury der OeNB im zweiten Jahr des zweiten Goldabkommens der Zentralbanken (September 2004 bis September 2009) Goldverkäufe vor (rund 14 Tonnen). Insgesamt wurde von den Zentralbanken des Goldabkommens im gleichen Zeitraum rund 395,5 Tonnen Gold verkauft.

Wie bereits in den Jahren zuvor wurden auch im Jahr 2006 innerhalb der vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) gesetzten Rahmenbedingungen Portfolioumschichtungen vorgenommen, die neben nationalen v. a. Markt- und Risikoüberlegungen in den Mittelpunkt stellten. Einerseits ist das Treasury der OeNB bestrebt, durch eine breite Streuung von Währungen und Finanzinstrumenten das Portfoliorisiko zu reduzieren bzw. eine Stabilisierung

der Erträge zu gewährleisten, andererseits wird im aktiven Portfoliomanagement auf der Ebene des Investmentkomitees und auf Händler-ebene eine Herausforderung darin gesehen, untypische Marktsituationen professionell zu nutzen. Zwar hat das Treasury im Lauf der Jahre eine Diversifizierung zu höher rentierenden Währungen und Instrumenten vorgenommen, dennoch sind die Vermögensbestände in hochliquiden Instrumenten mit sehr begrenztem Kreditrisiko angelegt. Die herkömmlich definierte Prioritätenreihung von erstens Sicherheit, zweitens Liquidität und drittens Ertrag steht daher nach wie vor im Mittelpunkt der Veranlagungsphilosophie.

Mittels der sogenannten Value-at-Risk-Methode werden genaue Berechnungen vorgenommen, um den Risikogehalt der Benchmark auf die speziellen Notwendigkeiten der OeNB als Notenbank abzustimmen. Dabei steht die Risikotragfähigkeit der OeNB aufgrund ihrer passivseitigen Reserven im Mittelpunkt. Die genaue Analyse komplex strukturierter Produkte inklusive Fonds bildet einen wesentlichen Teilaspekt im Rahmen des Risikomanagements, auch im Hinblick auf geldpolitische Sicherheiten. Da sich gerade dieser Marktsektor rasant entwickelt, wird auf die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern auf diesem Spezialgebiet besonders Wert gelegt.

Als einzige Zentralbank im ESZB nimmt die OeNB im Rahmen ihrer Repräsentanz in New York eine Handelstätigkeit vor Ort wahr. Sie ermöglicht nicht nur den eigenen Händlern, sondern auch Händlern anderer europäischer Zentralbanken die Aneignung praktischer Handelserfahrungen in New York.

**OeNB veranlagt
Währungsreserven und
andere Vermögenswerte**

Der an die EZB übertragene Teil der Währungsreserven wird im Sinn eines dezentralen Ansatzes von der OeNB im Namen und auf Rechnung der EZB gemäß den Richtlinien der EZB veranlagt. Die Aktivität ist von allen anderen des OeNB-Treasury strikt getrennt (Chinese Wall). Hervorzuheben ist, dass sich der EZB-Rat zu einer Währungsspezialisierung entschlossen hat: Die nationalen Zentral-

banken des Systems veranlagen seit Anfang 2006 mehrheitlich nicht mehr beide Reservewährungen (US-Dollar und Yen), sondern lediglich eine. Im Zuge dessen wurde der OeNB die Aufgabe übertragen, einen Teil des EZB-Yen-Portfolios zu verwalten. Die Performance des von der OeNB für die EZB verwalteten Portfolios war in den letzten Jahren sehr erfolgreich.

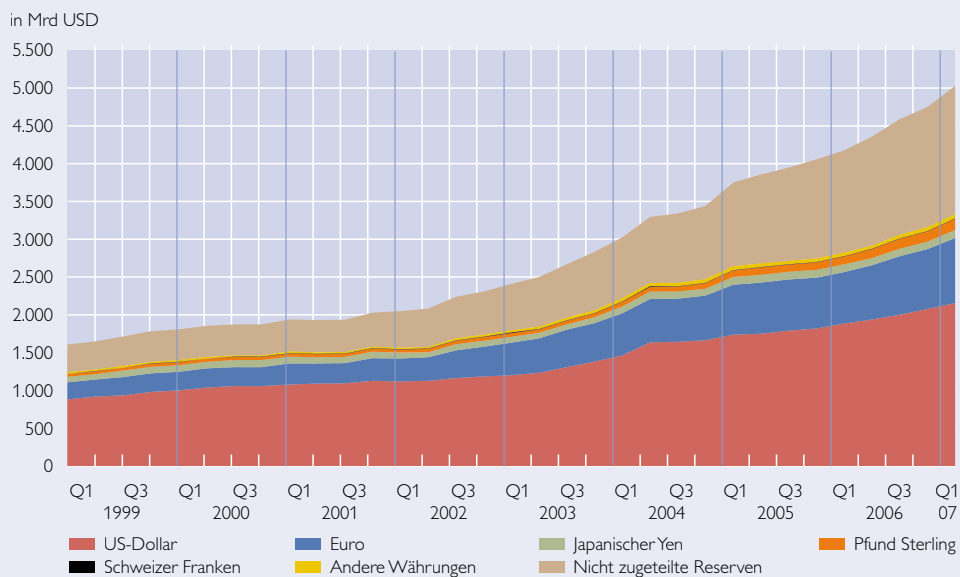
OeNB verwaltet
EZB-Yen-Portfolio
sehr erfolgreich

Kasten 8

Weltweite Währungsreserven erreichen 5.000 Mrd USD

Im Jahr 2006 erreichten die von den Zentralbanken veranlagten weltweiten Währungsreserven ein Niveau von nahezu 5.000 Mrd USD. Das sind laut BIZ 11 % des weltweiten BIP (Österreich: 3,8 % des österreichischen BIP). Aus Statistiken des IWF geht hervor, wie sich die Währungszusammensetzung dieser Reserven im Lauf der Zeit entwickelt hat. Aus der Grafik „Zusammensetzung der weltweiten Währungsreserven“ wird ersichtlich, dass der US-Dollar weiterhin klar an erster Stelle liegt, der Euro aber an Bedeutung gewinnt. Der japanische Yen hat zugunsten des Pfund Sterling an Bedeutung eingebüßt. Ein besonders dynamisch anwachsender Teil der Währungsreserven kann den aufstrebenden Volkswirtschaften – allen voran China – zugeordnet werden. Diese Länder besitzen weltweit mit Abstand die höchsten Reserven, geben aber die Währungsstreuung nicht bekannt. Dies kann zeitweise zu erheblichen Verunsicherungen auf den Devisenmärkten führen: Zum Beispiel war die Verkaufswelle des US-Dollar zu Jahresende 2006 darauf zurückzuführen, dass Informationen durchgesickert waren, die chinesische Zentralbank schiebe ihre Währungsreserven aus dem US-Dollar in andere Währungen um.

Zusammensetzung der weltweiten Währungsreserven



OeNB als Garant für verlässliche Finanzstatistiken

Finanzstatistiken der
OeNB decken breites
Themenspektrum ab

OeNB zählt zu den wichtigsten Statistik- Anbietern in Österreich

Statistiken sind aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie beeinflussen Politik und Wirtschaft, sie geben Trends und Meinungen vor, sie untermauern und widerlegen Argumente. Statistiken dienen in einer zunehmend komplexen Welt vielfach als Entscheidungshilfe und wichtiger Wegweiser bei Fragen des Konsums und Sparens, des Wohnens oder auch der Pensionssicherung. Der Wert von Statistiken hängt maßgeblich von der Erhebungsqualität, aber auch vom Vertrauen der Benutzer ab. Deshalb ist es wichtig, dass die Integrität der Statistik-Produzenten keinen Zweifel an der fachgerechten Erstellung statistischer Daten aufkommen lässt. Die Erstellung öffentlicher Statistiken ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, welche die OeNB – entsprechend ihrer Expertise im Finanzbereich – v. a. in Form von Monetär-, Zinssatz-, Bankenaufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken wahrnimmt. Die OeNB zählt damit zu den wichtigsten Statistik-Anbietern Österreichs. Die umfassende und objektive Erhebung von Wirtschaftsdaten sowie die Erstellung und Verbreitung der entsprechenden Statistiken ist eine zentrale Zielsetzung der OeNB. Damit unterstützt sie einerseits die notenbankpolitischen Kernaufgaben wie die Gewährleistung der Preisstabilität, sicherer Finanzmärkte oder eines reibungslosen Zahlungsverkehrs und andererseits die bestmögliche Versorgung der Öffentlichkeit mit verlässlichen Informationen zum österreichischen Wirtschaftsgeschehen.

Die Statistiken der OeNB liefern Antworten auf vielfältige Fragen, wie

etwa auf jene nach dem durchschnittlichen Zinssatz, den Österreichs Banken für Privatkredite berechnen; oder auf Fragen nach den Erträgen von Unternehmenskäufen im Ausland, nach dem Verflechtungsgrad der österreichischen Kapitalmärkte mit dem Ausland oder auch danach, welche Finanzierungs- und Anlageformen inländische Privathaushalte bevorzugen. So beleuchten die OeNB-Statistiken interessante Aspekte der österreichischen Wirtschaft, wie z. B. die Tatsache, dass Österreichs Wertpapiervermögen im Ausland bereits bei knapp 250 Mrd EUR liegt. Kasten 9 vermittelt einen Eindruck von der Fülle an Information, die die OeNB in ihren Statistiken bereitstellt.

Neben selbst erhobenen Primärstatistiken bietet die Website der OeNB auch eine Vielzahl an weiteren, von anderen Statistik-Anbietern erstellten Wirtschaftsstatistiken an. Im Jahr 2006 umfasste das Online-Angebot bereits rund 240 Tabellen, auf die etwa drei Millionen Mal zugegriffen wurde. Die detaillierte Beschreibung von Erhebungsmethode, Meldeumfang oder Datenquelle ermöglicht es auch dem nicht versierten Gelegenheitsnutzer, korrekte Rückschlüsse aus den Daten zu ziehen. Die Benutzer können für ihre Abfragen Parameter, wie Zeitraum und Frequenz der Datenreihe, frei wählen. Darüber hinaus sind die Abfrageergebnisse unkompliziert in Excel exportierbar.

Zur sinnvollen Verwendung von Statistiken sind unkommentierte Zahlen jedoch keineswegs ausreichend. Neben hoher Datenqualität ist auch korrekte Interpretation der Daten entscheidend. Die OeNB unterstützt diese Anforderung mit einer umfangreichen Palette an Print- und Online-

Online-Angebot
der OeNB: rund
240 Tabellen mit
3 Millionen Zugriffen
im Jahr 2006

Informationsvielfalt der OeNB-Statistiken

Rekorderträge im Jahr 2004 für österreichische Unternehmen im Ausland

Die Direktinvestitionsstatistik der OeNB zeigt z. B., dass österreichische Investoren zum Jahreswechsel 2004/05 im Ausland 49,8 Mrd EUR in strategischen Firmenbeteiligungen veranlagt hatten, während der Wert ausländischer Beteiligungen in Österreich 45,8 Mrd EUR betrug. Dank massiver Neuinvestitionen im Jahr 2005 dürfte der Bestand zum Jahresende 2005 auf der Aktivseite bereits 57,5 Mrd EUR und auf der Passivseite 52,7 Mrd EUR betragen. Österreich befindet sich also seit dem Jahr 1990 in einem bemerkenswerten Aufholprozess und weist seit dem Jahr 2003 eine aktive Vermögensposition bei Direktinvestitionen auf. Ausgesprochen günstig entwickelten sich dabei die Erträge: Mit Gewinnen von 4,2 Mrd EUR verzeichneten die Auslandstöchter in österreichischem Besitz im Jahr 2004 einen deutlichen Gewinnsprung (+1 Mrd EUR). Obwohl auch die Erträge der ausländisch beeinflussten Unternehmen in Österreich deutlich zulegen konnten, ergab sich wie schon im Jahr 2003 ein Ertragsüberschuss der österreichischen Volkswirtschaft. Besonders gut war die Ertragsentwicklung in Zentral- und Osteuropa: In dieser Region konnten in einigen Ländern sogar zweistellige Renditen erzielt werden.

Grenzüberschreitende Finanzbestände im Jahr 2005 erstmals über der Marke von 1.000 Mrd EUR

Österreichs Finanzverflechtung mit dem Ausland erreichte Ende 2005 einen neuen Höhepunkt: Grenzüberschreitende Aktiva und Passiva wuchsen gegenüber dem Vorjahr um jeweils rund 20% und erreichten zusammen erstmals mehr als 1.000 Mrd EUR. Dabei überstiegen die Finanzverpflichtungen in Höhe von 525,4 Mrd EUR das Auslandsvermögen um 38,4 Mrd EUR. Die Internationale Vermögensposition Österreichs zeigte sich somit etwas passiver als im Jahr 2004 (-33,1 Mrd EUR). Die Internationalisierungsquote, die das Volumen der aktiven und passiven Finanzbestände in Beziehung zum BIP setzt, erreichte 413% (2004: 356%). Wesentliche Ursache für diese Entwicklung waren die außergewöhnlich hohen Auslandsveranlagungen österreichischer Wertpapierinvestoren, die das günstige Umfeld auf den internationalen Kapitalmärkten zu nutzen wussten: Mit 34 Mrd EUR erreichten sie im Jahr 2006 einen neuen Rekordwert. Umgekehrt sorgte der – hauptsächlich durch ausländische Käufer getriebene – Höhenflug des österreichischen Aktienindex ATX für deutlich gestiegene Finanzverpflichtungen. Ausländische Investoren, deren Engagement die gute Performance des ATX (+51%) maßgeblich beeinflusste, lukrierten aus Kursgewinnen österreichischer Anteilscheine rund 10 Mrd EUR.

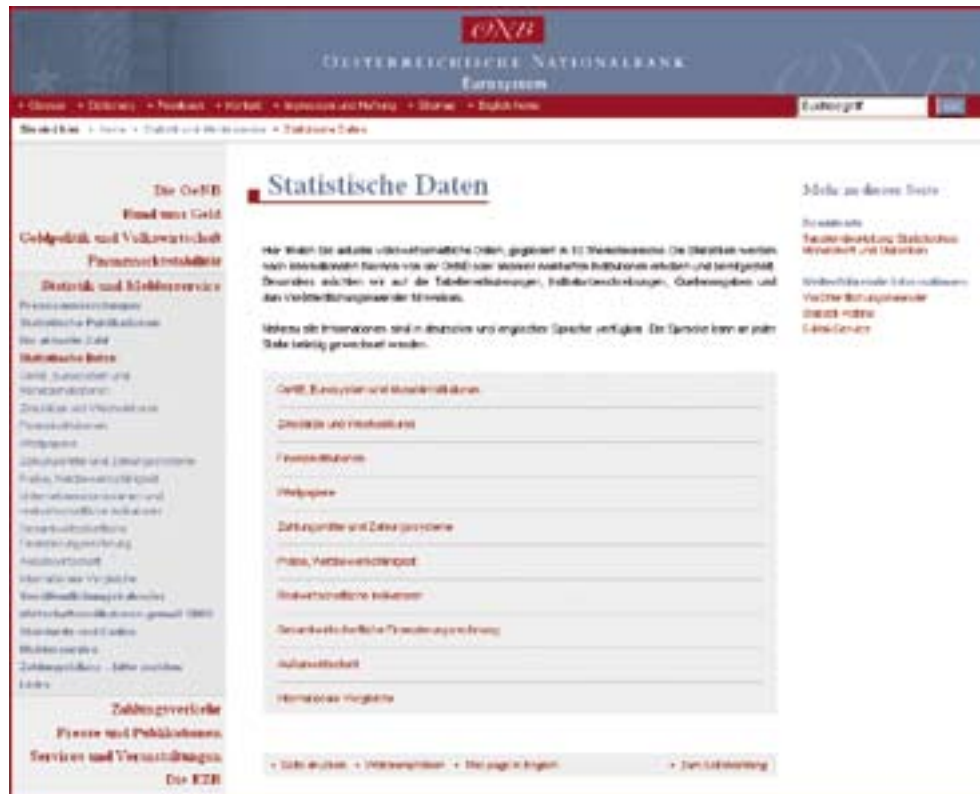
Produkten. Umfassende Detailanalysen, aktuelle Kurzberichte oder themenspezifische Informationsfolder gewährleisten die zielgerichtete Vermittlung statistischer Information an die verschiedensten Interessentengruppen der österreichischen und internationalen Öffentlichkeit und fördern damit das Verständnis der immer komplexeren ökonomischen Zusammenhänge. Wichtige Partner dieser Kommunikationsbemühungen sind naturgemäß in- und ausländische Medien, denen im Jahr 2006 acht Pressekonferenzen den geeigneten Rahmen für

den Dialog mit der Hauptabteilung Statistik der OeNB boten.

Für statistische Anfragen steht darüber hinaus die Statistik-Hotline der OeNB täglich von Montag bis Freitag, 9 bis 16 Uhr, unter der Telefonnummer 01/404 20-5555 zur Verfügung. Im Jahr 2006 wurde dieses Service mehr als 1.700 Mal in Anspruch genommen. Die überwiegende Mehrheit der Anfragen ist dem Fachpublikum, also Mitarbeitern von Banken, Versicherungen oder anderen Finanzdienstleistungsunternehmen, zuzurechnen. Aber auch Journalisten,

**Statistik-Hotline
der OeNB:
Montag bis Freitag
9 bis 16 Uhr
01/404 20-5555**

Grafik 19



OeNB unterstützt internationale Weiterentwicklung statistischer Methoden und Konzepte

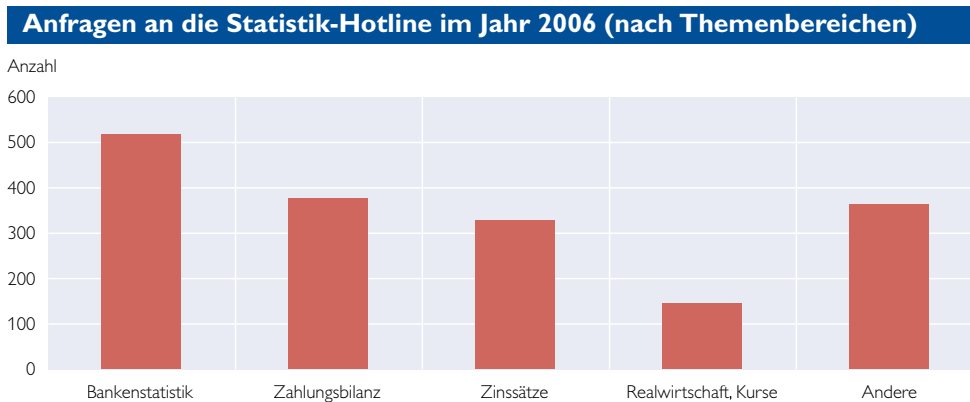
Dynamische Wirtschaft stellt Statistiker täglich vor neue Herausforderungen

Schüler und Studenten nützen die Hotline häufig.

Der Adressatenkreis der OeNB-Statistiken ist jedoch keineswegs auf die inländische Öffentlichkeit beschränkt, da Österreich Teil einer zunehmend vernetzten Wirtschaft ist, in der nationale Grenzen eine immer geringere Rolle spielen. Hochwertige, rasch verfügbare und nicht zuletzt harmonisierte Daten sind ein zentraler Baustein des heutigen Wirtschaftslebens, dessen Akteure oftmals in großer räumlicher und kultureller Distanz agieren und daher auf standardisierte Informationen angewiesen sind. Internationale Organisationen sind seit längerem bemüht, verbindliche Datenstandards für Statistik-Anbieter wie Zentralbanken zu schaffen. So trägt die international vergleichbare Erstellung der Financial Soundness Indicators des IWF – un-

ter Beteiligung der OeNB – dazu bei, die Transparenz von Finanzsystemen zu erhöhen und ein Bild der Finanzmarktstabilität eines Landes zu zeichnen. Die OeNB arbeitet gemeinsam mit zahlreichen internationalen Finanzinstitutionen aktiv an der laufenden Weiterentwicklung statistischer Methoden und Konzepte und nützt den Austausch von Erfahrungen und Ideen zum Vorteil der eigenen Produkte. Vernetztes Arbeiten ist für Zentralbanken – wie auch für kommerzielle Unternehmen – unerlässlich, um den Herausforderungen des zunehmend dynamischen Wirtschaftsgeschehens begegnen zu können. Die Statistiker der OeNB stellen sich der Aufgabe, ein laufend aktuelles und wahrheitsgetreues Profil einer bewegten Wirtschaft zu skizzieren. So weitet sich der Aktionsradius der österreichischen Banken infolge des inten-

Grafik 20



Quelle: OeNB.

siven Osteuropa-Engagements laufend aus. Im Jahr 2006 war es erforderlich, die Neukonzeption der Aufsichtsstatistik in Richtung eines Risikoorientierten Meldewesens (ROM) vorzunehmen. Neuentstandene, grenzüberschreitende Konzernstrukturen erfordern detaillierte Risikoanalysen, um die gewohnte Stabilität des heimischen Finanzmarktes aufrecht zu erhalten.

Das Zusammenwachsen Europas bedeutet jedoch keineswegs, dass regionaltypische Besonderheiten von Wirtschaft und Gesellschaft vernachlässigt werden dürfen. Spezielle Marktkenntnis und enger Kontakt zu den Wirtschaftsakteuren bleiben auch künftig unverzichtbare Voraussetzungen für die Erstellung guter Finanzstatistiken. Schon heute ist die OeNB – wie auch andere Zentralbanken – dazu verpflichtet, eine Vielzahl statistischer Daten zur österreichischen Wirtschaft an internationale Organisationen, insbesondere die EZB, den IWF, die BIZ und an Eurostat, zu liefern, um die immer wichtiger werdende Koordination und Steuerung der europäischen und internationalen Wirtschaft zu ermöglichen. Statistische Entscheidungsgrundlagen sind dafür eine unerlässliche Basis.

Neues Erhebungssystem für die österreichische Außenwirtschaft

Zu den wesentlichen Aufgaben der OeNB zählen die Produktion und Veröffentlichung von Außenwirtschaftsstatistiken. Das sind v. a. die österreichische Zahlungsbilanz, die Internationale Vermögensposition und die Direktinvestitionsstatistik. Die Ergebnisse dieser Statistiken tragen insbesondere in Form des Außenbeitrags zur Messung der Wirtschaftsleistung Österreichs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bei. Darüber hinaus sind die Ergebnisse Basis von Kennzahlen der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität, wie z. B. des Leistungsbilanzsaldos oder des Internationalisierungsgrads des heimischen Kapitalmarktes und der Konzernlandschaft Österreichs. Neben den nationalen Funktionen von Außenwirtschaftsstatistiken sind diese auch Grundlage der Errechnung von EU- und Euroraum-Aggregaten. Die OeNB trägt damit sowohl zur Umsetzung nationaler Struktur- und Wettbewerbspolitik als auch zur gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa bei.

Statistiken sind Grundvoraussetzung für Steuerung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik

Informationen zur
Außenwirtschaft
werden zunehmend
direkt erhoben

Gemeinschaftsrechtliche und internationale Rechtsgrundlagen, die v. a. aus der Mitgliedschaft Österreichs beim IWF resultieren, regeln die Verlässlichkeit, die Aktualität und die Vergleichbarkeit von Außenwirtschaftsstatistiken. Zur Umsetzung und Sicherstellung dieses Qualitätsanspruchs in Österreich wurde das nationale Devisengesetz 2004 in der Fassung des BGBl. I Nr. 123/2003 verabschiedet. Damit begegnet die OeNB den besonderen Herausforderungen in der Produktion von Außenwirtschaftsstatistiken, die aus dem Internationalisierungstrend resultieren. Die viel zitierte Globalisierung betrifft sowohl den Kapitalverkehr als auch den grenzüberschreitenden Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Österreich hat als kleine, offene Volkswirtschaft v. a. vom wirtschaftlichen Integrationsprozess in Europa und schon vor der letzten EU-Erweiterung von der Entwicklung im Osten Europas profitiert. Der Offenheitsgrad der Wirtschaft und die Bedeutung von Außenwirtschaftstransaktionen für den Wohlstand im Inland sind dadurch stark gestiegen. Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen übertreffen zusammen den Wert des gesamten BIP; die Bestände an Finanzforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland liegen bereits bei mehr als dem Vierfachen der jährlichen österreichischen Wirtschaftsleistung.

Internationalisierung
erfordert neue
Statistikkonzepte

Die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft stellt die Produzenten von Außenwirtschaftsstatistiken nicht nur aufgrund des steigenden Transaktionsvolumens vor technische Herausforderungen. Mit der Zunahme der Wirtschaftstätigkeit internationaler Konzerne haben auch Finanzausgleichstransaktionen über konzerninterne Liquiditätssteuerung

und Zahlungsabwicklung (Cash Center) zugenommen, was den Zusammenhang zwischen Zahlung und wirtschaftlicher Transaktion aufhebt. Seit der Einführung der gemeinsamen Währung in Europa kann darüber hinaus nicht mehr zwischen Inlands- und Auslandstransaktionen aufgrund der Denomination von Zahlungen unterschieden werden. Hinzu kommt, dass das Euro-Währungsgebiet sukzessive zu einem einheitlichen Zahlungsraum wird. Aufgrund des Anhebens der entsprechenden statistischen Meldegrenzen können Banküberweisungen nicht mehr als Informationsgrundlage für Außenwirtschaftsstatistiken dienen. Die fortschreitende Internationalisierung des Wirtschaftslebens hat aus den genannten Gründen in Europa einen Trend zur Direkterhebung von Außenwirtschaftsinformationen bei den Wirtschaftstreibenden selbst angestoßen. Die bisher übliche indirekte Erhebung bei den Kreditinstituten wird zunehmend von der Direkterhebung abgelöst.

In Österreich wurde dieser Entwicklung mit dem Devisengesetz 2004 und ab 1. Jänner 2006 mit der entsprechenden Reform der Erstellung der Zahlungsbilanz und deren verwandter Statistiken Rechnung getragen. Leitgedanke in der Neugestaltung war, das Melden für die Wirtschaftstreibenden einfach und kostengünstig zu gestalten und dabei den Qualitätsstandard der österreichischen Außenwirtschaftsstatistiken sicherzustellen. Das bedeutet für die OeNB einen zusätzlichen Aufwand im Bereich eigener Berechnungen und Schätzungen. In der Produktion der österreichischen Leistungsbilanz hat die OeNB aus diesem Grund eine enge Kooperation mit Statistik Austria begründet. Durch die Konzentration auf die jeweilige Datenexpertise –

Neues Erhebungsdesign der österreichischen Zahlungsbilanz

- Seit dem Jahr 2006 beruht die österreichische Zahlungsbilanzstatistik auf Umfragen direkt bei den Außenwirtschaftstreibenden.
- Es werden Stichproben durchgeführt, die von der Transaktionsart und der Wirtschaftsbranche abhängen. Insgesamt besteht die Meldepopulation aus rund 7.000 Wirtschaftseinheiten, davon 3.800 im Dienstleistungsverkehr.
- Das Devisengesetz 2004 ermöglicht darüber hinaus die Nutzung anderer Statistiken sowie öffentlicher Register- und Verwaltungsdaten.
- Im Reiseverkehr findet seit 1. Jänner 2006 ein hybrides Erhebungsdesign Anwendung, d.h., es werden eine Vielzahl von Erhebungsquellen ausgewertet.
- Die Ermittlung des Handelsverkehrs verbundener Unternehmen, die sogenannte FATS-Statistik, wird schrittweise umgesetzt.
- Die Leistungsbilanz insgesamt wurde im Rahmen des neuen Zahlungsbilanzsystems weitest gehend mit der VGR harmonisiert.
- Im Kapitalverkehr berechnet die OeNB zur Entlastung der Melder die Wechselkurs- und Preiseffekte selbst.
- Die Datenbasen für Zahlungsbilanz- und Monetärstatistik wurden integriert.

Statistik Austria auf dem Gebiet der Realwirtschaft, die OeNB auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft – können Synergien bestmöglich genutzt und qualitativ hochwertige Statistiken mit einer möglichst geringen Belastung der Melder erstellt werden.

Die Umstellung des Produktionsprozesses der österreichischen Zahlungsbilanz bedingte eine Reform des Informationsangebots der OeNB. Die Publikation der monatlichen Zeitreihe über Zahlungsströme musste aufgrund des Wegfalls von Informationen über den Zahlungsverkehr der Banken eingestellt werden. Jene der quartalsweisen und jährlichen Zeitreihen der Transaktionen, wie sie von IWF und EZB gefordert werden, wurde innerhalb des Berichtsjahres 2006 nicht fortgesetzt. Für die Dauer dieses Berichtsjahres werden die aktuellen Ergebnisse als hoch aggregierte Tabelle mittels Presseausendung (siehe auch www.oenb.at) publiziert. Um die Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft einschätzen zu können, werden zugleich provisorische Rückrechnungen für das jeweilige Quartal des Vorjahres

veröffentlicht. Für die zweite Jahreshälfte 2007 plant die OeNB, der interessierten Fachöffentlichkeit eine stabile Zeitreihe beginnend mit dem Berichtsjahr 1995 zur Verfügung zu stellen und den bekannten Rhythmus von Presseausendungen und Publikationen wieder aufzunehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt steht die OeNB in engem Kontakt mit Forschungseinrichtungen und Prognoseinstituten in Österreich, um diese über die zu erwartenden Datenbrüche und über plausible Annahmen zur Überbrückung zu informieren.

Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Zahlungsbilanzsystem in Österreich zeigen, dass durch intensiven und frühzeitigen Kontakt mit den Wirtschaftsunternehmen eine gute Zusammenarbeit erreicht werden konnte. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität des statistischen Ergebnisses. Ein positives Resümee kann auch über die Zusammenarbeit der beiden Statistikproduzenten gezogen werden. Bereits im Verlauf des ersten Berichtsjahres wurden gemeinsam Erkenntnisse über Zeitreihenbrüche und für Rückrech-

**Gute Erfahrungen
mit dem neuen
Zahlungsbilanzsystem**

nungen gewonnen. Sowohl die OeNB als auch Statistik Austria sehen die verbleibenden Aufgabenschwerpunkte in der Weiterentwicklung der Erkenntnisse über Datenbrüche, in der Abstimmung von Informationsquellen, insbesondere für den Reiseverkehr, und in der Plausibilisierung von Modellannahmen und Zuschätzungen.

Nach Abschluss der genannten Tätigkeiten sollen die österreichischen Außenwirtschaftsstatistiken einen höheren Detaillierungsgrad, eine stärkere Reagibilität auf wirtschaftliche Trends und eine bessere internationale Vergleichbarkeit sowie eine hohe Konsistenz mit den Ergebnissen der VGR bieten.



OeNB als Partner für Banken im Zahlungsverkehr

Eine ganz wesentliche Schnittstelle der OeNB zur Wirtschaft und zu den Banken besteht im bargeldlosen Zahlungsverkehr. In diesem sehr dynamischen Feld hat die OeNB die Aufgabe, für sichere und zuverlässige Zahlungssysteme zu sorgen. Im Zentrum aktueller Bestrebungen steht dabei die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums. Davon waren auch die Arbeiten der OeNB im Jahr 2006 geprägt.

SEPA – einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum wird Realität

Mit SEPA (Single Euro Payments Area) soll – nach der erfolgreichen Einführung des Euro-Bargelds – der derzeit noch fragmentierte bargeldlose Zahlungsverkehr vereinheitlicht werden. Um den unbaren Zahlungsverkehr abzuwickeln bedarf es entsprechender Formate, Systeme und Regeln. Diese Rahmenbedingungen sind jedoch gegenwärtig von Land zu Land verschieden. Aus diesem Grund stellt die Umsetzung der für alle Marktteilnehmer identischen SEPA-Formate für Überweisungen und Lastschriften einen wesentlichen Aspekt des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums dar. Seit dem Jahr 2002 arbeiten Vertreter von europäischen Banken und Bankenverbänden im European Payments Council (EPC) an diesen neuen Standards. Ende 2006 konnten die essenziellen Rahmenwerke fertiggestellt werden und bilden nun die Basis zur Umsetzung auf den einzelnen Finanzplätzen. Die OeNB unterstützt die Realisierung der SEPA von Beginn an, sowohl im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken

(ESZB) und in Kooperation mit der Europäischen Kommission als auch in der aktiven Zusammenarbeit mit den österreichischen Banken und der heimischen Wirtschaft. Als Leitfaden für die SEPA-Umsetzung auf dem heimischen Finanzplatz wurde der im Austrian Payments Council (APC) ausgearbeitete nationale Migrationsplan Ende 2006 fertiggestellt. Dieser enthält sowohl die Umstellungsstrategie als auch die dafür notwendigen Aktivitäten und Meilensteine.

Das Ziel des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums ist dann erreicht, wenn Bürger und Unternehmen im gesamten Euro-Währungsgebiet Zahlungen von einem einzigen Bankkonto unter Verwendung einheitlicher Zahlungsinstrumente genauso einfach und sicher wie derzeit auf nationaler Ebene tätigen können. Für die Kunden sollte es keinen Unterschied machen, in welchem Land oder bei welcher Bank im Euroraum dieses Konto geführt wird.

Bereits ab 1. Jänner 2008 wird SEPA verwirklicht werden. Ab diesem Zeitpunkt sollten alle europäischen Banken eingehende SEPA-Überweisungen, bei Vorliegen eines einheitlichen Rechtsrahmens auch SEPA-Lastschriften, verarbeiten können. Mit Ende 2010 soll eine kritische Masse an Transaktionen über SEPA-Instrumente abgewickelt werden, und in weiterer Folge sollen die nationalen durch SEPA-Systeme ersetzt werden.

Durch SEPA auch neue Spielregeln im Kartenzahlungsverkehr

Ziel der SEPA-Initiative in Bezug auf Karten ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem es keine technischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Barriere-

Start des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums ab 1. Jänner 2008

**EU-Richtlinie für
einheitliche rechtliche
Grundlagen**

ren gibt, die Kartenorganisationen, Karteninhaber, Karten ausgebende Banken (Issuer), Acquirer oder Händler davon abhalten, grenzüberschreitende Kartendienstleistungen zu nutzen oder anzubieten. Die rechtlichen Grundlagen dafür soll eine neue EU-Richtlinie für Zahlungsdienstleistungen herstellen. Allgemeine Grundsätze und Regelungen für Kartenzahlungen werden im sogenannten SEPA Cards Framework (SCF) des EPC festgelegt.

Der Wirkungsbereich des SCF umfasst die Länder des Euroraums und jene europäischen Staaten, welche die Anwendung der Verordnung 2560/2001¹ auf freiwilliger Basis auf ihre Landeswährung ausgedehnt haben.²

**Kartenzahlungen im
gesamten SEPA-Gebiet
wie heute im Inland**

Ziel ist es, dass in Zukunft alle Transaktionen dem EMV-Standard³ entsprechen und unter Nutzung des Chips auf der Karte und der Eingabe der persönlichen Identifikationsnummer (PIN) durch den Karteninhaber erfolgen. Transaktionen mit Magnetstreifen sind nur in der Übergangsphase bis Ende 2010 erlaubt. Um einen Umstellungsanreiz zu geben, müssen alle Kartenorganisationen spätestens ab 1. Jänner 2008 eine Haftungsumkehr-Klausel⁴ einführen. Banken müssen spätestens ab dem Jahr 2008 Karten ausgeben, die die Regelungen des

SCF erfüllen. Sofern Banken auch als Acquirer tätig sind, müssen sie den Händlern entsprechende rechtliche und technische Lösungen anbieten. Für Händler soll es bei den Gebühren und Dienstleistungsangeboten mehr Transparenz geben. Es darf keine künstlichen Barrieren geben, den Acquirer zu wechseln oder Karten von mehr als einer Kartenorganisation zu akzeptieren. Ebenso darf es keine unterschiedlichen Gebühren für nationale und SEPA-Transaktionen für dasselbe Zahlungsverkehrsprodukt einer Kartenorganisation geben. Jeder Karteninhaber soll damit im gesamten SEPA-Gebiet genauso einfach und zu denselben Bedingungen wie derzeit im Heimatland zahlen können. Auch die Kartenorganisationen⁵ müssen rechtliche und kommerzielle Barrieren, wie z. B. diskriminierende Mitgliedschaftskriterien, beseitigen und für Interoperabilität zwischen den einzelnen Organisationen sorgen.

Um diese Ziele zu erfüllen und technische Interoperabilität zu gewährleisten, ist in mehreren Bereichen eine entsprechende Standardisierung notwendig. Seit Herbst 2006 überwacht und koordiniert die EPC Cards Working Group gezielt die Standardisierungsbemühungen einzelner (unabhängig gegründeter) Initia-

¹ Die Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro sieht grundsätzlich vor, dass grenzüberschreitende elektronische Zahlungen bis zu einem Betrag von 50.000 EUR nicht mehr kosten dürfen als Inlandstransaktionen.

² Dies trifft derzeit auf Schweden zu.

³ EMV bezeichnet eine Spezifikation für Zahlungskarten, die mit einem Prozessorchip ausgestattet sind, und für die zugehörigen Chipkartengeräte. Die Buchstaben EMV stehen für die drei Gesellschaften, die den Standard entwickelten: Europay, MasterCard und VISA.

⁴ Im Schadensfall muss derjenige, der noch nicht auf den EMV-Standard umgestellt hat, für jenen Schaden aufkommen, der dadurch verursacht wurde.

⁵ Zum Beispiel VISA, MasterCard, American Express, Diners Club, JCB oder nationale Debitkartenorganisationen.

tiven. Beispielsweise wird die Kommunikation zwischen Karteninhaber und Terminal-Interface weiterentwickelt und normiert, sodass dem Karteninhaber bei der Zahlung eine mehrsprachige, anwenderfreundliche Benutzeroberfläche geboten wird. Weiters ist eine stärkere Harmonisierung der Umsetzung des EMV-Standards im Bereich der Kommunikation von Chipkarte und Terminal geplant. Ebenso wird die Vereinheitlichung der Protokolle und der Mindestanforderungen für das Terminal- und Acquirer-Interface vorbereitet. Schließlich sollen auch Standards für die Autorisierung und das Clearing von Zahlungen zwischen Acquirer und Issuer sowie einheitliche Anforderungen für Netzwerke definiert werden. Besonderes Augenmerk liegt in allen Bereichen auf den Mindestsicherheitsanforderungen und darauf, dass, wenn möglich und sinnvoll, auf bestehenden Standards aufgebaut werden kann. Ferner ist geplant, eine neutrale Zertifizierungsstelle für Terminals einzurichten.

Engagement der OeNB im Zahlungsverkehr durch intensive Nutzung bestehender Zahlungsverkehrsdienstleistungen bestätigt

Nicht nur die intensive Nutzung bestehender Zahlungsverkehrsdienstleistungen durch viele Banken, sondern auch das stetige Streben nach Fortschritt und Verbesserung veranlasste die OeNB zur Realisierung einer Drehscheibe für den österreichischen Interbankenzahlungsverkehr. Das er-

klärte Ziel der OeNB ist es, Österreich durch eine Bündelung der Kräfte mit den Banken zu einer starken, wettbewerbsfähigen Zahlungsverkehrsregion in Europa zu machen. Das bedeutet für die OeNB sowohl regulatorisches als auch operatives Engagement, um dadurch einen wesentlichen Beitrag für eine sichere Zahlungsverkehrsabwicklung und eine Steigerung der Markteffizienz zu leisten.

Der von der OeNB betriebene offene und neutrale Zugang zur europaweiten Massenzahlungsplattform STEP2 verzeichnet eine stetig wachsende Nutzung durch die teilnehmenden Banken. Im zweiten Halbjahr 2006 wurden Steigerungen der Transaktionszahlen zwischen 11% und 15% im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat verzeichnet. Da sich die OeNB dem Kostendeckungsprinzip ohne Gewinnerzielungsabsicht verschrieben hat, konnten aufgrund der verstärkten Nutzung die Transaktionspreise gesenkt werden. Rund 10% aller indirekten STEP2-Teilnehmer⁶ in ganz Europa nutzen den STEP2-Zugang der OeNB.

Um bei der Erfüllung der SEPA-Anforderungen in Österreich einen größtmöglichen Beitrag zu leisten, engagiert sich die OeNB aktiv im Bereich des Interbankenzahlungsverkehrs. Zeitgerecht zu Beginn des Jahres 2008 wird die OeNB ihren Teilnehmerbanken die neuen, europaweit einheitlichen Formate im Rahmen ihres STEP.AT- und STEP2-Services anbieten. Damit können Banken, welche die OeNB-Services nutzen, die zukunftssträchtigen SEPA-Zahlungsinstrumente sowohl im grenz-

OeNB leistet durch Realisierung einer Zahlungsverkehrsdrehscheibe aktiven Beitrag zur SEPA-Umsetzung

⁶ Direkte Teilnehmer an STEP2 tauschen ihre Transaktionen direkt mit EBA-Clearing, dem Betreiber von STEP2, aus. Indirekte Teilnehmer senden und empfangen Zahlungsaufträge über den direkten Teilnehmer ihrer Wahl. Derzeit gibt es im Rahmen von STEP2 über 100 direkte und mehr als 1.600 indirekte Teilnehmerbanken aus dem gesamten Europäischen Wirtschaftsraum.

STEP.AT als nächster logischer Schritt

Ab Mitte 2007 soll STEP.AT zu einer spürbaren Steigerung der Effizienz und Sicherheit im österreichischen Interbankenzahlungsverkehr führen. Bei der Entwicklung von STEP.AT durch die OeNB ist die intensive Zusammenarbeit mit interessierten Banken besonders hervorzuheben – die Ausgestaltung der einzelnen Serviceleistungen erfolgt gemeinsam mit den potenziellen Nutzern des Systems.

Bei STEP.AT handelt es sich um ein multilaterales Clearingsystem mit taggleicher Verarbeitung. Es wird mehrmals pro Tag zur Zusammenfassung und zum Ausgleich der eingelieferten Zahlungen kommen, wodurch STEP.AT eine rasche Abwicklung von Transaktionen im Interbankenzahlungsverkehr ermöglicht. Dank vollautomatisierter Verarbeitung kann in STEP.AT die Einlieferung von Zahlungen an jedem Tag der Woche rund um die Uhr erfolgen. Dies trägt zu einer Vermeidung von Spitzen bei der Systemauslastung und von Kapazitätsengpässen im Rahmen der Datenübertragung der teilnehmenden Banken bei. Drei verschiedene Arten der Teilnahme bilden die Anforderungen sowohl von Sektoren als auch von eigenständigen Instituten optimal ab. Zahlungsaufträge direkter Teilnehmer werden unmittelbar an STEP.AT gesendet und von STEP.AT empfangen. Der Ausgleich der Zahlungen erfolgt über das OeNB-Girokonto des direkten Teilnehmers. Indirekte Teilnehmer senden Zahlungsaufträge ebenfalls direkt an bzw. erhalten diese direkt von STEP.AT. Im Gegensatz zu direkten Teilnehmern erfolgt der Zahlungsausgleich jedoch nicht über das eigene OeNB-Girokonto, sondern über das Konto des jeweiligen direkten Teilnehmers. Bei der dritten Variante – der subindirekten Teilnahme – erfolgt sowohl der Informations- als auch Liquiditätsfluss über das Konto des jeweiligen direkten Teilnehmers.

STEP.AT wickelt ausschließlich Transaktionen im Bank-zu-Bank-Bereich ab. Deshalb verarbeitet STEP.AT alle in Österreich gebräuchlichen Formate im Interbankenzahlungsverkehr. Diese werden Anfang 2008 um europaweit einheitliche XML-Formate ergänzt. STEP.AT wird damit zum frühest möglichen Zeitpunkt den Anforderungen des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums entsprechen.

Im Vergleich zum derzeit von den österreichischen Banken praktizierten Korrespondenzbanksystem bietet STEP.AT eine Reihe von Vorteilen: Ein einheitliches Clearingservice ermöglicht eine Aufwandsreduktion im täglichen Betrieb und Einsparungen bei künftigen Investitionen in Hard- und Software. Die Erfahrung zeigt, dass das Fehlen eines zentralen Clearingservices lange Durchlaufzeiten bei Prozessänderungen und Migrationsvorhaben im Interbankenbereich zur Folge hat – bei zugleich höherem technischem und organisatorischem Aufwand. Durch STEP.AT schließt Österreich nicht nur zum europäischen Standard im Interbankenzahlungsverkehr auf, sondern wird zeitgerecht über eine SEPA-konforme Zahlungsverkehrsinfrastruktur verfügen.

überschreitenden Zahlungsverkehr innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums als auch für nationale Zahlungen nutzen.

Für Banken, welche die neuen, XML-Formate nicht bereits Anfang 2008 verarbeiten können, wird die OeNB ein Konvertierungsservice anbieten. Im Rahmen von STEP.AT wird die OeNB den teilnehmenden Kreditinstituten die Möglichkeit bieten, Zahlungen, die an sie im neuen Format eingeliefert werden, in das

bisher in Österreich gebräuchliche EDIFACT-Format umzuwandeln. Umgekehrt besteht auch die Möglichkeit, dass Banken Zahlungen im bisher gebräuchlichen Format an die OeNB liefern und diese eine Konvertierung in das neue europäische Format vornimmt. Nach der Konvertierung liefert die OeNB die Zahlung entweder via STEP.AT oder über die pan-europäische Plattform STEP2 an die Empfängerbank.

Mit der Bereitstellung dieser Konvertierungsdienstleistung wird die OeNB maßgeblich zur Erreichbarkeit des heimischen Finanzplatzes für SEPA-Zahlungsinstrumente beitragen.

TARGET2 wird TARGET schrittweise ab 19. November 2007 ablösen

Ein Großprojekt des Eurosystems ist die Ablösung des seit Jänner 1999 bestehenden Zahlungssystems TARGET⁷ durch TARGET2. TARGET besteht heute aus dem Verbund der nationalen RTGS-Systeme⁸ der Länder des Euroraums und dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB. Zusätzlich sind die nationalen RTGS-Systeme von Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Polen und Schweden mit TARGET verbunden. Die RTGS-Systeme im TARGET-Verbund ermöglichen den Banken eine schnelle, sichere und zuverlässige Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Euro-Zahlungen, womit sie wesentlich zur Integration des Euro-Geldmarktes und zur Reduzierung des Systemrisikos beitragen. Als eines der größten Zahlungsverkehrssysteme weltweit hat TARGET im Jahr 2006 täglich durchschnittlich 326.196 nationale und grenzüberschreitende Transaktionen mit einem Gesamtwert von täglich durchschnittlich 2.092,3 Mrd EUR abgewickelt.

Die am 19. November 2007 beginnende TARGET2-Migration sollte am 19. Mai 2008 abgeschlossen sein. Da sich Österreich im ersten Migrationsfenster befindet, werden österreichische Teilnehmer bereits ab dem Anfangstermin Zahlungen an TARGET2 schicken bzw. von TARGET2 empfan-

gen können. In zahlreichen Veranstaltungen informiert die OeNB österreichische Banken über neue Entwicklungen zu TARGET2.

Beginnend mit dem Zeitpunkt der Migration können Zentralbanken im Eurosystem während einer Übergangsfrist von vier Jahren weiterhin Zahlungen so wie heute über ihr bestehendes RTGS-System abwickeln. Nach der Übergangsfrist sollten alle heute in TARGET abgewickelten Zahlungen zwischen Banken oder zwischen Banken und sogenannten Nebensystemen (Ancillary Systems) sowie Transaktionen zur Durchführung der Geldpolitik zentral über TARGET2 abgewickelt werden. Die zukünftige Abwicklung über eine zentrale technische Plattform gewährleistet einheitliche Serviceleistungen und Preise für alle nationalen und grenzüberschreitenden TARGET2-Zahlungen im Euroraum.

Direkte Teilnehmer können im Gebührenmodell aus zwei Optionen wählen, wobei Option B ab 5.751 Transaktionen pro Monat günstiger als Option A wird.

Tabelle 3

Grundpreisschema für TARGET2

Option A		Preis in EUR	
Monatliche Gebühr			100
Fixe Transaktionsgebühr			0,8
Option B		Preis in EUR	
Monatliche Gebühr			1.250
Staffel	Anzahl		Preis in EUR
	von	bis	
1	1	10.000	0,6
2	10.001	25.000	0,5
3	25.001	50.000	0,4
4	50.001	100.000	0,2
5	100.001	unendlich	0,125

Quelle: EZB (Communication on TARGET2, 24. Juli 2006).

TARGET – eines der größten Zahlungsverkehrssysteme der Welt

TARGET2 – Erfolgsprolongation durch Weiterentwicklung

⁷ TARGET: Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer.

⁸ RTGS: Real Time Gross Settlement.

Zusätzlich werden Gebühren für indirekte Teilnehmer und für bestimmte Zusatzfunktionen verrechnet. Für Nebensysteme gibt es ein eigenes Preisschema.

TARGET2-Securities – Eurosystem ergreift Initiative für standardisierten Zahlungsausgleich bei Wertpapieren

Das Eurosystem hat im Jahr 2006 den Dialog mit Banken und Zentralverwahrern von Wertpapieren zur Verbesserung der Effizienz im Zahlungsausgleich bei Wertpapieren aufgenommen. Obwohl es bereits eine ganze Reihe von Initiativen und Arbeitsgruppen zum Abbau von Barrieren und zur Standardisierung der Wertpapierabwicklung in Europa gibt, ist es bis heute nicht möglich, grenzüberschreitende Wertpapiertransaktionen ähnlich effizient wie nationale Transaktionen abzuwickeln. Das Konzept von TARGET2-Securities (T2S) sieht die gemeinsame Führung von Zentralbankgeld- und Wertpapierkonten für die zentrale Abwicklung von Delivery-versus-Payment (DVP)-Transaktionen auf einer technischen Plattform vor, die im Eigentum des Eurosystems steht und vom Eurosystem betrieben wird. T2S soll Barrieren

abbauen und den Zahlungsausgleich von in Euro denominierten Wertpapieren standardisieren. Damit ist T2S als weiterer wichtiger Schritt zur Integration der Finanzmärkte zu sehen. Zudem würde T2S zu Preistransparenz, offenem Zugang, Entbündelung von Serviceleistungen und Preisen führen. Eine vom Eurosystem durchgeführte Machbarkeitsstudie kommt zu dem Schluss, dass T2S rechtlich, technisch, operativ und ökonomisch machbar wäre. Im nächsten Schritt sollen die Kundenanforderungen an T2S in enger Kooperation mit den Kunden festgelegt werden.

OeNB-Tochtergesellschaften im unbaren Zahlungsverkehr

Im Jahr 2006 setzte sich das Unternehmenswachstum der Austria Card fort: Die Anzahl der produzierten Karten konnte erneut um fast 5 % auf 76,7 Millionen Stück gesteigert werden. Der Anteil der Chipkarten ist mit 13,9 Millionen Karten nahezu gleich geblieben. Starke Zuwächse wurden jedoch in den Bereichen Personalisierung und Dienstleistungen verzeichnet. In der Personalisierung werden kundenbezogene Daten optisch und elektronisch auf die Karte

Weitere Zuwächse
bei Austria Card

Grafik 21

OeNB-Tochtergesellschaften im unbaren Zahlungsverkehr	
	
AUSTRIA CARD Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. (100%)	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH (25%)
<ul style="list-style-type: none">• Produktion und Vertrieb von Drucksorten, Kreditkarten und Kartensystemen• Produktion und Vertrieb von Ausweissystemen	<ul style="list-style-type: none">• Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen zur Reduktion der Zahlungsverkehrskosten der Kreditinstitute mittels verstärktem Automationsinsatz bei gleichzeitiger Serviceverbesserung für die Kunden

aufgebracht. Hier kam es alleine bei den Zahlungsverkehrskarten zu einer Verdoppelung der Menge der personalisierten Karten im Vergleich zum Vorjahr. Ursache dafür ist, dass die Austria Card zahlreiche Aufträge von ausländischen Bankinstituten erhalten hat. Bei den Dienstleistungen handelt es sich meistens um Beratung von Banken bei der Umstellung von Magnetstreifenkarten auf Chipkarten die den EMV-Standard erfüllen.

Zum 31. Dezember 2006 waren in Österreich insgesamt 2,28 Millionen Kreditkarten (MasterCard, VISA, Diners Club und American Express) ausgegeben. Das bedeutet gegenüber Dezember 2005 einen Zuwachs von rund 109.000 Karten (+5,0%). Rund 59 Millionen Mal wurde im Jahr 2006 mit österreichischen Kreditkarten bezahlt (+7,1% im Vergleich zum Vorjahr). Der Gesamtwert der Zahlungen mit Kreditkarte betrug im Jahr 2006 6,2 Mrd EUR. Der Durchschnittswert pro Transaktion erreichte 105 EUR, verglichen mit 103 EUR im Jahr 2005.

Im Rahmen der seit dem Jahr 1991 bestehenden Kooperationsplattform STUZZA hat die OeNB im Jahr 2005 gemeinsam mit den österreichischen Kreditinstituten, der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und dem Verband der österreichischen Banken und Bankiers (VÖBB) das Austrian Payments Council (APC) gegründet. Ziel des APC unter dem Vorsitz der OeNB ist es, den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehr mitzugestalten und die europäischen Regelwerke auf dem heimischen Finanzplatz umzusetzen. Spezialisten aus den Banken und der OeNB beschäftigen sich in APC-Arbeitsgruppen gezielt mit den Auswirkungen auf die einzelnen Teilbereiche des unbaren Zahlungsverkehrs und arbeiten entsprechende technische und organisatorische Konzepte aus. Als Basis für die SEPA-Einführung in Österreich wurde Ende 2006 der österreichische Migrationsplan fertiggestellt, der die grundsätzliche Herangehensweise und weiteren Schritte zur Zielerreichung umfasst.

Austrian Payments Council als Koordinationsdrehscheibe bei SEPA-Einführung in Österreich



OeNB gewährleistet Bargeldsicherheit

Euro-Bargeld weiter im Aufwind

Bargeldumlauf im Euroraum und in Österreich

Der Bargeldumlauf im gesamten Euroraum belief sich Ende 2006 auf 11,3 Milliarden Banknoten im Wert von 628,2 Mrd EUR und 69,5 Milliarden Münzen im Wert von 17,9 Mrd EUR. Das bedeutet für das Jahr 2006 eine Wertsteigerung des Banknotenumlaufs um 11 % und des Münzumschlufs um 7 %. Der gesamte Euro-Bargeldumlauf betrug somit 646,1 Mrd EUR. Im November 2006 überstieg der Wert des Euro-Bargeldumschlufs erstmals jenen des US-Dollar. Weltweit befanden sich Ende 2006 rund 810 Mrd USD im Gegenwert von rund 615 Mrd EUR (zu Wechselkursen) in Umlauf.

Österreich zählt zu den Ländern, die Banknoten importieren, d. h., es fließen mehr Banknoten nach Österreich als von Österreich in den übrigen Euroraum bzw. in andere Länder. Gründe dafür sind die geografische Lage (Nähe zu großen Ländern des Euroraums wie Deutschland und Italien), die starke Präsenz österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie die Bedeutung Österreichs als Tourismusland.

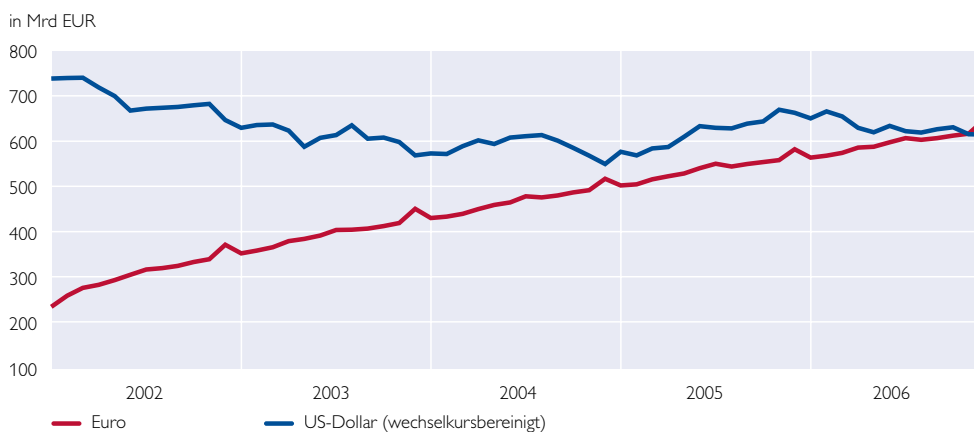
Diese Banknotenzuflüsse führen zu steigenden Banknotenbeständen in den Tresoren der OeNB, die – nach entsprechender Bearbeitung – wieder innerhalb des Eurosystems verteilt werden müssen. Auf diese Weise trägt die OeNB zur Effizienz der Bargeldversorgung im Euroraum bei.

Der freie Fluss des Euro über die Grenzen und der verstärkte Rückfluss von Euro-Banknoten führen zu einer stetigen Verringerung des logistischen Bargeldumschlufs (Volumen der von der OeNB ausgegebenen abzüglich der rückgelieferten Banknoten bzw. Münzen) in Österreich. Per Jahresende 2006 war der österreichische logistische Banknotenumlauf mit –350 Millionen Stück weiterhin negativ, während der logistische Münzumschluf um 15 % auf 3 Milliarden Stück stieg. Der tatsächliche österreichische Banknotenumlauf belief sich nach OeNB-Schätzungen auf 330 bis 350 Millionen Stück bzw. auf rund 16 bis 17 Mrd EUR. Bei den Münzen deckten sich der logistische und der tatsächliche Umlauf weitgehend.

Die OeNB hat sich über die Grenzen des Eurosystems hinaus als Kompetenz- und Logistikzentrum bzw.

Grafik 22

Euro- und US-Dollar-Bargeldumlauf



Quelle: EZB.

Tabelle 4

Ein- und Auslieferungen von Euro-Banknoten und -Münzen im Jahr 2006¹

	Einlieferungen	Auslieferungen
	in Millionen Stück	
Banknoten	1.197,52	1.020,93
Münzen	1.762,49	2.161,13

Quelle: OeNB.

¹ Ohne Cross-Border-Transporte zwischen den nationalen Zentralbanken des Eurosystems.

als Drehscheibe für Bargeld positioniert. Eines der Fundamente dieser Strategie ist nicht zuletzt die Ausstattung der OeNB mit hochmodernen Tresoranlagen, welche die Anforderungen an ein überregionales Logistikzentrum erfüllen. Internationale Anerkennung fand aber auch die Organisation des Bargeldkreislaufs in Österreich, die auf einer engen Zusammenarbeit zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken in einem Public-Private-Partnership-Modell basiert.

Aufgrund der geografischen Lage Österreichs, der Expertise der OeNB in der Bargeldlogistik und des regelmäßigen Informationsaustauschs mit der Banka Slovenije konnte die OeNB einen wesentlichen Beitrag bei den Vorbereitungen für die Euro-Einführung in Slowenien und zur reibungs-

losen Umstellung Anfang 2007 leisten. Die Lieferung der Erstausrüstung des Landes mit Euro-Banknoten erfolgte im Auftrag des Eurosystems über die OeNB. Zu diesem Zweck wurden insgesamt 94,5 Millionen Banknoten – was einem Gewicht von 76 Tonnen entspricht – im Gegenwert von 2,2 Mrd EUR von Wien nach Ljubljana transportiert.

Bargeldsicherheit für die Bevölkerung

Trotz des stetig steigenden Banknotenumlaufs im Euroraum hat sich die Anzahl der Fälschungen europaweit leicht und in Österreich sogar stark verringert. Im Jahr 2006 ging die Gesamtzahl der Euro-Fälschungen um 2,6% auf 564.171 Stück zurück. Im gleichen Zeitraum wurden in Österreich 5.919 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Der österreichische Anteil liegt somit bei 1%. Damit konnte für Österreich ein Rückgang von 1.208 Fälschungen gegenüber dem Jahr 2005 verzeichnet werden. Das entspricht einer Reduktion von etwa 17%. Im Vergleich dazu wurden im Lauf des Jahres 2006 insgesamt knapp über 1 Milliarde Banknoten von der OeNB ausgegeben.

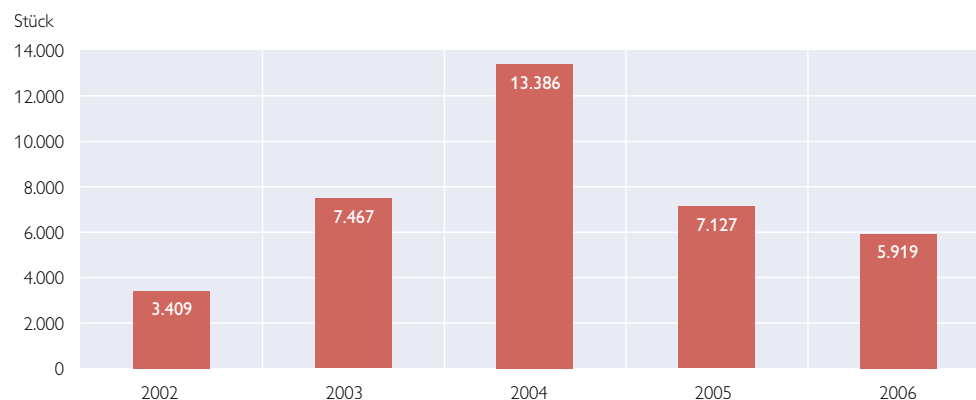
Positionierung der OeNB als Drehscheibe für Bargeld

Euro-Einführung in Slowenien

Weiterer Rückgang bei den Fälschungen

Grafik 23

Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich



Quelle: OeNB.

**Ständige Kontrolle
der Umlaufqualität**

Die am häufigsten gefälschte Banknote in Österreich war mit einem Anteil von 31,8% nach wie vor die 50 Euro-Banknote, gefolgt von der 100 Euro-Banknote mit 29%, der 200 Euro-Banknote mit 17,6% und der 20 Euro-Banknote mit 15,5%. Der im Jahr 2006 durch Fälschungen entstandene Schaden verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 9% und belief sich auf 584.580 EUR.

Der regionale Schwerpunkt des Falschgeldaufkommens in Österreich lag unverändert in und um Wien. So traten im Jahr 2006 50% aller Fälschungen in den Bundesländern Wien und Niederösterreich auf.

Trotz steigender Qualität der Fälschungen können nach wie vor alle Falsifikate mit Hilfe der Prüfschritte FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN ohne technische Hilfsmittel erkannt werden. Technische Hilfsmittel, wie Banknotenprüfgeräte, Zähl- und Sortiermaschinen, Cash-Recycling-Systeme sowie Münzzählgeräte, helfen jedoch, die Echtheit von Banknoten und Münzen schnell und zuverlässig zu bestätigen. Damit diese Geräte Falschgeld lückenlos identifizieren können, müssen auch sie Prüfungen unterworfen und ihre Software regelmäßig aktualisiert werden. Das zu diesem Zweck im Jahr 2005 implementierte OeNB-Testzentrum hat im Jahr 2006 seine Aktivitäten erfolgreich fortgeführt und ausgebaut. Entsprechend den Vorgaben der EZB werden Gerätetests kostenfrei durchgeführt. Die Ergebnisse werden für die Öffentlichkeit auf der Website der OeNB publiziert. Insgesamt wurden im Lauf des Jahres 73 Geräte getestet. Darunter waren 9 neu entwickelte Geräte (Prototypen). Darüber hinaus ließen Hersteller von Prüfensensorik ihre neuesten Entwicklungen beim Testzentrum prüfen, bevor diese in Geräte eingebaut wurden.

**OeNB-Testzentrum
führt Aktivitäten
erfolgreich fort**

Für Privatpersonen in Österreich besteht kaum die Gefahr, mit Fälschungen in Kontakt zu kommen. Die OeNB ist dennoch bestrebt, durch die Produktion von hochwertigen Zahlungsmitteln, die ständige Kontrolle der Umlaufqualität von Banknoten und die Information der Bevölkerung auch weiterhin für einen umfassenden Schutz zu sorgen.

Bei der Produktion der Euro-Banknoten wurde sehr viel Wert auf jene Sicherheitsmerkmale gelegt, die von der Öffentlichkeit auch ohne technische Hilfsmittel überprüft werden können. Diese Strategie hat sich bewährt und fließt auch maßgeblich in die Weiterentwicklung der Euro-Banknoten ein. Banknoten sind Hochtechnologieprodukte, die in sehr großen Mengen erzeugt werden. Aus diesem Grund haben die Vorbereitungsarbeiten für die nächste Euro-Banknotenserie bereits im Jahr 2004 begonnen.

**Im Jahr 2006 wurden
1,2 Milliarden Banknoten von
OeNB und GSA bearbeitet**

Ein wesentlicher Beitrag zur Bargeldsicherheit sind die Bemühungen der OeNB um eine hohe Umlaufqualität der Banknoten. Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter lassen sich die Sicherheitsmerkmale – insbesondere das Papier und der Tiefdruck – überprüfen. Im Jahr 2006 wurden von den Bearbeitungsmaschinen der OeNB und der GSA etwa 1,2 Milliarden Banknoten bearbeitet. Eine Banknote, die den vom Eurosystem festgelegten Mindestanforderungen nicht entspricht, darf nicht wieder ausgegeben werden. Die Sortierkriterien umfassen eine umfangreiche Liste von Merkmalen, wie Verschmutzung, Risse, Löcher, Verknitterung, Entfärbung, Falten oder Lappigkeit.

Werden die Mindeststandards nicht erreicht, wird die Banknote automatisch vernichtet.

Im Euroraum sind Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure (wie z. B. Wechselstuben) grundsätzlich berechtigt, Euro-Banknoten wiederauszugeben. Um die Fälschungssicherheit und die Umlauffähigkeit von Euro-Banknoten sicherzustellen, erstellte die EZB einen Handlungsrahmen für die Falschgelderkennung und die Sortierung von Banknoten nach Umlauffähigkeit. Der Handlungsrahmen gewährleistet, dass Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure die Euro-Banknoten nur dann wieder an ihre Kunden auszahlen, wenn die Banknoten zuvor auf ihre Umlauffähigkeit und Echtheit geprüft wurden. Diese Prüfungen können entweder durch Banknotenbearbeitungsautomaten, die von einer nationalen Zentralbank getestet wurden, oder durch entsprechend geschultes Personal erfolgen. Nach erfolgreich bestandener maschineller Prüfung dürfen die Banknoten durch Geldausgabeautomaten oder sonstige kundenbediente Automaten wieder ausgegeben werden.

Gemäß dem Handlungsrahmen sind von Kreditinstituten und anderen professionellen Bargeldakteuren den nationalen Zentralbanken auch regelmäßig Daten über die Wiederausgabeaktivitäten bereitzustellen. Die Datenerhebung ermöglicht der EZB und den nationalen Zentralbanken insbesondere

- die Feststellung der Akteure im Bereich Banknoten-Recycling,
- den Vergleich der Aussortierungsraten nicht mehr umlauffähiger Banknoten zwischen den einzelnen Akteuren und
- die Erkennung von Problemfeldern, die einer näheren Klärung

durch die nationalen Zentralbanken bedürfen (z. B. in Form von Prüfungen vor Ort).

Im Jahr 2006 wurde mit den Vorbereitungen für die Umsetzung des Handlungsrahmens – insbesondere mit der Datenerhebung – begonnen. Die Hauptverantwortung hat dabei das OeNB-Testzentrum.

Die Information der Bevölkerung erfolgt über verschiedene Kanäle, die auf das Zielpublikum abgestimmt sind. Neben speziellen Aktionen in den breitenwirksamen Medien, welche die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten möglichst vielen Menschen in Österreich vermitteln sollen, wurde im Jahr 2006 auch der Fokus auf die gezielte Schulung von Bargeldexperten (Kassiere in Banken und im Handel, Exekutive etc.) gesetzt. Um dieses kostenlose Angebot in ganz Österreich nutzen zu können, leisten die Zweiganstalten der OeNB einen wichtigen Beitrag.

Der Euro-Bus informiert über Bargeldsicherheit

Seit dem Jahr 2002 bietet der Euro-Bus jeweils in den Sommermonaten die Möglichkeit, kostenlos Schilling-Restbestände in Euro zu tauschen und die Österreicher über den Euro und seine Sicherheitsmerkmale zu informieren. Im fünften Jahr konnte dabei der bisher größte Ansturm an Wechselkunden seit dem Tour-Start verzeichnet werden. Vom 5. Mai bis 5. August 2006 wechselten an 72 Stationen in ganz Österreich insgesamt 40.759 Menschen in Summe knapp 62 Mio ATS in Euro. Der letzte Tag der Euro-Tour 2006 wurde dabei zum Rekordtag in der fünfjährigen Tourgeschichte. 1.500 Wechselkunden brachten am 5. August 3,57 Mio ATS zum Wechseln zum Euro-Bus auf dem Michaelerplatz in Wien.

Umsetzung des Handlungsrahmens für die Falschgelderkennung und die Sortierung nach Umlauffähigkeit

Präklusivtermin „Angelika Kauffmann“

Am 28. November 2006 endete die Präklusivfrist der 100 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Angelika Kauffmann. Diese Banknote wurde 1970 erstmals ausgegeben und vor nunmehr bereits 20 Jahren außer Kraft gesetzt. Neben zusätzlichen Stationen des Euro-Bus am 18. November 2006 in Eisenstadt und am 25. November 2006 in St. Pölten wurde die Bevölkerung im Rahmen eines Informationstages zum Thema „Angelika Kauffmann“ in der OeNB speziell über das Ende der Präklusivfrist informiert. Letztlich fanden jedoch insgesamt 2.886.710 Stück dieser Banknote nicht mehr den Weg zur OeNB zurück. Der Gegenwert der ausständigen Banknoten von um-

gerechnet 20.978.539,71 EUR wurde am 29. November 2006 dem Bundesministerium für Finanzen überwiesen.

In den nächsten Jahren endet bei fünf weiteren Banknoten die Präklusivfrist. Es handelt sich dabei aber um Banknoten, die bereits vor der Euro-Einführung ihre gesetzliche Zahlungskraft verloren hatten. Die Schilling-Münzen und Schilling-Banknoten der letzten Serie können ohne zeitliches Limit gratis bei der OeNB und ihren Zweiganstalten sowie beim Euro-Bus getauscht werden.

Die nächste zur Präklusion aufgerufene Banknote ist die 500 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Josef Ressel. Sie wurde 1966 erstmals ausgegeben und verlor 1987 ihre Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel. Per 31. Dezember 2006 waren

Nächster
Präklusivtermin
„Josef Ressel“

Kasten 12

Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)



Notenkategorie: **500** (II. Form)
Porträt Vorderseite: **Josef Ressel**
Ausgabedatum: 24. Oktober 1966
Präklusivtermin: 31. August 2007



Notenkategorie: **50** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Ferdinand Raimund**
Ausgabedatum: 15. Februar 1972
Präklusivtermin: 31. August 2008



Notenkategorie: **20** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Carl Ritter von Ghega**
Ausgabedatum: 4. November 1968
Präklusivtermin: 30. September 2009



Notenkategorie: **500** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Otto Wagner**
Ausgabedatum: 20. Oktober 1986
Präklusivtermin: 20. April 2018



Notenkategorie: **1.000** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Erwin Schrödinger**
Ausgabedatum: 14. November 1983
Präklusivtermin: 20. April 2018

Für alle weiteren Schilling-Banknoten gibt es keine Präklusivfristen mehr.

noch 363.550 Stück mit einem Gegenwert von rund 13.210.104 EUR ausständig.

OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr

Die *Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH* (OeBS) ist jenes Unternehmen, das in Österreich für den Druck von Banknoten und die Entwicklung von Sicherheitsmerkmalen zuständig ist. Von 1816 – dem Gründungsjahr der OeNB – bis 1998 bestand die Banknotendruckerei als Abteilung innerhalb der OeNB. Im Jahr 1998 wurde aus dieser Abteilung ein eigenständiges Unternehmen. Eigentümerin blieb jedoch die OeNB. Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) übernimmt die OeBS heute den Druck jenes Anteils am jährlichen Produktionsvolumen, der Österreich aufgrund des Kapitalschlüssels zugeschrieben ist. Darüber hinaus nimmt die OeBS weltweit an Ausschreibungen für Banknotenproduktionen teil. Um den Anforderungen an hochwertige und sichere Banknoten zu genügen, sind umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten nötig. Die Be-

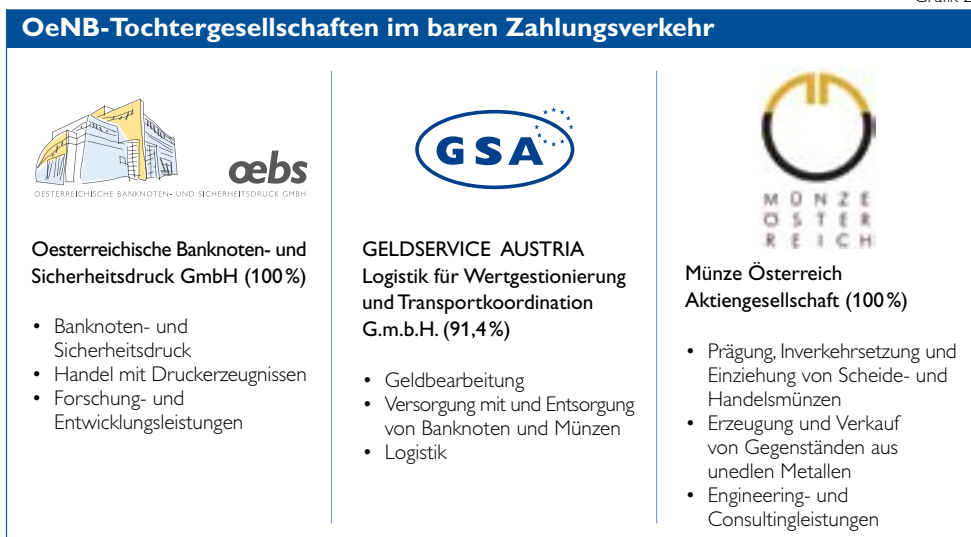
deutung zeigt sich bei der Vorbereitung zur nächsten Euro-Banknotenserie, an der die OeBS maßgeblich beteiligt ist.

Im Jahr 2006 produzierte die OeBS 174 Millionen 100 Euro-Banknoten (62 % der gesamten Produktion dieser Banknote für das Jahr 2006) und 109,4 Millionen 5 Euro-Banknoten (10 % der gesamten Produktion dieser Banknote für das Jahr 2006). Im Jahr 2007 übernimmt die OeBS einen Teil der Produktion der 10 Euro-Banknote.

Die *GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.* (GSA) ist Österreichs führendes Unternehmen bei der Bargeldabwicklung. Der Unternehmensgegenstand umfasst die Geldbearbeitung, die Ver- und Entsorgung von Banknoten und Münzen und den Valutenhandel. Das Unternehmen ist in seiner heutigen Organisationsform seit Mitte 2001 tätig. Mehrheitseigentümerin des Unternehmens ist mit derzeit 91,4 % der Anteile die OeNB. 8,6 % halten im Wesentlichen österreichische Geschäftsbanken. Ziel des Unternehmens ist eine Optimierung der Wirtschaftlichkeit der Bargeld-

Banknotenproduktion in Österreich

Grafik 24



**Münzproduktion
in Österreich**

bearbeitung und -logistik. Gleichzeitig wird auf hohe Qualitätsstandards Wert gelegt. Durch die Zusammenarbeit mit österreichischen Geschäftsbanken in der Bargeldbearbeitung konnten Skalenerträge erzielt werden. Damit trägt die GSA in ihrer Funktion als Serviceeinrichtung für den Zahlungsverkehr zur gesamtwirtschaftlichen Effizienz der Bargeldversorgung bei.

Die *Münze Österreich Aktiengesellschaft* ist mit der Prägung, Inverkehr-

setzung und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen sowie mit der Erzeugung und dem Verkauf von Produkten aus edlen und unedlen Metallen befasst. Im Jahr 1989 wurde die Münze Österreich von der Republik Österreich zu 100% an die OeNB verkauft.

Im Jahr 2006 übernahm die OeNB 257 Millionen Stück von der Münze Österreich produzierte und für den Umlauf bestimmte Euro-Münzen im Gegenwert von 22,7 Mio EUR.



Integrierte Kommunikation im Dienste von Stabilität und Sicherheit

Erfolgreiche Kampagne „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“ fortgesetzt

Im Zentrum der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB steht die Kommunikation einer stabilen Währung, der gemeinsamen Geldpolitik und der geldpolitischen Strategie der EZB bzw. des Eurosystems. Die offene und nachhaltige Kommunikation spiegelt sich auch in traditionell hohen Vertrauensumfragewerten wider: Im vierten Quartal 2006 erreichte die OeNB mit einer Vertrauensquote von 79% im Langzeitvergleich einen überdurchschnittlichen Wert.

Die OeNB hat in den letzten Jahren versucht, neue Wege zu gehen und die Institution Notenbank transparent und bürgernah zu positionieren. Zu diesem Zweck vermittelte die OeNB der Öffentlichkeit in einer breit angelegten Informationskampagne den volkswirtschaftlichen Nutzen der Geldpolitik auf leicht verständliche und stark botschaftsorientierte Weise. Rund um den zentralen Slogan „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“ wurde seit Herbst 2004 eine facettenreiche Kampagne geschaffen, die mittels Print-Sujets, TV-Spots, Themenanzeigen und Medienkooperationen sowohl Marketing- als auch Elemente der Öffentlichkeitsarbeit zur Wirkungs- und Reichweitenoptimierung miteinander verbindet. Mit klassischen Sujets und flankierenden Anzeigentexten informierte die OeNB erneut über wichtige Anliegen und Aufgaben und bewarb mit der Service-Hotline und der Website das interaktive Kommunikationsangebot der Bank.

Inseratensujets wurden gezielt durch Kooperationen im Printmedi-

enbereich bzw. durch Themeninsetrate ergänzt. So wurden im Jahr 2006 gemeinsam mit reichweitenstarken österreichischen Zeitungen redaktionell gestaltete Beiträge umgesetzt, die den für jeden Einzelnen täglich erlebbaren volkswirtschaftlichen Nutzen der Leistungen der OeNB darlegten:

- Mitwirkung bei geldpolitischen Entscheidungen zur Sicherung der Preisstabilität im Eurosystem
- Versorgung mit Bargeld und Gewährleistung von Bargeldsicherheit in Österreich
- Bereitstellung von wichtigen Daten, Analysen und Statistiken
- Beobachtung des Finanz- und Bankensystems zur Wahrung stabiler Finanzmärkte

Die verständlich gestalteten Informationstexte wurden wiederum mit zeitlich vorgeschalteten Kleininseraten als Teaser zur Erhöhung von Aufmerksamkeit und Wirkung kombiniert.

Von April bis Mitte Juni 2006 setzte die OeNB in einer Kooperation mit Radiosendern einen Informationsschwerpunkt rund um die Aufgaben der OeNB. Unter dem Motto „Fragen – Wissen – Verstehen“ wurden die Hörer auf unterhaltsame und spielerische Weise mit den Zielen und Aktivitäten der OeNB sowie mit volkswirtschaftlichen Grundbegriffen vertraut gemacht. Zentrales Element dieser Initiative war auch hier der Claim der laufenden Imagekampagne: „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“

Parallel intensivierte die OeNB gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) die zielgruppengerechte Informationsarbeit rund um das Thema Basel II. Mithilfe diverser Medienkooperationen konnte das

**Breit angelegte
Informationskampagne
verdeutlicht den
volkswirtschaftlichen
Nutzen der Geldpolitik**

Thema der Öffentlichkeit näher gebracht und so die individuelle Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Veränderungen angeregt werden.

Pressearbeit und Service-Hotline

Die Presse- und Medienarbeit der OeNB war im Jahr 2006 stark von den Problemen der BAWAG P.S.K. geprägt. Damit rückten auch die bankenaufsichtlichen Agenden der OeNB ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Wiederholt informierte die OeNB über ihre diesbezügliche Position. Darüber hinaus erläuterte die OeNB in 157 Pressaussendungen und zahlreichen Pressekonferenzen u. a. Ergebnisse der Finanzstatistiken, relevante Forschungsarbeiten und konjunkturelle Entwicklungen sowie gesamtwirtschaftliche Prognosen.

Das Verständnis der Journalisten für die Aufgaben und die Wirkungsmechanismen der OeNB und des Europäischen Systems der Zentralbanken bzw. des Eurosystems konnte durch eine Journalistenseminarreihe, die als Höhepunkt eine gemeinsam mit der EZB organisierte Veranstaltung in Frankfurt besuchte, erhöht bzw. vertieft werden.

Mit der Service-Hotline bietet die OeNB der Öffentlichkeit eine zentrale Anlaufstelle für Anfragen zum Thema Geld, Zinssätze, Euro-Tausch etc. Die Gesamtzahl der Anfragen hat sich im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 36.406 (2005: 31.322) erhöht. Dabei hat sich auch ihre Zusammensetzung geändert: Belief sich der Anteil der E-Mail-Anfragen im Jahr 2005 auf rund 31 %, so waren es im Jahr 2006 bereits mehr als die Hälfte, nämlich 53,5 %. Die Telefonanfragen entwickelten sich folglich gegenläufig, ihr Anteil

reduzierte sich von rund 69 % (2005) auf nunmehr 46,5 %.

Bildungsmaßnahmen mit Schwerpunkt für Schüler und Studenten

Die Vermittlung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge an die junge Generation stellt für die OeNB einen wesentlichen und v. a. den nachhaltigsten Beitrag in der Bewusstseinsbildung um die Bedeutung der Geldpolitik dar. Bildungsaktivitäten im Schulbereich bilden daher seit Jahren einen Schwerpunkt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB. Im Jahr 2006 wurden im Zuge der Intensivierung von Themen zur ökonomischen und finanziellen Bildung vorbereitende Arbeiten geleistet, die in den kommenden Jahren zu einer Verbesserung der ökonomischen Wissensbasis der österreichischen Bevölkerung beitragen sollen. Das größere Wissen schafft mehr Verständnis für wirtschaftspolitische Zusammenhänge und begünstigt daher das Verständnis für den volkswirtschaftlichen Nutzen stabilitätsorientierter Geldpolitik.

OeNB als Dialogplattform

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 264 Veranstaltungseinheiten organisiert. Insbesondere aufgrund von Großveranstaltungen anlässlich der EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 sowie im Rahmen diverser Fachveranstaltungen und Workshops konnten wichtige Kontakte geknüpft und intensiviert werden. Auf diese Weise konnten über 11.000 Personen die Dialogplattform OeNB für den regen Meinungsaustausch und den kontroversen Diskurs nützen. Die Highlights des Jahres waren:

- der informelle Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der

**Über 36.000 Anfragen
an die Service-Hotline
01/404 20-6666**

EU (ECOFIN-Rat) im März 2006

- die Konferenz „Erfahrungen mit dem Euro und Vorbereitungen auf den Euro“ in Linz, die in Kooperation mit der WKÖ, der Europäischen Kommission und dem Bundesministerium für Finanzen veranstaltet wurde
- die 34. Volkswirtschaftliche Tagung im Mai 2006 zum Thema „Globalisierung: Chancen und Herausforderungen für die Welt, Europa und Österreich“
- die Conference on European Economic Integration im November 2006, die sich dem Thema Direktinvestitionen widmete und in Kooperation mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) organisiert wurde

Nach Portugal, Polen und Ungarn stand vom 18. Oktober bis zum 14. November 2006 Österreich in Frankfurt vier Wochen lang im Mittelpunkt der von der EZB im Jahr 2003 ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe der Europa-Kulturtage. Meist ausverkaufte Darbietungen zeugten von einem optimalen Mix in der Programmzusammenstellung aus Konzerten, Lesungen, Ausstellungen, Film, Theater und Tanz.

Über vier Wochen hinweg boten die Kulturtage mit insgesamt 35 Veranstaltungen und 16 Filmabenden mit österreichischen Beiträgen den Rahmen, um das bereits traditionelle kulturelle Engagement der OeNB öffentlichkeitswirksam hervorzuheben. Mit rund 10.000 Besuchern waren die Kulturtage 2006 mit der OeNB bzw. Österreich als Partnerland sehr erfolgreich.

OeNB als Wahrerin alter Schätze

Seit der Wiedereröffnung des Geldmuseums der OeNB im Jahr 2003 konnte bis Dezember 2006 eine Steigerung der Besucherzahlen um insgesamt 226% erzielt werden – nicht zuletzt aufgrund des kontinuierlich zunehmenden Bekanntheitsgrads. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Museumsbesucher im Jahr 2006 um 10% auf insgesamt 12.358 Personen. In 618 Stunden wurden vom Team im Geldmuseum insgesamt 309 Museumsführungen organisiert und durchgeführt.

Ein besonderer Erfolg für das Geldmuseum war erneut die Teilnahme an der „Langen Nacht der Museen“ mit 1.396 Besuchern. Die Präsenz an den dreimal jährlich stattfindenden „Ferienspielen“ der Stadt Wien zog 841 Teilnehmer an. Besonderen Anklang fand auch die Einbeziehung des Museums bei der zweiwöchigen „Kinderuniversität“ mit 122 Teilnehmern. Die „Aktionstage politische Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur stellen bereits seit dem Jahr 2003 einen weiteren jährlichen Schwerpunkt dar.

Im Jahr 2006 stand das Geldmuseum über die 196 regulären Öffnungstage hinaus an 14 zusätzlichen Tagen für Sonderführungen und Veranstaltungen offen. Um auch Berufstätigen den Museumsbesuch künftig zu erleichtern, wurde mit April 2006 eine Verlängerung der Öffnungszeiten an Donnerstagen bis 17.30 Uhr eingeführt. Mit 83 Führungen im Jahr avancierte der Donnerstag zum bestbesuchten Museumstag der Woche.

**Neuer Besucherrekord
für das Geldmuseum
der OeNB**

**Österreich im
Mittelpunkt der
Europa-Kulturtage
der EZB**

Dank des seit dem Jahr 2003 erfolgreich angewendeten didaktischen Konzepts der „Schatztruhe“ erfolgten bereits 10 % der Besuche im Rahmen des Volksschulprogramms. Gäste im Kindergartenalter sind mit rund 1 % vertreten. Die Altersgruppe der 13- bis 18-Jährigen bildete wie in den vergangenen Jahren das größte Besuchersegment.

Dem „Blick hinter die Fassaden“ folgte die am 24. April 2006 eröffnete Ausstellung „Geprägt für Europa. Die Entwicklungsgeschichte der Euro-Münzen“. Die Ausstellung „Geld in Österreich – von der Antike bis zur

Gegenwart“ im Tresorraum des Museums wurde im Sommer 2006 adaptiert und soll im Besonderen als Standardführung für Schulklassen weiter aufrechterhalten werden.

Geldhistorische Objekte und Originalentwürfe aus dem Bestand der OeNB wurden auch im Jahr 2006 als Leihgabe an andere Museen im In- und Ausland vergeben und in Ausstellungen von über 618.400 Besuchern besichtigt. Die kontinuierliche Aufarbeitung und Betreuung der Sammlungen wurde auch im Jahr 2006 fortgesetzt und weiter vorangebracht.

Jeder Euro ist hart verdient. Die Erstellung einer Zahlungsbilanz ist daher besonders wichtig.



Die Zahlungsbilanz stellt alle wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen dem In- und Ausland systematisch dar. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) – als Kompetenzzentrum für Finanzstatistik und maßgeblicher Produzent von Außenwirtschaftsstatistiken in Österreich – erstellt die österreichische Zahlungsbilanz.

Am 14. April 2007 präsentiert die Österreichische Nationalbank die österreichische Zahlungsbilanz 2006 der Öffentlichkeit. Österreich erreichte 2006 den höchsten Leistungsbilanzüberschuss seiner Geschichte. Wir haben um 8,2 Mrd. Euro mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert. Erstmalig wurde bei den Güter-Exporten die

100-Mrd.-Euro-Schwelle überschritten. Auch durch den Kauf von heimischen Aktien im Wert von 8,8 Mrd. Euro haben Ausländer die Vertrauen in die österreichische Wirtschaft bewiesen.

Die OeNB liefert somit wichtige Informationen für die vorzügliche Bewertung Österreichs als Wirtschaftsstandort im Ausland.

Gut zu wissen, dass die Österreichische Nationalbank wertvolle Informationen liefert über warum Sie auch. Das die OeNB darüber hinaus für einen stabilen Geldwert sorgt, sich am stabilen Bargeld und stabilen Zahlungsmittel fließen, analysiert, zusammenfasst und nennt! Mehr dazu finden Sie auf www.oenb.at.

Stabilität und Sicherheit.

OeNB

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
Eurosystem

Was heißt eigentlich Kaufkraft?

Die Kaufkraft bezeichnet die Menge aller Güter, die für einen bestimmten Geldbetrag gekauft werden können. Steigt das Preisniveau in einem Land übermäßig, nimmt die Kaufkraft ab und man spricht von Inflation. Im Eurosystem hat eine stabile Kaufkraft – und damit Preisstabilität – immer Priorität.

Jeder Euro ist hart verdient. Gut zu wissen, dass sich die Österreichische Nationalbank für einen stabilen Euro einsetzt. Mehr dazu finden Sie auf www.oenb.at.

Stabilität und Sicherheit.

OeNB

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
Eurosystem

Die OeNB – ein zukunftsorientiertes Unternehmen

OeNB hat ihre Prozesse, Strukturen und Produkte auf die Zukunft ausgerichtet

Das veränderte Aufgabenfeld, die heterogenen Aktivitäten im Eurosystem und gemeinsame Projekte mit der Bevölkerung und Wirtschaft als Partner haben die OeNB in den letzten Jahren signifikant verändert. Die Bewältigung all dieser Anforderungen verlangte eine organisatorische Straffung und Restrukturierung der OeNB, ein effizientes Kostenmanagement und die Entwicklung der Rolle als modernes Dienstleistungsunternehmen. Diesen Weg ist die OeNB in den letzten Jahren konsequent und erfolgreich gegangen. Unterstützt wurde dies durch die langjährigen Leitwerte der OeNB, nämlich Stabilität, Sicherheit und Vertrauen, die auch im Eurosystem tragende Elemente geblieben sind.

Auch in den kommenden Jahren ist es das Ziel der Aktivitäten der OeNB, der österreichischen Bevölkerung und der Wirtschaft in einer globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt Sicherheit zu vermitteln. Um für die Herausforderungen der kommenden Jahre gerüstet zu sein und die Position als wissensbasierte Dienstleisterin weiter auszubauen, hat sich die OeNB ehrgeizige Ziele gesetzt. Fokussierte Ausbildung der Mitarbeiter, Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie engagierte und professionelle Teamarbeit sind dabei unerlässliche Wegbegleiter.

Die organisatorische Weiterentwicklung der OeNB im Sinn einer modernen, schlanken Zentralbank mit hoher Kundenorientierung wird zu einem wesentlichen Teil von der Projektarbeit getragen. Dabei steigt die Bedeutung von Organisations- und Prozessanalysen ständig. Neben

vielen anderen Projekten wurde auch die Kommunikationsstruktur zwischen der OeNB und ihren Tochtergesellschaften optimiert.

Corporate Governance – ein wichtiger Teil der Unternehmenspolitik

Mit dem Österreichischen Corporate-Governance-Kodex besteht ein Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung eines Unternehmens. Die OeNB bekennt sich zu den Grundregeln der Corporate Governance (CG), die einen wichtigen Baustein bezüglich Glaubwürdigkeit und Vertrauen darstellen. Als nicht börsennotierte Aktiengesellschaft ist sie zwar grundsätzlich nicht verpflichtet, sich an CG-Regeln zu halten; sie setzt jedoch anerkannte CG-Standards auf freiwilliger Basis um. Die Basis stellt der Österreichische CG-Kodex dar. Die OeNB hat jedoch auch internationale Regelungen, das Nationalbankgesetz und andere eine Zentralbank betreffende Spezifika zu berücksichtigen. Die CG soll in einem dynamischen Prozess schrittweise weiterentwickelt werden.

Dazu wurde ein CG-Arbeitskreis ins Leben gerufen, der im Hinblick auf die allgemeinen CG-Grundsätze die für die OeNB erforderlichen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen festlegt und entwickelt. So wurde u. a. auch ein Unterausschuss des Generalrats „für Rechnungslegung und interne Kontrollsysteme“ eingerichtet.

Die Organisation der OeNB ist insofern bereits seit langer Zeit CG-konform, als eine Kontrolle der OeNB jährlich durch die Rechnungsprüfer und – in unterschiedlichen Abständen – durch den Rechnungshof besteht. Ein wesentliches Element

Weiterentwicklung der Corporate Governance

der CG sind Compliance-Regelungen, d. s. die Maßnahmen und Bestimmungen, die Insidertransaktionen unterbinden sollen. Im Rahmen von EZB-Revisionen hat die EZB das Recht, die Ordnungsmäßigkeit von Transaktionen zu beurteilen, die ihre von der OeNB verwalteten Bestände betreffen.

Das Interne Kontrollsystem der OeNB besteht aus folgenden Komponenten: *Führungsverantwortung*, *Regelungen für Geschäftsabläufe*, die ihre korrekte Abwicklung sicherstellen, und *interne Kontrollinstanzen*. Was die Führungsverantwortung betrifft, verfolgt die OeNB den funktionellen Ansatz: Jede Führungskraft ist für adäquate Kontrollabläufe im eigenen Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Die Innenrevision prüft die Einhaltung gesetzlicher und bankinterner Vorschriften und die Angemessenheit der verschiedenen Maßnahmen im Rahmen des Internen Kontrollsystems.

Die Regeln für das Risikomanagement im Bereich Treasury sind in einer umfangreichen Dienstanweisung klar definiert. Ein eigenes Handbuch behandelt das operationale Risiko, indem es Infrastruktur und Systemelemente des Krisenmanagements der OeNB beschreibt, sodass Störfälle beherrscht werden können.

Auch im Bereich der Finanzmarkt- und Bankenanalyse bestehen klare Strukturen und festgelegte Verantwortlichkeiten, u. a. bei den Vor-Ort-Prüfungen oder dem Prüfprozedere im Rahmen der Zahlungssystemaufsicht. In einem eigenen Manual wurde die Vorgehensweise bei Auf-

treten einer krisenhaften Entwicklung auf den Finanzmärkten festgelegt.

Die laufende Umsetzung des umfassenden Konzepts der IT-Sicherheitspolitik gewährleistet größtmögliche Stabilität der IT-Applikationen der OeNB. Die Einhaltung der Compliance-Regeln wird von einem Compliance-Verantwortlichen überprüft, der unmittelbar dem Gouverneur unterstellt ist.

Die Wirksamkeit aller internen Kontrollmaßnahmen wird periodisch getestet und evaluiert.

Ein eigener Verhaltenskodex regelt in Anlehnung an internationale Standards die verbindlichen Verhaltensnormen für alle Dienstnehmer der OeNB.

Strategische Personalentwicklung fördert hohes Leistungsniveau

Die Personalarbeit des Jahres 2006 war insbesondere von strategischen Überlegungen zur Optimierung und Schaffung bester Voraussetzungen für eine professionelle Leistungserbringung geprägt. Dabei standen v. a. die Weiterentwicklung der Fachkarriere, die Neugestaltung des finanziellen Anreizsystems sowie die Intensivierung der Mobilität und Flexibilität im Vordergrund.¹ Mit der Erarbeitung neuer Dienstbestimmungen für ab dem 1. Jänner 2007 aufgenommene Mitarbeiter und der damit in Zusammenhang stehenden, gegenüber dem bisherigen System modifizierten beitragsorientierten Pensionskassenregelung wurde ein zukunftsweisender Reformschritt gesetzt.

¹ Details können der Wissensbilanz 2006 der OeNB entnommen werden.

Darüber hinaus wurden weitere Optimierungsmaßnahmen zur Fokussierung und Effizienzsteigerung sowohl im Bereich der Führungskräfteausbildung und -entwicklung als auch der Mitarbeiterausbildung insgesamt gesetzt. So wurde die Ausbildung für neu eintretende Mitarbeiter im Hinblick auf die Kernfunktionen einer Zentralbank neu konzipiert. Die Seminarangebote wurden angepasst bzw. erweitert, um die Mitarbeiter bei den Herausforderungen im Rahmen der stetigen Veränderungsprozesse zu unterstützen. Die OeNB brachte sich im Jahr 2006 intensiv in die gemeinsamen Personalentwicklungsmaßnahmen und die Kooperation innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) ein. Auch die Themen Chancengleichheit von Frauen und Männern und Diversität waren wichtige Aspekte der Personalarbeit.

IT-Dienstleistungen für das ESZB werden ausgebaut

Der Verkauf von OeNB-Leistungen im ESZB und nach außen an Dritte dient einerseits der strategischen Positionierung der OeNB als Träger von Know-how im ESZB und ist andererseits Reaktion auf steigenden Kostendruck.

Mit April 2006 übernahm die OeNB die Wartungsverantwortung für das Falschgeldüberwachungssystem im ESZB (Counterfeit Monitoring System, CMS). Das CMS des ESZB erfüllt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Euro-Fälschungen. Neben der EZB und den nationalen Zentralbanken sind Polizeidienststellen und die nationalen Münz-

anstalten Anwender von CMS. Neben der laufenden Wartung des Systems ist die OeNB auch zuständig für den weiteren Ausbau (z. B. für neue Euro-Banknoten-Serien).

Die OeNB hat im Jahr 2006 über Auftrag des ESZB das neue Tender Operation System (TOP-Neu) entwickelt. Durch die Verwendung von Internet-Techniken steht dem ESZB ein im Hinblick auf Benutzerkomfort, Stabilität, Zuverlässigkeit und Sicherheit auf dem neuesten Stand der Technik befindliches System zur Durchführung der operativen Geldpolitik zur Verfügung. Der Produktionsbeginn von TOP-Neu erfolgte im Februar 2007.

OeNB nimmt ökologische Verantwortung wahr

Der Umweltschutz ist der OeNB bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ein großes Anliegen. Dabei werden über die einschlägigen Umweltvorschriften hinausgehende Maßnahmen zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes umgesetzt. Die bereits seit dem Jahr 1999 bestehende EMAS-Zertifizierung konnte durch den erfolgreichen Abschluss einer Folgeprüfung verlängert werden.

Im Jahr 2006 wurde durch Optimierungsmaßnahmen eine Energieeinsparung von rund 5 % erzielt, was neben der Reduktion des Stromverbrauchs v. a. auf einen verminderten Fernwärmebedarf zurückgeführt werden kann. Die Risiken des Klimawandels wurden neu in die weiterentwickelte Umweltpolitik der OeNB aufgenommen.²

OeNB entwickelt IT-System für das Treasury des ESZB

OeNB-Umweltkennzahlen weiter verbessert

² Details können der Umwelterklärung 2006 der OeNB entnommen werden.

Tabelle 5

Betriebsökologische Kennzahlen der OeNB

Energie	Standort	2006	2005	2004	Einheit ¹	Richtwerte ²		
						+	~	-
Stromverbrauch	Wien	8,0	8,3	8,4	MWh/MA	< 4,5	6	> 8
Wärmeverbrauch	Wien	62	66	73	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Wasser								
Wasserverbrauch	Wien	131	114	121	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch								
Papierverbrauch insgesamt	Alle	136	159	212	kg/MA	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	9.624	11.830	12.330	Blatt/MA	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclingpapieranteil	Alle	90	90	90	%	> 30	20	< 10
Reinigungsmittelverbrauch	Wien	14	22	31	g/m ²	keine Angaben		
CO₂-Emissionen (insgesamt)								
CO ₂ -Emissionen ³	Alle	2,8	2,9	3,0	t/MA	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ MA=Mitarbeiter.² Quelle: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik.³ Betrieb und Dienstreisen.

Engagement für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Mit den bereitgestellten ERP-Mitteln³ konnte die OeNB im Jahr 2006 wieder einen wertvollen Beitrag zur Förderung österreichischer Unternehmen leisten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Rekordzahl von 300 ERP-Kreditansuchen bearbeitet. Dieses gegenüber dem Vorjahr um rund 30% gestiegene Antragsvolumen basierte zum einen auf der deutlich verbesserten Investitionskonjunktur und zum anderen auf vielen investiven Vorzieheffekten, da mit der ab dem Jahr 2007 geltenden neuen EU-Strukturfondsperiode (2007 bis 2013) deutliche Kürzungen bei den Regionalfördergebieten erfolgt sind. Die laut ERP-Gebahrung vorliegende Ausleihungsquote von fast 97% des Nationalbankblocks in Höhe von 948,8 Mio EUR dokumentiert die erfolgreichen Bemühungen, die ERP-Mittel zweckgebunden den österreichischen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Gefördert wurden

im Wesentlichen Klein- und Mittelbetriebe- sowie Innovations- und Regionalprojekte. Des Weiteren wurden österreichische Unternehmen bevorzugt bei ihren Internationalisierungsbemühungen in die Reformstaaten Südosteuropas und in fernöstliche Wachstumsmärkte unterstützt.

Die österreichische Exportförderung stellt einen wichtigen Beitrag für die weiterhin sehr positive Entwicklung der österreichischen Exporte dar. Die OeNB konnte auch im Jahr 2006 ihre Expertise im Rahmen der Vergabe von Exporthaftungen und -finanzierungen einbringen. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen einer Vielzahl von Exporteuren und jener des Bundes wurde gerade bei Großprojekten Augenmerk auf eine ausgewogene Streuung von Abnehmerländern unterschiedlicher Risikoqualität gelegt.

Ein wichtiges Anliegen der OeNB ist es, zur Zukunftssicherung Österreichs beizutragen. Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der

³ ERP: European Recovery Program.

Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurde anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Notenbank im Jahr 1966 gegründet und feierte im Jahr 2006 sein 40-jähriges Bestehen. Von Anfang an hat der Jubiläumsfonds die heimische Forschung mit namhaften Mitteln unterstützt und sich damit als stabiler und unverzichtbarer Partner in der österreichischen Forschungsförderung etabliert. Bis einschließlich 2006 wurden für über 8.600 Forschungsprojekte mehr als 681 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch – bis zum Jahr 2003 – der angewandten Forschung zur Verfügung gestellt. Exzellente Grundlagenforschung in Österreich zu fördern und zu finanzieren bleibt auch nach der Errichtung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) die Aufgabe des Jubiläumsfonds der OeNB.

Im Jahr 2006 wurden im Rahmen der von der OeNB direkt vergebenen Mittel 180 Forschungsprojekte mit rund 10,7 Mio EUR in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug und im geringeren Ausmaß auch Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert. Die Vergabe der finanziellen Mittel erfolgte nach einer fundierten Projektauswahl und unterliegt strengen Qualitätsansprüchen. Im Rahmen des Forum Jubiläumsfonds werden laufend interessante Projektergebnisse aus den geförderten Fachdisziplinen einer Fachöffentlichkeit präsentiert.

Es wurden überdies 3,6 Mio EUR für die Basisfinanzierung von drei Wirtschaftsforschungsinstituten, und zwar für das Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (IHS), das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung

(WIFO) und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), zur Verfügung gestellt. Die FTE-Nationalstiftung ist Grundlage und Garant für eine nachhaltige, budgetunabhängige, langfristige und strategische Finanzierung österreichischer Forschungsinitiativen. Ein besonderer Fokus dieser Bemühungen liegt dabei auf der Unterstützung von langfristig verwertbaren, interdisziplinären Forschungsvorhaben. Die nachhaltige Finanzierung dieser Initiativen trägt zur sichtbaren Positionierung und Internationalisierung österreichischer Forschungsexzellenz bei. Im Jahr 2006 wurden der FTE-Nationalstiftung von der OeNB wie im Jahr 2005 75 Mio EUR zur Verfügung gestellt.

Wie viele andere österreichische Unternehmen auch widmet die OeNB der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk. Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente besteht derzeit aus 36 Instrumenten, die an österreichische Geigenvirtuosen, an österreichische Orchester und an Kammermusikensembles verliehen werden. Sie zählt mittlerweile zu einer der bedeutendsten Sammlungen Europas. Die OeNB sieht es als ihre Aufgabe an, die Instrumente einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Radiosender Ö1 wurde unter Mitwirkung von Leihnehmern der Sammlung eine CD produziert, deren Reinerlös der Aktion „Licht ins Dunkel“ zugute kam. Bei den Kulturtagen der EZB in Frankfurt fanden im Jahr 2006 mehrere Konzerte statt, bei denen österreichische Künstler auf Instrumenten der Sammlung konzertierten.

Erfolgreiche Forschungsförderung seit 40 Jahren



Jahresabschluss 2006
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2006

Aktiva	31. Dezember 2006	31. Dezember 2005
	in EUR	in EUR
1 Gold und Goldforderungen	4.480.989.970,86	4.229.152.318,69
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.204.492.549,03	5.786.985.589,54
2.1 Forderungen an den IVWF	286.102.786,08	512.056.414,91
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	4.918.389.762,95	5.274.929.174,63
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.620.524.702,53	1.132.332.872,37
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	604.267.842,17	434.254.091,19
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	604.267.842,17	434.254.091,19
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	12.150.942.571,00	12.511.816.494,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	9.286.523.750,00	9.307.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2.864.418.821,00	3.204.816.494,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	114.785,55	104.558,34
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	3.276.539.398,54	3.181.050.094,26
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	424.307.693,41	419.956.629,70
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	16.950.770.703,24	9.980.534.553,24
9.1 Beteiligung an der EZB	116.475.959,82	116.475.959,82
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.157.451.203,42	1.157.451.203,42
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	×	×
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	15.676.843.540,00	8.706.607.390,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	103.011.656,71	93.593.378,76
11 Sonstige Aktiva	8.561.913.879,55	8.620.004.487,34
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	136.913.779,23	162.808.807,41
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	153.843.810,70	156.223.313,73
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.795.448.294,21	6.866.730.342,43
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	11.680.181,94	7.015.432,92
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	437.973.734,79	385.321.338,14
11.6 Sonstiges	1.026.054.078,68	1.041.905.252,71
	53.377.875.752,59	46.389.785.067,43

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2006 in EUR	31. Dezember 2005 in EUR
1 Banknotenumlauf	16.814.843.600,00	15.128.006.240,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	4.473.529.774,79	4.975.937.306,98
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	4.429.029.774,79	4.969.837.306,98
2.2 Einlagefazilität	44.500.000,00	6.100.000,00
2.3 Termineinlagen	–	–
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	5.827.726,14	7.785.714,85
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	4.719.190,85	3.878.973,09
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	1.108.535,29	3.906.741,76
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	13.772.332,52	8.133.374,73
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	62.630,43	47.603,90
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	492.750.173,24	501.654,30
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	492.750.173,24	501.654,30
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IVF zugeteilte Sonderziehungsrechte	204.397.772,00	216.626.545,50
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	21.160.054.118,18	15.712.996.024,99
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	21.160.054.118,18	15.712.996.024,99
11 Schwebende Verrechnungen	–	–
12 Sonstige Passiva	435.414.186,92	651.428.588,97
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	182.225,40	2.831.748,60
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	73.488.885,26	43.874.231,84
12.3 Sonstiges	361.743.076,26	604.722.608,53
13 Rückstellungen	2.460.854.136,31	2.227.186.837,52
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	3.176.112.287,25	3.307.525.203,79
15 Kapital und Rücklagen	4.125.785.417,62	4.117.008.962,34
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.113.785.417,62	4.105.008.962,34
16 Bilanzgewinn	14.471.597,19	36.601.009,56
	53.377.875.752,59	46.389.785.067,43

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006

	Geschäftsjahr 2006 in EUR	Geschäftsjahr 2005 in EUR
1.1 Zinserträge	1.365.051.482,13	908.835.336,59
1.2 Zinsaufwendungen	-797.482.537,64	-457.404.954,92
1 Nettozinsergebnis	567.568.944,49	451.430.381,67
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	144.581.213,16	218.151.499,02
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-149.010.812,54	-44.291.261,03
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	-170.211.391,03	8.097.746,79
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-174.640.990,41	181.957.984,78
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	4.748.359,05	3.707.251,01
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-2.829.301,94	-2.927.529,40
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	1.919.057,11	779.721,61
4 Erträge aus Beteiligungen	25.201.625,35	68.424.721,58
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	6.342.645,51	7.053.357,45
6 Sonstige Erträge	10.233.471,15	21.157.284,59
Nettoerträge insgesamt	436.624.753,20	730.803.451,68
7 Personalaufwendungen	-115.315.844,89	-104.910.021,29
8 Sachaufwendungen	-76.996.623,04	-85.322.038,76
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-14.142.430,90	-15.236.889,89
10 Aufwendungen für Banknoten	-24.573.567,19	-16.184.763,09
11 Sonstige Aufwendungen	-12.641.658,01	-21.136.277,78
Aufwendungen insgesamt	-243.670.124,03	-242.789.990,81
	192.954.629,17	488.013.460,87
12 Körperschaftsteuer	-48.238.657,29	-122.003.365,22
	144.715.971,88	366.010.095,65
13 Gewinnanteil des Bundes	-130.244.374,69	-329.409.086,09
14 Bilanzgewinn	14.471.597,19	36.601.009,56

Anhang zum Jahresabschluss 2006

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 61/2006 unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 10. November 2006¹ beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen. Die für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 und 69 sowie § 72 Abs. 1 NBG sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz (ReLÄG) 2004 wurde für die OeNB eine Regelung im § 68 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie Abs. 3 Z 2 und 5 Handelsgesetzbuch (HGB) geschaffen.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 244 ff. HGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2006 nicht gegeben.

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind gemeinschaftsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat auf Basis der Leitlinie EZB/2006/16 nach der

¹ Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 10. November 2006 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2006/16). Diese Leitlinie kann gemäß Beschluss vom 6. Juli 2006 des Accounting and Monetary Income Committee (AMICO) des Eurosystems bzw. des ESZB ab 31. Dezember 2006 angewendet werden.

wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlusstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte in Fremdwährung, die weiterhin auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau vom Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlusstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte. Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des *Arbitrage-Pricing* bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), zu denen sie auf internationalen Märkten gehandelt werden. Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert. Die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* ausgewiesenen Wertpapiere, die als gebundene Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien² der Bank auf Basis der gegebenen Gesetzeslage beschlossen, Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* (ausgewiesen im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

² Direktoriums- bzw. Generalratsbeschluss vom 10. November 1999 bzw. 25. November 1999.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltenen Devisen wird eine eigene Währungsposition geführt.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem festgelegten Gold- und Fremdwährungsbestand und einer festgelegten Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials aus dem Marktrisiko werden die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*, die *Neubewertungskonten* (unter Berücksichtigung des Netting-Verbots), die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* und die *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken* herangezogen.

Marktentwicklungen, das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität, können aufgrund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnschwankungen führen.

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapital) jeder Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1).

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2	Veränderung der buchmäßigen Gewinne
	(Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)			(Verrechnung über Neube- wertungskonten)
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Gold	181.528	–	–	+360.732
Fremdwährungen				
Eigenbestand	39.576	9.001	64.789 ¹	–332.627
Eigenmittelveranlagung	5	280	–	+402
Wertpapiere				
Eigenbestand	53.909	111.598	67.705	–3.451
Eigenmittelveranlagung	2.275	19.098	16.028	–739
Euro-Bestände des IVVF	7.287	–	–	–
Beteiligungen				
der Eigenmittelveranlagung	–	–	489	+10.607
Außerbilanzielle Geschäfte				
Eigenbestand	131	153	–	–411
Eigenmittelveranlagung	–	–	–	–
Insgesamt	284.711	140.130	149.011	+34.513

¹ Durch die gleich hohe Auflösung der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen erfolgsneutral gehalten.

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der zwölf Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem³ bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel⁴ ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (*logistischer Banknotenumlauf*) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die Zentralbanken des Eurosystems verteilt, wobei die 92 % je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinsliche *Intra-Eurosystem-Forderung* oder *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit*. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, wird die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausweisen; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende *Nettoforderungen* (siehe Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

³ Die Banka Slovenije gehört erst ab dem Jahr 2007 dem Eurosystem an.

⁴ Mit dem Banknoten-Verteilungsschlüssel wird der logistische Banknotenumlauf um zwei Faktoren bereinigt: Erstens wird der Gesamtumlauf um den Anteil der EZB gekürzt. Zweitens wird der verbleibende Betrag unter den nationalen Zentralbanken je nach ihrem Anteil am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt.

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vorjahresvergleich nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach der Euro-Bargeldeinführung eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz des durchschnittlichen Banknotenumlaufs im Referenzzeitraum vor der Euro-Bargeldeinführung zum errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung der Gewinn aus dem Banknotenumlauf (Seigniorage) nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird. Für die OeNB und alle anderen Zentralbanken des Eurosystems, die bis 31. Dezember 2006 das Eurosystem bildeten, läuft die Einschleifregelung mit 31. Dezember 2007 aus.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats steht die Seigniorage der EZB aus ihrem Anteil von 8 % am Euro-Banknotenumlauf den nationalen Zentralbanken des Eurosystems noch im Jahr des Entstehens zu und ist am zweiten Geschäftstag nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres an diese auszuschütten. Zur Verteilung kommt der volle Betrag, außer der Nettogewinn der EZB für das jeweilige Geschäftsjahr liegt unter ihrer Seigniorage. Außerdem kann der EZB-Rat beschließen, den Betrag um anteilige Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung zu kürzen oder die EZB-Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken mit der EZB-Seigniorage (oder einem Teilbetrag) zu dotieren. Der an die OeNB ausgeschüttete Betrag wird im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

Für das Jahr 2006 beschloss der EZB-Rat in seiner Sitzung am 21. Dezember 2006, dass die im Jahr 2006 erzielte Seigniorage der EZB nicht zur Ausschüttung gelangen sollte.

Intra-Eurosystem-Salden, die aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels resultieren, werden saldiert als *Nettoforderungen* bzw. *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium beschlossen wurde, festgelegt. Die Veranlagung der Währungs-

reserven erfolgt im Rahmen eines Benchmarksystems sowie durch Vorgabe von Limiten und Durationen. Weiters werden die Währungsreserven nach unterschiedlichen Veranlagungsportfolios und nach Währungen getrennt. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an ein Investmentkomitee und das OeNB-Direktorium. Neue Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Hinsichtlich der Wechselkursänderungen erfolgt die Risikosteuerung über ein duales Benchmarksystem. Eine vom OeNB-Direktorium – in der Regel für ein Jahr – beschlossene strategische Benchmark definiert auch die Risikoobergrenze. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Investmentkomitees wird eine taktische Benchmark festgelegt, die u. a. auch die kurzfristigen Marktentwicklungen berücksichtigt. Das Zinsänderungsrisiko wird über Durationsziele bzw. -grenzen gesteuert. Für die Ermittlung des Wechselkurs- und des Zinsänderungsrisikos sowie der übrigen Marktrisiken werden anerkannte VaR-Berechnungsmodelle herangezogen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko spiegelt das Risiko, das gegenüber Geschäftspartnern existiert, wider. Das Management erfolgt beim Kreditrisiko über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die Finanzmärkte laufend beobachtet und daraus entsprechende Expertisen erstellt. Kreditrisikoberichte werden in den Sitzungen des Investmentkomitees und periodisch im Direktorium behandelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Partner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht oder betraglich nachkommen können bzw. nicht über ausreichende liquide Mittel verfügen, um auch ihre Verpflichtungen erfüllen zu können. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern bester Bonitätskategorien und im Rahmen der beschlossenen Limite durchgeführt, wobei insbesondere auf Sicherheit und Liquidität Bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereiht.

Das finanzielle Risiko und die in diesem Zusammenhang stehenden Vorsorgen zu den Bilanzstichtagen 2005 und 2006 stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 3

Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember

Risiko	Risikoermittlung	2006		2005		Finanzielle Vorsorgen
		in Mio EUR		in Mio EUR		
Goldrisiko	VaR	877	618	877 ¹	618 ¹	Neubewertungskonto
Fremdwährungsrisiko	VaR	1.436	1.778	349	492	Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen
				61	394	Neubewertungskonten
				743	844	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
				283	48	Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken
		1.436	1.778	1.436	1.778	
Zinsänderungs- und anteiliges Eurosystemrisiko sowie übrige Marktrisiken	VaR	1.230	1.129	1.230	1.129	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
Insgesamt		3.543	3.525	3.543	3.525	

¹ Der Stand des Neubewertungskontos beträgt zum 31. Dezember 2006: 2.194 Mio EUR (31. Dezember 2005: 1.833 Mio EUR).

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das operationale Risiko der OeNB ist im „ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement“ geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichterstattung an das Management.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum zur Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit,
- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
- den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
- den fachlichen Produktverantwortlichen zu.

Im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Kapitalbewegungen

Tabelle 4

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2006	31.12.2005	Zunahme	Abnahme	31.12.2006
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
I. Eigenkapital im engeren Sinn				
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Gewinnglättungsrücklage	2.226	–	–	2.226
	14.226	–	–	14.226
II. Risikovorsorgen für spezielle Geschäftsrisiken				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
	1.973.263	–	–	1.973.263
III. Eigenkapital im weiteren Sinn (I. + II.)	1.987.489	–	–	1.987.489
IV. „Ergänzungskapital“ (mit spezieller Zweckwidmung)				
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	598.020	8.776	–	606.796
	2.129.520	8.776	–	2.138.296
Gesamteigenkapital (III. + IV.)	4.117.009	8.776	–	4.125.785

Details zu den einzelnen Veränderungen können den Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens entnommen werden.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2006

Tabelle 5

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	4.480.990	4.229.152	+251.838	+6,0
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets ¹	7.207.987	7.664.347	–456.360	–6,0
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.620.525	1.132.333	+488.192	+43,1
Sonstige Aktiva	165.514	185.019	–19.505	–10,6
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	63	47	+16	+34,1
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	492.750	502	+492.248	n. a.
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	204.398	216.627	–12.229	–5,7
Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	182	409	–227	–55,5
Sonstige Passiva	3.193	4.382	–1.189	–27,1
Ausgleichsposten aus Neubewertung ²	23.223	23.431	–208	–0,9
	12.751.207	12.965.453	–214.246	–1,7
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	110.076	–759.223	+869.299	+114,5
Insgesamt	12.861.283	12.206.230	+655.053	+5,4

¹ Ohne den auf Euro lautenden nicht abgerufenen Teil der Quote des IWF.

² Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	4.480.990	
31.12.2005	4.229.152	
Veränderung	+251.838	(+6,0%)

In diesem Posten ist der physische und buchmäßige Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2006 auf 9.283.408,684

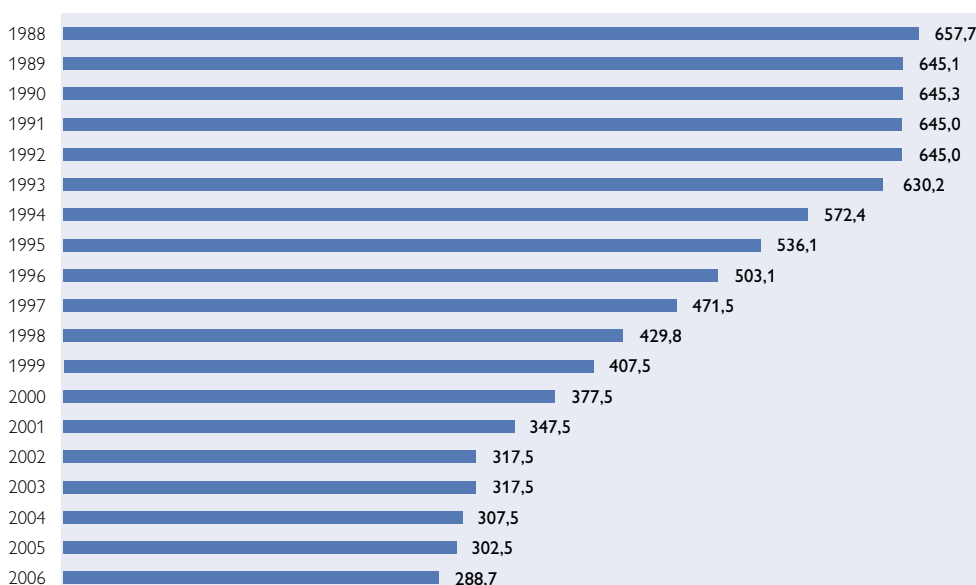
Unzen Feingold (ozf) oder 288.746,32283 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 482,688 EUR/ozf (d. s. 15.518,78 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 4.480.990 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2006 resultierten buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 2.193.855 Tsd EUR.

Während des Jahres 2006 wurden Goldverkäufe über 13,75 Tonnen im Gegenwert von 213.016 Tsd EUR durchgeführt (2005: 5 Tonnen im Gegenwert von 56.782 Tsd EUR). Die Verkäufe wurden im Rahmen des im März 2004 mit Wirksamkeit ab 27. September 2004 von 14 europäischen Zentralbanken (darunter auch der OeNB) und der EZB abgeschlossenen *Joint Statement on Gold* getätigt. Die dabei realisierten Kursgewinne über 181.528 Tsd EUR wurden im GuV-Posten 2.1 *Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* erfasst.

Das Goldabkommen sieht vor, dass die jährlichen Goldverkäufe, die über die nächsten fünf Jahre durchgeführt werden können, 500 Tonnen bzw. dass die Gesamtverkäufe über die Fünf-Jahres-Periode 2.500 Tonnen nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen die Goldleihen bzw. die Verwendung von Goldfutures und -optionen in diesem Zeithorizont nicht ausgeweitet werden.

Goldbestände der OeNB



in Tonnen

Quelle: OeNB.

Anmerkung: In den Jahren 1995, 1996 und 1997 sind die über SWAP-Geschäfte in das Europäische Währungsinstitut bzw. die EZB eingebrachten Goldbestände mit 101,3, 89,2 bzw. 71,1 Tonnen inkludiert.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2006	5.204.493
31.12.2005	5.786.985
Veränderung	-582.492 (-10,1%)

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex *Internationaler Währungsfonds* Fremdwährungsforderungen gegen Geschäftspartner in Ländern, die nicht an der Wahrungunion teilnehmen.

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Tabelle 6

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.137.418	2.265.296	-127.878	-5,7
abzüglich:				
Nicht abberufener Teil der Quote	2.003.495	1.877.361	+126.134	+6,7
Forderung aus der Beteiligung am IWF	133.923	387.935	-254.012	-65,5
Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF	144.189	124.121	+20.068	+16,2
Sonstige Forderungen gegen den IWF	7.991	-	+7.991	x
Insgesamt	286.103	512.056	-225.953	-44,1

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Euro-Bestände des *Nicht abberufenen Teils der Quote* durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 99.798 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erlage von Mitgliedstaaten um 225.932 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote (-128.735 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+857 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 3,03 % und 4,07 % p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁵ stehen zum 31. Dezember 2006 mit einem Gegenwert von 144.189 Tsd EUR, das entspricht 126 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2006 eingetretene Zunahme um per saldo 20.068 Tsd EUR ist durch Zinsabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen (+6.540 Tsd EUR), durch SZR-Ankäufe (per saldo +23.741 Tsd EUR) und durch Bewertungsdifferenzen (-7.290 Tsd EUR) beeinflusst.

Käufe aufgrund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2006 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand

⁵ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiven einzustellen.

das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wurden sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF erfasst, zuletzt im Zusammenhang mit der Beteiligung an der *Emergency Assistance for Natural Disasters* (EAND).

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

Tabelle 7

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.774.764	1.260.593	+514.171	+40,8
Wertpapiere	3.138.569	4.008.794	-870.225	-21,7
Sonstige Forderungen	5.057	5.542	-485	-8,8
Insgesamt	4.918.390	5.274.929	-356.539	-6,8

In den *Guthaben bei Banken* sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder, Taggeldanlagen und Reverse Repos enthalten. Die *Wertpapiere* wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern der besten Bonitätskategorien vorgenommen.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* sind in Tabelle 8 enthalten.

Tabelle 8

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	835.840	440.100	+395.740	+89,9
Wertpapiere	784.685	692.233	+92.452	+13,4
Insgesamt	1.620.525	1.132.333	+488.192	+43,1

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2005 und 2006 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Tabelle 9

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Veranlagungen in Wertpapieren	596.205	426.008	+170.197	+40,0
Sonstige Veranlagungen	8.063	8.246	-183	-2,2
Insgesamt	604.268	434.254	+170.014	+39,2

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten (Tabelle 10) sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Tabelle 10

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	9.286.524	9.307.000	-20.476	-0,2
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2.864.419	3.204.816	-340.397	-10,6
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	12.150.943	12.511.816	-360.873	-2,9

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im wöchentlichen Abstand im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) durchgeführt. Die Laufzeit des Standardtenders beträgt seit 8. März 2004 eine Woche. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt.

Die Erhöhungen des Mindestbietungssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gemäß Beschluss des EZB-Rats werden in Tabelle 11 dargestellt.

Tabelle 11

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
2. März 2006	8. März 2006	+0,25	2,50
8. Juni 2006	15. Juni 2006	+0,25	2,75
3. August 2006	9. August 2006	+0,25	3,00
5. Oktober 2006	11. Oktober 2006	+0,25	3,25
7. Dezember 2006	13. Dezember 2006	+0,25	3,50

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Die *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte* sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen nach dem Zinstenderverfahren in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt.

5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen

Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Fein-

steuerungsoperationen werden üblicherweise von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinststeuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2006 führte die OeNB ein derartiges Geschäft mit einem Geschäftspartner über 200.000 Tsd EUR durch.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Der Finanzsektor kann die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes.

Die *Spitzenrefinanzierungsfazilität* wurde im Jahr 2006 mit durchschnittlich 7.733 Tsd EUR in Anspruch genommen.

Die Zinssatzerhöhungen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität gemäß Beschluss des EZB-Rats werden in Tabelle 12 dargestellt.

Tabelle 12

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
2. März 2006	8. März 2006	+0,25	3,50
8. Juni 2006	15. Juni 2006	+0,25	3,75
3. August 2006	9. August 2006	+0,25	4,00
5. Oktober 2006	11. Oktober 2006	+0,25	4,25
7. Dezember 2006	13. Dezember 2006	+0,25	4,50

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	115	
31.12.2005	104	
Veränderung	+11	(+9,8%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	3.276.539	
31.12.2005	3.181.050	
Veränderung	+95.489	(+3,0%)

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere, die nicht unter dem währungspolitischen Instrumentarium auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	424.308	
31.12.2005	419.957	
Veränderung	+4.351	(+1,0%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert

auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen, um von der *Münze Österreich Aktiengesellschaft* (Münze Österreich) direkt eingezogene Münzen sowie um Tilgungen. Die Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die *Münze Österreich* bis zum vertraglich festgelegten jährlichen Überweisungstermin realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2006 beträgt die Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.204.135 Tsd EUR.

Erhöhungen dieser Forderung aus Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 20.116 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss 2005 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 15.765 Tsd EUR gegenüber.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	16.950.771	
31.12.2005	9.980.534	
Veränderung	+6.970.237	(+69,8%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven

an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen.

Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2005 und 2006 kann Tabelle 13 entnommen werden.

Tabelle 13

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	116.476	116.476	–	–
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.157.451	1.157.451	–	–
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	15.676.844	8.706.607	+6.970.237	+80,1
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–	–	–
Insgesamt	16.950.771	9.980.534	+6.970.237	+69,8

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Der Anteil der OeNB am gezeichneten Kapital der EZB beträgt seit 1. Mai 2004 unverändert 2,0800%, jener am (von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken) voll eingezahlten Kapital beträgt seit 1. Mai 2004 unverändert 2,9095%.

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten. Diese Forderungen werden mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag für die unverzinsten Goldbestände) verzinst.

Die im Jahresabschluss 2006 ausgewiesene Forderung ist seit 1. Mai 2004 unverändert geblieben.

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch den Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden*).

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2006, die Anfang Jänner 2007 durch Zahlung ausgeglichen wurden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 14 dargestellt.

Tabelle 14

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	136.914	162.809	-25.895	-15,9
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	153.844	156.223	-2.379	-1,5
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.795.448	6.866.730	-71.282	-1,0
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	11.680	7.016	+4.664	+66,5
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	437.974	385.321	+52.653	+13,7
11.6 Sonstiges	1.026.054	1.041.905	-15.851	-1,5
Insgesamt	8.561.914	8.620.004	-58.090	-0,7

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der Bank an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 15	
in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2005 ¹	117.858
Zugänge im Jahr 2006	–
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2006 ²	971
Kumulierte Abschreibungen	26.448
Buchwert 31.12.2006	90.439
Buchwert 31.12.2005	95.390
Abschreibungen des Jahres 2006	4.404

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBI. Nr. 190/1954) übernommen.

² Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 547 Tsd EUR.

Die Abgänge (Buchwertabgang: 547 Tsd EUR) resultieren aus dem Verkauf von OeNB-Liegenschaften im Jahr 2006, wobei per saldo Erträge in Höhe von 381 Tsd EUR lukriert wurden.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 16 dargestellt.

Tabelle 16	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2005	85.508
Zugänge im Jahr 2006	8.863
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2006 ¹	10.504
Kumulierte Abschreibungen	59.514
Buchwert 31.12.2006	24.353
Buchwert 31.12.2005	24.106
Abschreibungen des Jahres 2006	8.207

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 409 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* (historische Streichinstrumente und Münzsammlung) ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31. 12. 2005	30.690
Zugänge im Jahr 2006	3.856
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2006	–
Kumulierte Abschreibungen	1.600
Zuschreibungen	5.494
Buchwert 31.12.2006	38.440
Buchwert 31.12.2005	36.100
Abschreibungen des Jahres 2006	1.516

Im abgelaufenen Jahr wurde die Sammlung historischer Streichinstrumente durch den Ankauf von zwei Violinen erweitert. Dabei handelt es sich um die Violinen „Antonius Stradivarius, Cremona 1718, ex Viotti, ex Arnold Rosé“ und „Giovanni Battista Guadagnini, Turin, ca. 1770–75, ex Meinel“.

Die Instrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2006 aus 28 Violinen, 5 Violoncelli und 3 Violen. Von den 36 Instrumenten waren 34 im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

Tabelle 18 zeigt die Entwicklung der *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Nutzungsrecht).

Tabelle 18

in Tsd EUR

Anschaffungskosten bis 31.12.2005	720
Zugänge im Jahr 2006	–
Abgänge im Jahr 2006	–
Kumulierte Abschreibungen ¹	108
Buchwert 31.12.2006	612
Buchwert 31.12.2005	627
Abschreibungen des Jahres 2006 ¹	15

¹ Die Abschreibung erfolgt auf 46 Jahre.

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 19 dargestellt.

Tabelle 19

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	<i>in Tsd EUR</i>	<i>in Tsd EUR</i>	<i>in Tsd EUR</i>	<i>in %</i>
Wertpapiere	5.533.925	5.739.070	–205.145	–3,6
Beteiligungen	849.731	835.091	+14.640	+1,8
Sonstige Veranlagungen	411.792	292.569	+119.223	+40,8
Insgesamt	6.795.448	6.866.730	–71.282	–1,0

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.632.856 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.545.321 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.504.096 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 2.355.748 Tsd EUR.⁶ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 56.145 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste von insgesamt 17.763 Tsd EUR gegenüberstehen. Aus der Fremdwährungsbewertung stammen buchmäßige Kursgewinne über 402 Tsd EUR.

Von den *Beteiligungen* sind 533.318 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 316.413 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 20.

Tabelle 20

in Tsd EUR

Substanzwert zum 31.12.2005	835.091
Zugänge im Jahr 2006	742
Abgänge im Jahr 2006 (zu Buchwerten)	567
Abschreibungen des Jahres 2006	489
Neubewertung im Jahr 2006	14.954
Substanzwert zum 31.12.2006	849.731

⁶ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, das ERP-Sondervermögen, die Reserve aus valutaren Kursdifferenzen sowie die Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken.

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 29.285 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 30.323 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 14.258 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 337.926 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	11.680	
31.12.2005	7.016	
Veränderung	+4.664	(+66,5%)

In diesem Bilanzposten werden die aus der Bewertung von nicht in der Bilanz ausgewiesenen Geschäften und Positionen stammenden Kursgewinne summiert, die gegen den Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung* verrechnet werden. Der zum Bilanzstichtag ausgewiesene Saldo in Höhe von 11.680 Tsd EUR stammt mit 6.604 Tsd EUR aus Bewertungsgewinnen von Gold-Zinssatzswaps. Weiters beinhaltet dieser Bilanzposten das Ausgleichskonto für außerbilanzmäßige Instrumente im Zusammenhang mit Buchwertangleichungen und Realisaten in Höhe von 5.076 Tsd EUR.

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung der *Sonstigen Aktiva* kann Tabelle 21 entnommen werden.

Tabelle 21

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	917.411	828.865	+88.546	+10,7
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	31.341	111.110	-79.769	-71,8
ERP-Fonds-Nationalbankblock	948.752	939.975	+8.777	+0,9
Finanzamt-Verrechnungskonto	29.350	-	+29.350	x
Schilling-Scheidemünzen	8.346	23.064	-14.718	-63,8
Gesellschafterdarlehen	4.928	5.824	-896	-15,4
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	6.935	7.141	-206	-2,9
Forderungen aus Liegenschaftsverkäufen an Tochtergesellschaften	3.333	6.667	-3.334	-50,0
Forderung aus Körperschaftsteuervorauszahlungen	-	37.406	-37.406	-100,0
Sonstige Forderungen	24.410	21.828	+2.582	+11,8
Insgesamt	1.026.054	1.041.905	-15.851	-1,5

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschrieben Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2006 beliefen sich Letztere auf 606.796 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2006 auf insgesamt 948.752 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2006 in Höhe von 24.410 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	16.814.844	
31.12.2005	15.128.006	
Veränderung	+1.686.838	(+11,2%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 22).

Tabelle 22

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	1.138.000	6.421.399	-5.283.399
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf	-1.462.274	-1.315.581	-146.693
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	+17.139.118	+10.022.188	+7.116.930
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+15.676.844	+8.706.607	+6.970.237
Euro-Banknotenumlauf	16.814.844	15.128.006	+1.686.838

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

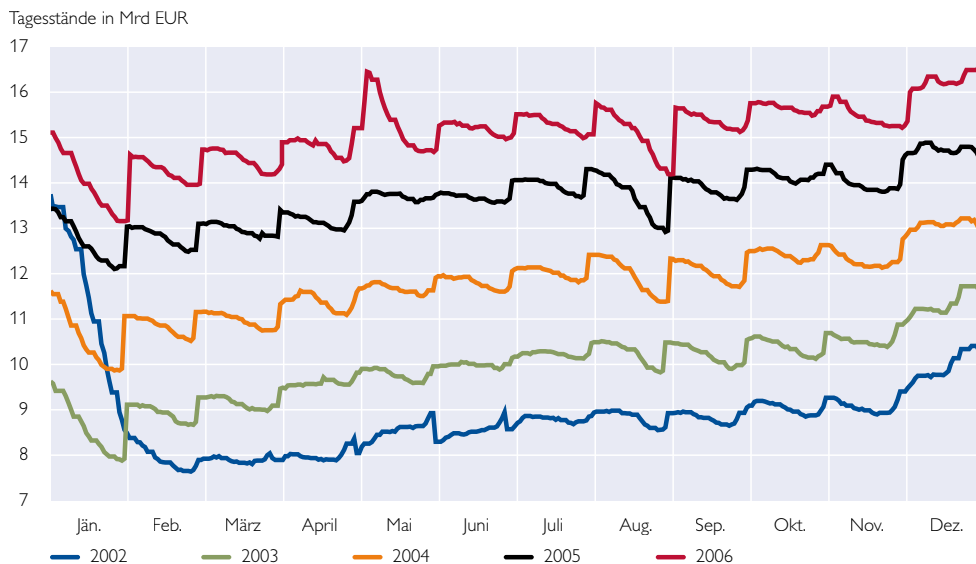
Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 23 entnommen werden.

Tabelle 23

	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs ¹		Veränderung	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
2002	8.887	-3.632	-29,0	
2003	9.913	+1.026	+11,5	
2004	11.751	+1.838	+18,5	
2005	13.618	+1.867	+15,9	
2006	15.128	+1.510	+11,1	

¹ Im Jahr 2002 sind darin sowohl der Euro-Banknotenumlauf wie auch der Schilling-Banknotenumlauf ausgewiesen. Ab dem Jahr 2003 wird nur mehr der Euro-Banknotenumlauf dargestellt.

OeNB-Banknotenumlauf im Fünf-Jahres-Überblick



Anmerkung: Im Geschäftsjahr 2002 enthielt der OeNB-Banknotenumlauf zwei Komponenten:

1. Euro-Banknotenumlauf-Verbindlichkeit (2,68% OeNB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf des Eurosystems zum Stichtag 1. Jänner 2002 bzw. zu jedem Monatsende zuzüglich kumulierter Transaktionen der OeNB seit diesem Stichtag);
2. Schilling-Banknotenumlauf (Ausweis nur bis 31. Dezember 2002).

Im Geschäftsjahr 2006 stellte die OeNB (für das Eurosystem) der *Banka Slovenije* noch nicht ausgegebene Banknoten im Gegenwert von 2.175 Mio EUR zur Vorbereitung der Euro-Bargeldumstellung in Slowenien zum 1. Jänner 2007 zur Verfügung. Die rechtliche Grundlage dafür sind eine EZB-Leitlinie und ein bilaterales Abkommen der OeNB mit der *Banka Slovenije* über bestimmte Vorbereitungsmaßnahmen für die Bargeldumstellung und Euro-Vorverteilung außerhalb des Euroraums. Die *Banka Slovenije* wird im Gegenzug für das Vorverteilungskontingent Euro-Banknoten gleicher Zahl und Qualität an das Eurosystem zurückliefern.

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 24 entnommen werden.

Tabelle 24

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	4.429.030	4.969.837	-540.807	-10,9
2.2 Einlagefazilität	44.500	6.100	+38.400	+629,5
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–
2.4 Feinsteuersoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	4.473.530	4.975.937	-502.407	-10,1

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung bei der OeNB unterliegen, zusammen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2006 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 9.267 Tsd EUR durchgeführt.

Tabelle 25 zeigt die Erhöhungen der Zinssätze für die Einlagefazilität gemäß den Beschlüssen des EZB-Rats.

Tabelle 25

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
2. März 2006	8. März 2006	+0,25	1,50
8. Juni 2006	15. Juni 2006	+0,25	1,75
3. August 2006	9. August 2006	+0,25	2,00
5. Oktober 2006	11. Oktober 2006	+0,25	2,25
7. Dezember 2006	13. Dezember 2006	+0,25	2,50

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	5.828	
31.12.2005	7.786	
Veränderung	+1.958	(+25,1%)

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 4.719 Tsd EUR sowie Guthaben auf Girokonten von nicht mindestreservepflichtigen Kreditinstituten bzw. von sonstigen Nichtbanken.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	13.772	
31.12.2005	8.133	
Veränderung	+5.639	(+69,3%)

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	204.398	
31.12.2005	216.627	
Veränderung	-12.229	(-5,6%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR

dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2006	21.160.054	
31.12.2005	15.712.996	
Veränderung	+5.447.058	(+34,7%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den elf anderen Zentralbanken des Eurosystems, mit den drei

nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken (Bank of England, Sveriges Riksbank und Danmarks Nationalbank) sowie mit der EZB insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo und die Verrechnung aus der allfälligen anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage ausgewiesen.

Die aus Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (*Netting by Novation*). Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 26 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

Tabelle 26

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	182	2.832	-2.650	-93,6
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	73.489	43.874	+29.615	+67,5
12.3 Sonstiges	361.743	604.723	-242.980	-40,2
Insgesamt	435.414	651.429	-216.015	-33,2

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet wurden, und Buchwertangleichungen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 27 dargestellt.

Tabelle 27

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	130.244	329.409	-199.165	-60,5
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	167.080	192.233	-25.153	-13,1
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	23.793	22.879	+914	+4,0
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	34.419	45.123	-10.704	-23,7
Sonstiges	6.207	15.079	-8.872	-58,8
Insgesamt	361.743	604.723	-242.980	-40,2

Der *Satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die Abnahme der *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* ist auf Einlösungen bzw. auf die Präklusion der 100 Schilling-Banknote mit dem Porträt von *Angelika Kauffmann* zurückzuführen. Dies war bereits die zweite Präklusion einer Schilling-Banknote seit der Euro-Bargeldeinführung.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2005 gemäß Beschluss der Generalversammlung 12.579 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2006 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 39.265 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2006 wurden davon 15.472 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 23.793 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2006 nicht ausbezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 18.165 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 180 Projekte in Höhe von 10.674 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 3.580 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 681.374 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Die Förderungsmittel des Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung in Höhe von 34.419 Tsd EUR resultieren aus den zweckgewidmeten Nettoveranlagungserträgen für das Jahr 2006 und werden am Tag nach der Generalversammlung an die FTE-Nationalstiftung zur Auszahlung gebracht.

13 Rückstellungen

Tabelle 28

	31.12.2005	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31.12.2006
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.893.116	-96.870	+96.870	1.893.116
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	46.190	-2.129	+8.803	52.864
Dienstnehmerjubiläen	10.632	-1.180	+1.511	10.963
Nicht konsumierte Urlaube	9.791	-257	-	9.534
Schlusspensionskassenbeiträge	-	-	+2.509	2.509
Sonstiges	20	-13	+925	932
Gesetzliche Sozialabgaben	84	-84	+86	86
Gehaltsanteile 2006	448	-448	+481	481
Rückstellungen für				
unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	214.842	-12.556	-	202.286
allgemeine Währungsrisiken	48.000	-	+235.000	283.000
Leistungen von Konzerngesellschaften	848	-838	+3.725	3.735
Projektabschluss der Umbauarbeiten OeNB I und Bürogebäude Nord	1.628	-1.628	-	-
Lieferungen und Leistungen	923	-923	+700	700
Sonstiges	665	-315	+298	648
Insgesamt	2.227.187	-117.241	+350.908	2.460.854

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet,

eine *Pensionsreserve* zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Die Pensionszahlungen der OeNB werden aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die *Pensionsreserve* gedeckten Pensionsaufwendungen des Jahres 2006 haben gegenüber dem Vorjahr um 3.277 Tsd EUR oder 3,5% auf 96.870 Tsd EUR zugenommen. In den Pensionsaufwendungen sind auch die Bezüge für 15 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in der Höhe von 4.183 Tsd EUR (2005: 15 Personen mit 4.139 Tsd EUR) enthalten.

Die aus der Veranlagung der *Pensionsreserve* stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses der *Pensionsreserve* zugeführt, womit diese mit dem versicherungsmathematisch berechneten Barwert ausgewiesen wird. Für die Ermittlung des Barwertes der *Pensionsreserve* wird als Rechnungszinsfuß ein Zinssatz von 3,85% p. a. (2005: 3,50% p. a.) angewendet.⁷

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet wird.

Aufgrund der möglichen einmaligen Nachschussverpflichtung der OeNB an die Pensionskasse im Rahmen der bestehenden Pensionskassenregelung wurde deren Höhe nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und erstmals rückgestellt. Als Rechnungszinsfuß wurden 3,50% p. a. angewendet.

Die Verwendung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist auf Einlösungen zurückzuführen.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2006 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Salden der *Neubewertungskonten* werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der VaR-Methode ermittelten Risikos bei den valutatischen Beständen herangezogen.

⁷ Der Rechnungszinsfuß wird jährlich evaluiert und errechnet sich aus der erzielten Veranlagungsrendite unter Berücksichtigung der generellen Bezugserhöhungen und der zukünftigen Rendite-Entwicklungen. Geringfügige Abweichungen in der Zukunft müssen nicht automatisch jährlich zur Änderung des Rechnungszinsfußes führen.

Tabelle 29 zeigt die *Ausgleichsposten aus Neubewertung*.

Tabelle 29

	31.12.2006 in Tsd EUR	31.12.2005 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Neubewertungskonten			
Gold	2.193.855	1.833.123	360.732
Fremdwährungen	61.568	393.793	-332.225
Wertpapiere	73.532	105.140	-31.608
Beteiligungen	211.273	196.319	+14.954
Außerbilanzielle Geschäfte	6.604	7.015	-411
Insgesamt	2.546.832	2.535.390	+11.442
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)			
Wertpapiere	1.423	1.423	-
Beteiligungen	278.807	278.854	-47
Insgesamt	280.230	280.277	-47
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)			
	349.050	491.858	-142.808
Insgesamt	3.176.112	3.307.525	-131.413

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (*Initial Valuation*) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Die OeNB bilanziert gemäß § 69 Abs. 1 NBG zur Deckung von Kursrisiken die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Gold- und Fremdwährungsverkäufen realisierten – Kursgewinnen verwendet. Weiters wird sie zur Abdeckung von buchmäßigen Fremdwährungskursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, aufgelöst. Mit ihrem verbleibenden Saldo dient sie der Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die *Neubewertungskonten* gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 gesetzlich nicht mehr möglich.

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)*Kapital* der OeNB (Passivposten 15.1) beträgt gemäß § 8 Abs. 1 NBG 12.000 Tsd EUR.

Im Jahr 2006 wurde die Republik Österreich auf Basis eines Bundesgesetzes⁸ ermächtigt, die OeNB-Anteile der Aktionäre *Anteilsverwaltung BAWAG P.S.K. Aktiengesellschaft* (Nominale von 1.432.000,00 EUR) und *Österreichischer Gewerkschaftsbund* (Nominale von 1.000.000,00 EUR) zu erwerben. Die Übertragung wurde im Zuge der ordentlichen Generalversammlung am 30. Mai 2006 durchgeführt. Die Eintragung ins Aktienbuch erfolgte am 7. Juli 2006. Die Republik Österreich hält nunmehr 70,3 % der Anteile.

⁸ BGBl. I Nr. 61/2006 „61. Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz betreffend die Haftungsübernahme zur Zukunftssicherung der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG geschaffen, das Bundesfinanzgesetz 2006 und das Nationalbankgesetz 1984 geändert sowie ein Bundesgesetz betreffend den Erwerb von Aktien der Oesterreichischen Nationalbank geschaffen werden“.

Die Rücklagen werden in Tabelle 30 dargestellt.

Tabelle 30

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinglättungsrücklage	2.226	2.226	–	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	606.796	598.020	+8.776	+1,5
Insgesamt	4.113.785	4.105.009	+8.776	+0,2

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* wird für die Abdeckung des ermittelten finanziellen Risikos der OeNB herangezogen. Detaillierte Angaben darüber sind dem Abschnitt *Risikomanagement* zu entnehmen.

Der Jubiläumsfonds von 1.531.500 Tsd EUR setzt sich seit dem Jahr 2003 aus zwei Teilbereichen zusammen, und zwar einerseits aus dem originären Jubiläumsfonds in Höhe von 31.500 Tsd EUR sowie andererseits aus Mitteln für die Förderung der FTE-Nationalstiftung im Ausmaß von 1.500.000 Tsd EUR.

Die dem originären Jubiläumsfonds zugeordneten 31.500 Tsd EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7.267 Tsd EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24.233 Tsd EUR zugeführt worden.

Die für die FTE-Nationalstiftung zweckgebundenen 1.500.000 Tsd EUR wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545.000 Tsd EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955.000 Tsd EUR) umgewidmet.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderwärtig verwendet werden kann.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Zum 31. Dezember 2006 waren folgende Forderungen und Verpflichtungen der OeNB bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- Unter den Ankäufen und Verkäufen auf Termin (438.459 Tsd EUR bzw. 433.383 Tsd EUR) werden Swaps bzw. Termingeschäfte in Euro und Fremdwährungen erfasst
- Gemäß den IWF-Statuten bestehende Verpflichtung zur Übernahme von SZR bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung im Gegenwert von 469.004 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit *New Arrangements to Borrow* (NAB) im Gegenwert von 465.773 Tsd EUR
- Nachschussverpflichtung von 36.662 Tsd EUR (Gegenwert von 32.115 Tsd SZR) auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ), Basel

- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 21.220 Tsd EUR
- Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 18.885 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß (entsprechend dem gezeichneten Kapitalanteil an der EZB von 2,0800%) von 1.040.000 Tsd EUR aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR, gemäß Art. 30 (1) der ESZB-Satzung, von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern
- Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß (entsprechend dem gezeichneten Kapitalanteil an der EZB von 2,0800%) von 104.000 Tsd EUR aufgrund der Möglichkeit der EZB, gemäß Art. 28 (1) der ESZB-Satzung, weitere Mittel einzufordern und ihr eingezahltes Kapital um 5 Mrd EUR aufzustocken
- Eventualverpflichtung aus gegebenen Bankgarantien in Höhe von 111.000 Tsd EUR und Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien in Höhe von 1.096 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung aus Gewährleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der 38-prozentigen Beteiligung an der *Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH* in Höhe von 20.520 Tsd EUR

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insolvenzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Zum 31. Dezember 2006 zeigen sich folgende Bestände an *derivativen Finanzinstrumenten* (Tabelle 31):

Tabelle 31

	Zugrunde liegendes Nominale <i>in Tsd EUR</i>	Marktwert positiv <i>in Tsd EUR</i>	Marktwert negativ <i>in Tsd EUR</i>
Gold-Zinssatzswaps			
Verkauf	123.568	6.422	–

Der Marktwert resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2006. Der positive Marktwert errechnet sich dabei mit 6.604 Tsd EUR (verrechnet im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzüglich der in vergangenen Jahren erfolgten Abschreibungen über 182 Tsd EUR.

Ferner wurden im Jahr 2006 Währungsoptionen in Euro, US-Dollar, Schwedischen Kronen, Australischen Dollar und Yen sowie Wertpapieroptionen in Australischen Dollar und Pfund Sterling gehandelt, wobei sämtliche Optionen vor dem Jahresultimo fällig waren. Die erfolgsmäßige Auswirkung dieser Geschäfte wurde im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

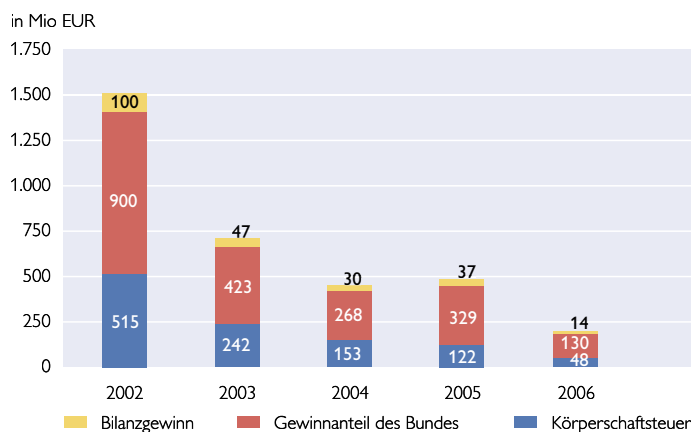
Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 32

	2006	2005	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	567.569	451.430	+116.139	+25,7
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-174.641	181.958	+356.599	+196,0
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	1.919	780	+1.139	+146,1
4 Erträge aus Beteiligungen	25.202	68.425	-43.223	-63,2
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	6.343	7.053	-710	-10,1
6 Sonstige Erträge	10.233	21.157	-10.924	-51,6
Nettoerträge insgesamt	436.625	730.803	-294.178	-40,3
7 Personalaufwendungen	-115.316	-104.910	+10.406	+9,9
8 Sachaufwendungen	-76.997	-85.322	-8.325	-9,8
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-14.142	-15.237	-1.095	-7,2
10 Aufwendungen für Banknoten	-24.574	-16.185	+8.389	+51,8
11 Sonstige Aufwendungen	-12.641	-21.136	-8.495	-40,2
Aufwendungen insgesamt	-243.670	-242.790	+880	+0,4
Geschäftliches Ergebnis	192.955	488.013	-295.058	-60,5
12 Körperschaftsteuer	-48.239	-122.003	-73.764	-60,5
	144.716	366.010	-221.294	-60,5
13 Gewinnanteil des Bundes	-130.244	-329.409	-199.165	-60,5
14 Bilanzgewinn	14.472	36.601	-22.129	-60,5

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Geschäftliches Ergebnis im Fünf-Jahres-Überblick



Quelle: OeNB.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

Die Erträge aus der Fremdwährungsveranlagung wurden mit per saldo 307.169 Tsd EUR (+49.896 Tsd EUR), jene aus Euro-Veranlagungen mit per saldo 163.310 Tsd EUR (+48.184 Tsd EUR) verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 375.674 Tsd EUR (+150.871 Tsd EUR) und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 28.086 Tsd EUR (+7.424 Tsd EUR) vereinnahmt. Weiters resultierten aus den Intra-Euro-

system-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems Erträge von per saldo 385.301 Tsd EUR (+239.284 Tsd EUR). Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 144.034 Tsd EUR (+47.455 Tsd EUR) aufgewendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 572.801 Tsd EUR (+303.936 Tsd EUR) stammen aus der Verzinsung der TARGET-Salden.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* resultieren aus der infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 13,75 Tonnen Gold realisierten Kursgewinne enthalten.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 73.570 Tsd EUR auf 144.581 Tsd EUR abgenommen. Dabei resultierte aus Gold- und Fremdwährungstransaktionen ein Nettoertrag in Höhe von 219.115 Tsd EUR (+28.468 Tsd EUR) und aus Wertpapiertransaktionen ein Nettoaufwand in Höhe von 74.512 Tsd EUR (2005: Nettoertrag 33.776 Tsd EUR).

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* begründen sich im Wesentlichen mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere. Dabei entfielen auf Fremdwährungen 64.789 Tsd EUR (+48.691 Tsd EUR), auf Wertpapiere 83.733 Tsd EUR (+55.827 Tsd EUR) und auf Beteiligungen 489 Tsd EUR (+303 Tsd EUR).

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken* wird die Auflösung der vor 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* zur Abdeckung der buchmäßigen Währungskursverluste von 64.789 Tsd EUR ausgewiesen, wodurch diese in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden. Demgegenüber wurden aufgrund der vorgenommenen Risikoeinschätzung bei den valutarischen Beständen der *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken* 235.000 Tsd EUR zugeführt.

4 Erträge aus Beteiligungen

Dieser Posten beinhaltet die Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2005 der *Münze Österreich* (18.000 Tsd EUR) und der BIZ (2.432 Tsd EUR).

Aus der Gewinnausschüttung der *AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.* resultieren 1.500 Tsd EUR. Weiters wurden in diesem Posten der Nettoertrag aus dem Verkauf des OeNB-Anteils an der *Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH* in Höhe von per saldo 3.085 Tsd EUR und der Liquidationserlös der *Realitäten-Verwertungs-Gesellschaft m.b.H. in Liquidation* in Höhe von 185 Tsd EUR verrechnet.

Die EZB erzielte aus dem Euro-Banknotenumlauf im Jahr 2006 eine Seigniorage in Höhe von 1.319 Mio EUR. Diesen Betrag hat die EZB nicht an die nationalen Zentralbanken ausgeschüttet, sondern im Sinne eines entsprechenden Beschlusses des EZB-Rats vom 21. Dezember 2006 zur Dotierung

der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken verwendet. Der Anteil der OeNB beläuft sich dabei auf 38.372 Tsd EUR.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Anteilige Zinsaufwendungen reduzieren die monetären Einkünfte entsprechend.

Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus dem TARGET-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: ihre Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie ihre Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt zudem ein vom OeNB-Kapitalanteil an der EZB abhängiger Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten). Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz mit dem Durchschnittsertrag der genannten Vermögenswerte aller nationalen Zentralbanken des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt. Die OeNB hatte nach diesem Verfahren im Jahr 2006 Anspruch auf monetäre Einkünfte in Höhe von 434.853 Tsd EUR, verglichen mit 428.510 Tsd EUR, die sie nach dem Berechnungsansatz für monetäre Einkünfte erwirtschaftete.

6 Sonstige Erträge

Die Abnahme resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften des Jahres 2005 im Jahr 2006 weggefallen sind.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5 % der gesamten Schemabezüge – für Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25 % zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2 % zu leisten.

Die *Gehälter* abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 2.562 Tsd EUR oder 3,1 % auf 85.855 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.603 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge⁹ und Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) in Höhe von insgesamt 1.115 Tsd EUR (2005: 1.042 Tsd EUR) erhalten. In Tabelle 33 ist eine entsprechende Aufgliederung enthalten.

Tabelle 33

	Bezüge in Tsd EUR	Sachbezüge und Sonstiges in Tsd EUR	Insgesamt in Tsd EUR
Gouverneur Dr. Liebscher	273	8	281
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek	258	64 ¹	322
Direktor Mag. Dr. Zöllner	251	10	261
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Christl	242	8	250

¹ Darin ist auch eine Jubiläumsgeldzahlung in Höhe von 55 Tsd EUR enthalten.

Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2006 109 Tsd EUR (2005: 107 Tsd EUR) vergütet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 34 gezeigt.

Tabelle 34

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	931,7	947,5	-15,8	935,4	962,8	-27,4
Insgesamt	1.100,5	1.114,5	-14,0	1.104,8	1.131,2	-26,4

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

Die *Gesetzlichen Sozialabgaben* über insgesamt 13.162 Tsd EUR (+329 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.599 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (6.558 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.902 Tsd EUR).

In der Generalratssitzung vom 12. Oktober 2006 wurden neu die Dienstbestimmungen IV (DB IV), die für Dienstnehmer gelten, die nach dem 31. Dezember 2006 in die Bank eintreten, beschlossen. Den DB IV liegt u. a. ein gegenüber dem bisherigen System weiter modifiziertes beitragsorientiertes Pensionskassensystem zugrunde.

⁹ Limitiert gemäß Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.

10 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der *Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH* (OeBS).

12 Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 25 % ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz gilt, anzuwenden.

13 Gewinnanteil des Bundes

Der *Gewinnanteil des Bundes* in Höhe von 130.244 Tsd EUR (2005: 329.409 Tsd EUR) beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90 % des versteuerten Ergebnisses.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Aufgrund der Beitritte der neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien zur EU und deren nationaler Zentralbanken zum ESZB am 1. Jänner 2007 mussten die seit 1. Mai 2004 gültigen Kapitalanteile an der EZB angepasst werden.

Neben den Beitritten der zwei Zentralbanken zum ESZB erfüllt ab 1. Jänner 2007 Slowenien die Bedingungen für die Einführung des Euro. Die Ausnahmeregelung gemäß Art. 4 der Beitrittsakte wurde daher für Slowenien mit 1. Jänner 2007 aufgehoben und der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel durch die nationale Zentralbank *Banka Slovenije* in Slowenien eingeführt. Die *Banka Slovenije* trat daher mit diesem Stichtag dem Eurosystem bei.

Im Zuge von Beitritten zur EU sowie der Eingliederung der betreffenden nationalen Zentralbank in das ESZB kommt es nach Art. 49.3 der ESZB-Satzung zu einer Aufstockung des Kapitals, das die nationalen Zentralbanken an der EZB zeichnen. Als Konsequenz steigt auch der für die Übertragung von nationalen Währungsreserven an die EZB festgelegte Höchstbetrag.

Dadurch hat sich das einzuzahlende Kapital der EZB am 1. Jänner 2007 um 196 Mio EUR auf insgesamt 5.761 Mio EUR erhöht, und der für die Übertragung von Währungsreserven an die EZB geltende Höchstbetrag ist um 1.960 Mio EUR auf 57.607 Mio EUR gestiegen.

Im Sinne des Beschlusses des Rates der Europäischen Union vom 15. Juli 2003 über die statistischen Daten, die bei der Anpassung des Schlüssels für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank anzuwenden sind, traten daher am 1. Jänner 2007 die folgenden Änderungen in Kraft.

Tabelle 35

Gezeichnete Anteile am Kapital der EZB	1. Mai 2004 bis 31. Dezember 2006 <i>in %</i>	Ab 1. Jänner 2007 <i>in %</i>
Deutsche Bundesbank	21,1364	20,5211
Banque de France	14,8712	14,3875
Banca d'Italia	13,0516	12,5297
Banco de España	7,7758	7,5498
De Nederlandsche Bank	3,9955	3,8937
Nationale Bank van België / Banque Nationale de Belgique	2,5502	2,4708
Oesterreichische Nationalbank	2,0800	2,0159
Bank of Greece	1,8974	1,8168
Banco de Portugal	1,7653	1,7137
Suomen Pankki – Finlands Bank	1,2887	1,2448
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	0,9219	0,8885
Banka Slovenije ¹	–	0,3194
Banque centrale du Luxembourg	0,1568	0,1575
Anteil der am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken	71,4908	69,5092
Bank of England	14,3822	13,9337
Narodowy Bank Polski	5,1380	4,8748
Banca Națională României	–	2,5188
Sveriges Riksbank	2,4133	2,3313
Danmarks Nationalbank	1,5663	1,5138
Česká národní banka	1,4584	1,3880
Magyar Nemzeti Bank	1,3884	1,3141
Bulgarian National Bank	–	0,8833
Národná banka Slovenska	0,7147	0,6765
Lietuvos bankas	0,4425	0,4178
Banka Slovenije ¹	0,3345	–
Latvijas Banka	0,2978	0,2813
Eesti Pank	0,1784	0,1703
Central Bank of Cyprus	0,1300	0,1249
Central Bank of Malta / Bank Ċentrali ta' Malta	0,0647	0,0622
Anteil der am Eurosystem nicht teilnehmenden EU-Zentralbanken	28,5092	30,4908
Insgesamt	100,0000	100,0000

¹ Ab 1. Jänner 2007 Mitglied des Eurosystems.

Der Anteil der OeNB am gezeichneten Kapital der EZB verringerte sich durch die Beitritte am 1. Jänner 2007 von 2,0800 % (gültig seit 1. Mai 2004) auf 2,0159 %. Unter Berücksichtigung des insgesamt gestiegenen Kapitals der EZB erhöhte sich dadurch der Anteil des tatsächlich von der OeNB einzuzahlenden EZB-Kapitals. Aufgrund der Übertragung der Differenz an die EZB wurde die OeNB-Beteiligung an der EZB um 384 Tsd EUR auf 116.129 Tsd EUR angepasst.

Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital wäre durch die Anpassung der Kapitalanteile durch die Beitritte Rumäniens und Bulgariens gestiegen. Durch den Beitritt Sloweniens zum Eurosystem und die dementsprechende Anpassung des voll eingezahlten Kapitalschlüssels ist der Anteil der OeNB jedoch – trotz eines betragsmäßig insgesamt höheren Beteiligungsansatzes – von 2,9095 % auf 2,9002 % gesunken.

Die Anpassung der Anteile der nationalen Zentralbanken am Kapital der EZB und die daraus resultierende Umschichtung der Anteile der nationalen Zentralbanken des Euroraums am gezeichneten Kapital der EZB zog darüber hinaus eine Anpassung der Euro-Forderungen nach sich, die die EZB den teilnehmenden nationalen Zentralbanken im Wert der von ihnen eingebrachten Währungsreserven gutgeschrieben hat. Angesichts des prozentuell gesunkenen, jedoch absolut gestiegenen Kapitalanteils der OeNB erhöhte sich ihre in

Euro denominierte Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB um 3.839 Tsd EUR auf 1.161.290 Tsd EUR.

Die genannten Änderungen traten mit 1. Jänner 2007 in Kraft. Alle Differenzbeträge wurden am 2. Jänner 2007 mittels TARGET-Transaktion ausgeglichen.

Die gemäß Art. 49.2 der ESZB-Satzung vorgesehene abschließende Anpassung des EZB-Eigenkapitals an die neuen voll eingezahlten Kapitalanteile der nunmehr 13 nationalen Zentralbanken des Eurosystems erfolgte im März 2007 nach der Feststellung des EZB-Jahresabschlusses durch den EZB-Rat.

Direktorium

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
 Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
 Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
 Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Generalrat

Präsident Herbert Schimetschek
 Vizepräsident Dr. Manfred Frey
 Dipl.-Ing. August Astl
 Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
 Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip Göth
 Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner
 Dipl. Bwt. Alfred Hannes Heinzl (ab 30. Mai 2006)
 Direktor Manfred Hofmann
 Univ.-Prof. Mag. Dr. Herbert Kofler
 Mag. Max Kothbauer (ab 30. Mai 2006)
 Mag. Georg Kovarik (bis 30. Mai 2006)
 Dipl.-Ing. Johann Marihart
 Mag. Werner Muhm
 Dkfm. Gerhard Randa
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner
 Dkfm. Johann Zwettler (bis 30. Mai 2006)

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Dr. Martina Gerharter, Mag. Thomas Reindl (bis 2. Oktober 2006), Gerhard Kaltenbeck (ab 2. Oktober 2006).

Wien, am 14. März 2007

The image shows three handwritten signatures in black ink. The top signature is the largest and most prominent, appearing to read 'Martina Gerharter'. Below it are two smaller signatures, one on the left and one on the right, which are less legible but appear to be 'Thomas Reindl' and 'Gerhard Kaltenbeck' respectively.

Bestätigungsvermerk

„Wir haben den um den Anhang erweiterten Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank, Wien, für das Geschäftsjahr vom 01. Jänner 2006 bis 31. Dezember 2006 mit einer Bilanzsumme von € 53.377.875.752,59 unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – geprüft.

Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses um den Anhang erweiterten Jahresabschlusses sowie des Geschäftsberichtes liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Dieser um den Anhang erweiterte Jahresabschluss sowie dieser Geschäftsbericht wurden in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ erlassenen Vorschriften erstellt.

Der gem. § 68 Abs. 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht ersetzt den Lagebericht gem. § 243 HGB.

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem um den Anhang erweiterten Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Geschäftsbericht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Geschäftsbericht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Oesterreichischen Nationalbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

(Fortsetzung des Bestätigungsvermerkes auf der nachfolgenden Seite)

(Fortsetzung des Bestätigungsvermerkes)

Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des um den Anhang erweiterten Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Unsere Prüfung hat zu **keinen Einwendungen** geführt.

Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ erlassenen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31. Dezember 2006 sowie der Ertragslage des Unternehmens für das Geschäftsjahr vom 01. Jänner 2006 bis 31. Dezember 2006 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Sinne des § 67 Abs. 2 NBG.

Der Geschäftsbericht steht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – in Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 14. März 2007

TPA Horwath
Wirtschaftsprüfung GmbH



Mag. Thomas Schaller, CPA
Wirtschaftsprüfer

MOORE STEPHENS AUSTRIA
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH



Dr. Peter Wundsam
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (zB Verkürzungen) gelten die Bestimmungen des § 281 HGB.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 130.244 Tsd EUR (2005: 329.409 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Bilanzgewinn 2006 von 14.471.597,19 EUR.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 28. März 2007 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	1.200.000,00
Zuweisung an die Leopold Museum-Privatstiftung	4.530.424,48
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	8.741.172,71
	14.471.597,19

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2006

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2006 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 30. Mai 2006 gewählten Rechnungsprüfern – der TPA Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH und

der MOORE STEPHENS AUSTRIA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 24. April 2007 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2006 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2006 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2006 erstatteten Empfehlung (Seite 142) beschließen.



Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung

ABS	Asset-Backed Securities	IWF	Internationaler Währungsfonds
APC	Austrian Payments Council	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
APSS	Austrian Payment Systems Services (APSS) GmBH	IWF	Internationaler Währungsfonds
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement	JPY	Japanischer Yen
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	JVI	Joint Vienna Institute
ATX	Austrian Traded Index	LWS	Luxembourg Wealth Study
BIP	Bruttoinlandsprodukt	M3	Geldmenge M3
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	NBG	Nationalbankgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen	NRP	Nationales Reformprogramm
BSC	Banking Supervision Committee	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
BWG	Bankwesengesetz	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirt- schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
CEBS	Committee of European Banking Supervisors	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
CEEI	Conference on European Economic Integration	PIN	Personal Identification Number (persönliche Identifikationsnummer)
CESR	Committee of European Securities Regulators	POS	Point-of-Sale
CG	Corporate Governance	ROM	Risikoorientiertes Meldewesen
CMS	Counterfeit Monitoring System	RTGS	Real Time Gross Settlement
ECAF	European Credit Assessment Framework	SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	SCF	SEPA Cards Framework
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	SEPA	Single Euro Payments Area
EMV	Europay, MasterCard und VISA	SIT	Slowenischer Tolar
EPC	European Payments Council	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr
ERP	European Recovery Program	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	SZR	Sonderziehungsrechte
EU	Europäische Union	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
EUR	Euro	TOP	Tender Operation System
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	T2S	TARGET2-Securities
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	USD	US-Dollar
EZB	Europäische Zentralbank	VaR	Value at Risk
FATS	Foreign Affiliates Statistics	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
FDI	Foreign Direct Investment (Direktinvestitionen)	VÖBB	Verband der österreichischen Banken und Bankiers
FMA	Finanzmarktaufsicht	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
FTE-National- stiftung	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung	WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
GKE	Großkreditevidenz	WKM	Wechselkursmechanismus
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung		
IRB	Internal Ratings-Based		

× = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden

.. = nicht verfügbar

0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit

– = Zahlenwert ist null (gilt nur für den Jahresabschluss 2006)

n. a. = nicht anwendbar (gilt nur für den Jahresabschluss 2006)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Glossar

Acquirer: Dienstleister für die Autorisierung und Abrechnung von Kartenzahlungen; bei der OeNB auch *Händlerakquisitionsbank* genannt. Akquiriert als Lizenznehmer einer Kartenorganisation Händler als Vertragsunternehmen, um deren Kunden bargeldlose Zahlungen über die jeweilige Kartenorganisation zu ermöglichen, und übernimmt die Zahlungsabwicklung für die Händler.

Auslieferung (von Bargeld): Beschreibt im Rahmen der Bargeldlogistik die Versorgung von Geschäftsbanken und Handelsunternehmen mit Banknoten und Münzen durch die OeNB bzw. die GSA.

Benchmark: In der Regel ein Benchmark-Index, der das portfoliorelevante Marktumfeld definiert und richtungswesend für alle Veranlagungsentscheidungen ist. Ziel ist es, die Performance der Benchmark nachhaltig und ohne größeres Zusatzrisiko zu übertreffen.

Currency-Board-System: Mit der Einsetzung eines Currency Boards – der striktesten Form eines Wechselkursregimes – verzichtet ein Land auf eine eigenständige Notenbank und damit auf eine eigenständige Geldpolitik. Grundprinzip des Currency-Board-Systems ist, dass die freie Konvertibilität von Bargeld und Einlagen gegen eine internationale Leitwährung durch die Haltung entsprechender Devisenbestände institutionell garantiert wird. Ermöglicht wird dies über die Fixierung des Wechselkurses der Landeswährung zur gewählten Leitwährung und die selbst auferlegte Pflicht, den Geldumlauf im Inland an den Bestand der Devisenreserven zu koppeln. Darüber hinaus ist dem Currency Board jeglicher Erwerb von Inlandsaktiva untersagt, womit im Krisenfall keine Liquidität zur Verfügung gestellt werden kann. Anders als eine Notenbank kann ein Currency Board nicht als Lender of last Resort einspringen.

Carry Trades: Sind u. a. Investmentstrategien auf den Devisenmärkten, bei denen eine Währungsveranlagung in einem Hochzinsland einer Mittelaufnahme in einem Niedrigzinsland gegenübersteht. Je mehr Marktteilnehmer eine solche Strategie verfolgen, desto eher führt dies zu einem Wechselkursanstieg der höher verzinslichen gegenüber der niedriger verzinslichen Währung, da *ceteris paribus* die ausgeborgte Währung verkauft (höheres Angebot) und die zu veranlagende Währung gekauft (höhere Nachfrage) wird. Das Risiko dieser Strategie besteht darin, dass aus irgendwelchen Gründen (z. B. Änderung der Zinsdifferenz) die veranlagte Währung gegenüber der geborgten Währung im Wert fällt und der etwaige Währungsverlust höher ist als der Ertrag aus der Zinsdifferenz.

Clearing: Zentrale Verrechnung der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten im Rahmen von Geld- oder Wertpapiertransaktionen vor dem Zahlungsausgleich, gegebenenfalls unter Saldierung der Zahlungen.

EG-Vertrag: Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (= Vertrag von Rom, in Kraft seit 1. Jänner 1958). Mit dem Vertrag von Rom wurde eigentlich zunächst die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins

Leben gerufen; die Umbenennung in EG-Vertrag erfolgte erst mit dem EU-Vertrag (Vertrag von Maastricht = Vertrag über die Europäische Union; 1. November 1993). EG- und EU-Vertrag wurden seither durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Vertrag von Amsterdam; 1. Mai 1999) und zuletzt durch den Vertrag von Nizza (1. Februar 2003) weiter abgeändert.

Eigenmittelquote: Kennzahl, die das Verhältnis von Eigenmitteln – dem eigenen Kapital einer Bank im Gegensatz zum eingesetzten Fremdkapital – und den risikogewichteten Aktiva der Bankbilanz in Prozent ausdrückt.

Einlieferung (von Bargeld): Beschreibt im Rahmen der Bargeldlogistik alle Rücklieferungen von Banknoten und Münzen aus dem Umlauf zur OeNB bzw. GSA von Geschäftsbanken und Handelsunternehmen.

EMV-Standard: EMV bezeichnet eine weltweit einheitliche Spezifikation für Zahlungskarten, die mit einem Prozessorchip ausgestattet sind, und für die zugehörigen Chipkartengeräte. Die Buchstaben EMV stehen für die drei Gesellschaften, die den Standard entwickelten: Europay, MasterCard und VISA.

EU-Konvergenzkriterien: Vier im Vertrag von Maastricht definierte Bedingungen, die ein EU-Mitgliedstaat für die Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion – also für die Einführung des Euro – erfüllen muss: 1) Die Inflationsrate liegt maximal 1,5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 2) der langfristige Zinssatz liegt maximal 2 Prozentpunkte über jenem der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 3) es besteht kein übermäßiges Defizit (Referenzwerte für das Bestehen eines übermäßigen Defizits sind ein öffentliches Defizit (Finanzierungssaldo des Staates) von mehr als 3% des BIP und eine öffentliche Verschuldung von mehr als 60% des BIP, wenn diese nicht rückläufig ist und sich nicht hinreichend schnell dem Referenzwert nähert), 4) die zulässige Schwankungsbreite der Wechselkurse im **WKM II** wird seit mindestens zwei Jahren ohne starke Spannungen eingehalten und es erfolgte keine einseitige Abwertung gegenüber dem Euro.

Euroisierung: Bezeichnet die Aufgabe der Landeswährung zugunsten des Euro.

Federal Reserve: Das *Federal Reserve System* (oft auch *Fed* genannt) ist das Zentralbanksystem der Vereinigten Staaten, das sich aus dem Board of Governors und zwölf regionalen Federal Reserve Banks zusammensetzt. Die Fed wurde im Jahr 1913 vom Kongress der Vereinigten Staaten gegründet, um das nationale Finanzsystem bzw. dessen Flexibilität zu stärken. Wichtigstes Gremium der Fed ist das Federal Open Market Committee (FOMC), das die Geld- und Währungspolitik der Vereinigten Staaten betreibt. Vorsitzender des FOMC war bis 31. Jänner 2006 Alan Greenspan, am 1. Februar 2006 folgte ihm Ben Bernanke.

Financial Soundness Indicators (FSI): Seit Ende Jänner 2007 publiziert der IWF auf seiner Website Indikatoren, die die finanzielle Stabilität eines Landes darstellen sollen. Insgesamt sind derartige Kennzahlen für mehr als 60 Länder weltweit abrufbar. Die Kennzahlen basieren im Wesentlichen auf Daten von Kreditinstituten (bezüglich Ertragslage, Geschäftsstruktur und Eigenmittel) bzw. anderen Finanzinstituten, nichtfinanziellen Unternehmen und privaten Haushalten; außerdem werden Kennzahlen zur Marktliquidität und zur Lage auf dem Immobilienmarkt ausgewiesen.

Großkreditevidenz: Von der OeNB gepflegtes Informationssystem, das einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des kreditrisikobezogenen Informationsbedarfs von Kreditwirtschaft und Bankenaufsicht leistet. Gemäß § 75 Bankwesengesetz sind Kredit- und Finanzinstitute sowie Unternehmen der Vertragsversicherung zur monatlichen Meldung von Krediten mit Rahmen oder Ausnützung über 350.000 EUR an die Großkreditevidenz verpflichtet.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI): Laut EG-Vertrag ist die Preiskonvergenz unter den Mitgliedstaaten anhand eines harmonisierten Verbraucherpreisindex zu messen. Der von Eurostat berechnete HVPI ist das Ergebnis der Standardisierungsbemühungen und der zentrale Inflationsindikator für die Geldpolitik im Eurosystem: Wie vom EZB-Rat festgelegt, wird als Preisstabilitätsziel ein jährlicher Anstieg des HVPI für das Euro-Währungsgebiet von unter, aber nahe 2 % angepeilt.

Hedgefonds: Sind im Unterschied von anderen Investmentfonds sehr viel freier in der Wahl (und beim Wechsel) ihrer Anlagestrategie. Die Strategien sind sehr unterschiedlich, und so können Aufbau, Zusammensetzung und Anlagerisiko von Fonds zu Fonds stark voneinander abweichen. Besonders erwähnenswert ist, dass Hedgefonds u. a. darauf abzielen, sowohl bei fallenden als auch bei steigenden Kursen auf den Finanzmärkten eine sogenannte absolute Rendite zu erzielen, d. h., unabhängig von der Entwicklung der Märkte (oft auch durch extrem riskante – weil mit hohem Leverage verbundene – Strategien) Maximalerträge zu erwirtschaften.

Implizite Volatilität: Ein Maß für unvorhersehbare Kursbewegungen im Markt innerhalb eines abgegrenzten Zeitrahmens (Tag, Monat, Jahr etc.) und daher ein Maß für das **Marktrisiko**. Neben der Errechnung der Standardabweichung aus historischen Zeitreihen (*historische Volatilität*) lässt sich die Volatilität auch *implizit* mithilfe des sogenannten Optionspreismodells ermitteln: Sind Optionspreis, Preis beeinflussende Faktoren wie Laufzeit, Kurs des zugrunde liegenden Wertpapiers, Zinsen und Ausübungspreis bekannt, so bedarf es keiner zusätzlichen Eingabegrößen, um die *implizite Volatilität* zu bestimmen. Die Kennziffer *Volatilität* hat eine unüberbietbare Bedeutung sowohl für die professionellen Teilnehmer auf den Finanzmärkten im Einzelnen als auch für das Finanzsystem im Allgemeinen. Zum Beispiel kann ein abrupter Anstieg der Marktvolatilität dazu führen, dass eine Mehrheit von Marktteilnehmern ihr Handelsengagement stark reduziert und nicht mehr bereit ist,

An- und Verkaufskurse zu stellen. Ein starker Rückgang der Marktliquidität kann dabei die Folge sein.

Internationale Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards – IFRS): Kapitalmarktorientierte Gesellschaften müssen laut EG-Verordnung Nr. 1606/2002 ihre konsolidierten Abschlüsse seit dem 1. Jänner 2005 gemäß IFRS erstellen. Die seit dem Jahr 2003 vom internationalen Rechnungslegungsgremium IASB (International Accounting Standards Board) entwickelten Standards werden als IFRS bezeichnet. Sämtliche vorher entwickelten Standards (International Accounting Standards – IAS) sind weiterhin gültig, sofern sie nicht vom IASB modifiziert oder durch neue Standards ersetzt werden. Bei den internationalen Rechnungslegungsstandards steht die Informationsfunktion für den Investor im Mittelpunkt.

Inverse Renditenkurve: Eine Renditenkurve stellt die Relation von Renditen festverzinslicher Wertpapiere und deren Restlaufzeiten dar. *Invers* ist eine Renditenkurve dann, wenn sie eine negative Steigung aufweist, d. h., wenn die kurzfristigen Renditen höher sind als längerfristige. Eine solche abnormale Situation kann auch ein Vorzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Rezession sein. In einer Rezession ist die Inflation i. d. R. so gering, dass selbst niedrige langfristige Renditen für Anleger attraktiv sind. Außerdem wird eine Rezession oft von nachhaltigen Verkaufswellen an risikoreicheren Märkten (z. B. Aktienmärkten) begleitet, Anleger sichten ihr Vermögen in sicherere Anlageformen (Staatsanleihen) um. Dadurch sinken die langfristigen Renditen. Es gibt aber auch andere Faktoren, die unabhängig von einer Rezession zu einer Inversion der Renditenkurve beitragen können, z. B. eine hohe Nachfrage nach langfristigen Anleihen seitens der Pensionsfonds, um auf der Aktivseite einen laufzeitmäßigen Ausgleich zu langfristigen Verbindlichkeiten zu schaffen.

Kapitaladäquanz: Angemessenheit der Eigenmittelausstattung einer Bank in Bezug auf das Risikoprofil dieser Bank. Die Kapitaladäquanzbestimmungen von Basel I und Basel II sehen eine **Eigenmittelquote** von 8 % der risikogewichteten Aktiva vor.

Kreditrisiko: Gefahr einer Wertminderung oder potenzieller Ausfall von Forderungen infolge einer Bonitätsverschlechterung von Kunden.

Leveraged Buyout (LBO): Im Allgemeinen versteht man unter einem LBO die Unternehmensübernahme durch externe Finanzinvestoren (meist LBO-Fonds), die große Teile der Transaktion mit Fremdkapital finanzieren. Durch den geringen Einsatz von Eigenkapital lässt sich mit dem eingesetzten Kapital eine hohe Rendite erzielen. Der Investitionshorizont bewegt sich gewöhnlich zwischen fünf und zehn Jahren. Innerhalb dieser Zeit wird versucht, den Wert des Unternehmens zu steigern (z. B. mittels Restrukturierung, Expansion oder Änderung der Finanzierungsstruktur). Um die „geschaffenen“ Werte realisieren zu können, wird das Unternehmen über die Börse ver- oder an Finanzinvestoren weiterverkauft (Secondary Buyout).

M3: Weit gefasstes Geldmengenaggregat, das M1 (Bargeldumlauf und täglich fällige Einlagen), M2 (M1 und kurzfristige Spar- und Termineinlagen) sowie marktfähige Finanzinstrumente, insbesondere Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und von MFIs begebene Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren umfasst. M3 spielt in der geldpolitischen Strategie des Eurosystems eine wichtige Rolle. Der Referenzwert für die Wachstumsrate von M3 – jener Wert, der auf mittlere Frist mit der Gewährleistung von Preisstabilität vereinbar ist – wurde für den Euroraum mit 4,5 % festgelegt.

Marktrisiko: Potenzielle Auswirkungen von Schwankungen auf Finanzmärkten (z. B. Zinssatz-, Aktienkurs- bzw. Wechselkursänderungen) auf Vermögenswerte.

Memorandum of Understanding (MoU): Zwischen Behörden geschlossene Vereinbarung über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch hinsichtlich Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse.

Lissabon-Strategie: Ein auf einem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm mit dem Ziel, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Operationales Risiko (im Bankwesen): Gefahr von Verlusten im Zusammenhang mit dem Verhalten von Mitarbeitern, dem Versagen interner Prozesse oder Systeme sowie aufgrund externer Ereignisse.

Personalisierung von Zahlungskarten: Diese kann optisch oder elektronisch erfolgen. Optische Personalisierung bedeutet Beschriftung mit Kundendaten in verschiedenen Verfahren (z. B. mit Laser, durch Hochprägung oder Thermosublimation). Dabei werden bei einer Zahlungskarte beispielsweise der Name des Kunden, die Bankleitzahl und die Kontonummer oder die Kreditkartennummer aufgebracht. Bei der elektronischen Personalisierung werden die erforderlichen Programme und persönlichen Daten auf den Magnetstreifen und den Chip der Karte geladen.

Rating: Beurteilung der Bonität eines Schuldners (z. B. Staat oder Unternehmen) auf Basis standardisierter qualitativer und quantitativer Kriterien. Auf Basis des Ratingergebnisses wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers ermittelt.

Return on Assets (ROA): Jahresüberschuss nach Steuern im Verhältnis zur Bilanzsumme (Gesamtkapitalrendite).

Risikoorientiertes Meldewesen (ROM): Stellt die Weiterentwicklung des aufsichtsstatistischen Meldewesens dar. Mit der Ausdehnung auf zusätzliche Erhebungsbereiche soll das Einzelrisiko aus den verschiedenen Risikobereichen eines Kreditinstituts noch besser abgebildet werden. Mit dem risikoorientierten Meldewesen werden zusätzlich zum Kredit-, Zinsänderungs- und Marktrisiko nun auch Erhebungsaspekte aus dem Aktienpositionsrisiko und aus dem Bereich des **operationalen Risikos** erfasst. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Erhebung von detaillierten Konzern- und Auslandstochterbanken.

Screening: Abgleich des europäischen Rechts (Acquis communautaire) mit dem Rechtssystem des jeweiligen Beitrittskandidaten. Ziel dieses Prozesses ist es, eventuelle Probleme bei der Umsetzung des Acquis zu identifizieren sowie den Bedarf für eventuelle Übergangsfristen und -lösungen zu ermitteln.

Haftungsumkehr-Klausel: Vertragliche Vereinbarung, dass im Schadensfall derjenige in der Prozesskette, der noch nicht auf den **EMV-Standard** umgestellt hat, für den etwaigen Schaden eines anderen aufkommt, der durch dieses Versäumnis verursacht wurde. Ein Beispiel: Hat die Bank es verabsäumt, ihre Karten mit einem Chip auszustatten oder neue Geldautomaten zu installieren, dann haftet sie für möglicherweise entstehenden Schaden. Hat ein Händler dagegen kein EMV-Terminal und muss deswegen den Magnetstreifen nutzen, obwohl der Kunde auch einen Chip auf der Karte hat, dann muss der Händler für den Schaden aufkommen. Hat es der **Acquirer** verabsäumt, seinem Händler ein passendes **Terminal** anzubieten, fällt der Schaden auf den **Acquirer** zurück.

Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): Im Jahr 1997 beschlossene und 2005 reformierte Ergänzung zum EU-Vertrag mit dem Ziel, öffentliche Budgetdefizite zu begrenzen. Hauptziel des SWP sind mittelfristig ausgeglichene öffentliche Haushalte.

Stresstest: Untersuchung der Auswirkungen von drastischen, aber dennoch plausiblen Stressszenarien im Kredit- und Marktrisikobereich auf die Eigenmittelausstattung einer Bank.

STEP2: Das erste pan-europäische Clearinghaus für vollelektronische, standardisierte grenzüberschreitende Massenzahlungen, die gemäß EG-Verordnung Nr. 2560/2001 nicht höher bepreist werden dürfen als vergleichbare nationale Zahlungen. Die OeNB bietet seit dem Jahr 2003 einen offenen und neutralen Zugang zum STEP2-System an, der von mehr als 150 in- und ausländischen Banken genutzt wird.

Systemrisiko: Das Risiko, dass mehrere Kreditinstitute gleichzeitig in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

TARGET2: Nachfolgesystem von TARGET, das im November 2007 in Betrieb genommen wird. Das Kernstück bildet eine von der Deutschen Bundesbank, der Banca d'Italia und der Banque de France gemeinsam errichtete und betriebene Gemeinschaftsplattform (Single Shared Platform – SSP). TARGET2 wird gegenüber dem bestehenden TARGET-System einen erweiterten, europaweit einheitlichen Funktionsumfang zu harmonisierten Preisen anbieten.

TARGET2-Securities (T2S): Das Konzept von T2S sieht die gemeinsame Führung von Zentralbankgeld- und Wertpapierkonten und zentrale Abwicklung von Delivery-versus-Payment-Transaktionen in einer technischen Plattform vor, die im Eigentum des Eurosystems steht und vom Eurosystem betrieben wird. T2S soll Barrieren abbauen und den **Zahlungsausgleich** von in Euro denominierten Wertpapieren standardisieren. Zudem soll T2S zu Preistransparenz, offenem Zugang, Entbündelung von Serviceleistungen und Preisen führen.

Terminal (im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr): Eingabegerät für die Abwicklung von Zahlungen mit Zahlungskarten, das bei einem Händler an der Kasse aufgestellt wird.

Vor-Ort-Prüfung: Eingehende Überprüfung ausgewählter Banken im Rahmen der Bankenaufsicht, bei der die Prüfer großteils vor Ort tätig sind. Die Kreditinstitute werden in speziellen relevanten Aktionsbereichen überprüft, um zusätzlich zum Meldewesen Informationen aus erster Hand und in individuell abgestimmtem Detaillierungsgrad zu gewinnen, von denen entsprechende aufsichtsrechtliche Aktionen abgeleitet werden können.

WKM II (Wechselkursmechanismus II): Vereinbarung zur wechselkurspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Euroraums und EU-Mitgliedstaaten, die den Euro einführen wollen, konkret die Festlegung des zulässigen Schwankungsbereichs der jeweiligen Wechselkurse zum Euro. Maximal dürfen die Kurse um $\pm 15\%$ gegenüber dem Euro schwanken, es können aber auch engere Schwankungsbreiten festgelegt werden.

Zahlungsausgleich (Settlement): Mit Settlement wird die Erfüllung eines Finanzgeschäfts, insbesondere eines Termingeschäfts, bezeichnet. Man unterscheidet zwischen Barausgleich und effektiver Lieferung des Basiswertes.

Verzeichnis der Kästen, Grafiken, Tabellen

Bericht des Direktoriums über das Geschäftsjahr 2006

Kästen	Seite
1 Globalisierung, Inflation und Geldpolitik	35
2 Gute Beurteilung des IWF für Österreichs Wirtschaft	36
3 Geldvermögensbestände der privaten Haushalte	42
4 Österreich etabliert sich als regionales Finanzzentrum für Zentral, Ost- und Südosteuropa	43
5 Nationale Lissabon-Reformprogramme: Ideen für die österreichische Wirtschaftspolitik	54
6 Österreich profitiert von der EU-Erweiterung <i>Tabelle Österreich als Direktinvestor in Osteuropa</i>	55 56
7 Slowenien – 13. Mitglied des Euroraums <i>Tabelle Kennziffern für Slowenien im Vergleich zum Euroraum</i>	58 59
8 Weltweite Währungsreserven erreichen 5.000 Mrd USD <i>Grafik Zusammensetzung der weltweiten Währungsreserven</i>	69
9 Informationsvielfalt der OeNB-Statistiken	71
10 Neues Erhebungsdesign der österreichischen Zahlungsbilanz	75
11 STEP.AT als nächster logischer Schritt	80
12 Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)	88
Grafiken	
1 Reales BIP	17
2 HVPI-Inflationsrate	17
3 Geldmenge M3 im Euroraum	17
4 Zinssätze im Euroraum	17
5 Bilanzsumme der Banken	17
6 Aufwand-Ertrag-Relation der Banken	17
7 Geschäftliches Ergebnis der OeNB	19
8 Erträge/Aufwendungen der OeNB	19
9 Nettowährungsposition der OeNB	19
10 ARTIS-Transaktionen	19
11 Euro-Banknotenbearbeitung der OeNB	19
12 Schwierigkeiten der Österreicher im Umgang mit dem Euro	25
13 Euro als Maßstab für das Wertgefühl: Wie schwer fällt es den Österreichern, Preise zu bewerten?	25
14 Aufgliederung der Transaktionen nach verwendeten Zahlungsmitteln	26
15 Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum	29
16 Effektiver Wechselkurs des Euro	30

	Seite
17 Entwicklung geldpolitischer Indikatoren im Euroraum	31
18 Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren in Österreich	34
19 Statistikangebot der OeNB im Internet	72
20 Anfragen an die Statistik-Hotline im Jahr 2006 (nach Themenbereichen)	73
21 OeNB-Tochtergesellschaften im unbaren Zahlungsverkehr	82
22 Euro- und US-Dollar-Bargeldumlauf	84
23 Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich	85
24 OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr	89

Tabellen

1 Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für die neuen EU-Mitgliedstaaten	33
2 Gesamtstaatliche Budgetsalden	51
3 Grundpreisschema für TARGET2	81
4 Ein- und Auslieferungen von Euro-Banknoten und -Münzen im Jahr 2006	85
5 Betriebsökologische Kennzahlen der OeNB	98

Jahresabschluss 2006 der Oesterreichischen Nationalbank

Grafiken

Goldbestände der OeNB	113
OeNB-Banknotenumlauf im Fünf-Jahres-Überblick	124
Geschäftliches Ergebnis im Fünf-Jahres-Überblick	132

Tabellen

1 Abschreibungsdauer bei Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	107
2 Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006	108
3 Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember	111
4 Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2006	112
5 Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2006	112
6 Forderungen an den IWF	114

	Seite
7 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	115
8 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	115
9 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	115
10 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	116
11 Erhöhungen des Mindestbietungssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gemäß Beschluss des EZB-Rats	116
12 Zinssatzerhöhungen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität gemäß Beschluss des EZB-Rats	117
13 Intra-Eurosystem-Forderungen	118
14 Sonstige Aktiva	119
15 Gebäude und Grundstücke	120
16 Einrichtung und Maschinen	120
17 Mobile Sachwerte	120
18 Immaterielle Vermögensgegenstände	121
19 Sonstiges Finanzanlagevermögen	121
20 Beteiligungen	121
21 Sonstige Aktiva – Sonstiges	122
22 Banknotenumlauf	123
23 Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs im Fünf-Jahres-Überblick	123
24 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	124
25 Erhöhungen der Zinssätze für die Einlagefazilität gemäß Beschluss des EZB-Rats	125
26 Sonstige Passiva	126
27 Sonstige Passiva – Sonstiges	126
28 Rückstellungen	127
29 Ausgleichsposten aus Neubewertung	129
30 Rücklagen	130
31 Derivative Finanzinstrumente	131
32 Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	132
33 Bezüge und Sachbezüge des Direktoriums	135
34 Mitarbeiterressourcen	135
35 Gezeichnete Anteile am Kapital der EZB	137

Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank

Näheres finden Sie unter www.oenb.at

Geldpolitik & Wirtschaft

vierteljährlich

Die auf Deutsch und Englisch erscheinende Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunktorentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

Statistiken – Daten & Analysen

vierteljährlich

Diese Publikation enthält Kurzberichte und Analysen mit dem Fokus auf österreichischen Finanzinstitutionen sowie auf Außenwirtschaft und Finanzströmen. Den Analysen ist eine Kurzzusammenfassung vorangestellt, die auch in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab. Im Internet sind die Tabellen und Erläuterungen (jeweils deutsch und englisch) sowie ein zusätzliches Datenangebot abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

econ.newsletter

vierteljährlich

Der quartalsweise im Internet erscheinende Newsletter der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB informiert Kollegen aus anderen Notenbanken oder internationale Institutionen, Wirtschaftsforscher, politische Entscheidungsträger und an Ökonomie Interessierte über die Forschungsschwerpunkte und Tätigkeiten der Hauptabteilung Volkswirtschaft. Zusätzlich bietet der Newsletter Informationen über Publikationen, Studien oder Working Papers sowie über Veranstaltungen (Konferenzen, Vorträge oder Workshops) des laufenden Quartals. Der Newsletter ist in englischer Sprache verfasst.

Finanzmarktstabilitätsbericht

halbjährlich

Der auf Deutsch und Englisch erscheinende *Finanzmarktstabilitätsbericht* umfasst zwei Teile: Der erste Abschnitt enthält eine regelmäßige Analyse finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln auch gesonderte Themen herausgegriffen, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

Focus on European Economic Integration

halbjährlich

Der englischsprachige *Focus on European Economic Integration*, die Nachfolgepublikation des *Focus on Transition* (letzte Ausgabe 2/2003), konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und reflektiert damit einen strategischen Forschungsschwerpunkt. Die OeNB publiziert in dieser Reihe einschlägige Länderanalysen sowie empirische und theoretische Studien zu notenbankrelevanten volkswirtschaftlichen Themen. Die Veröffentlichung

von extern begutachteten Studien im *Focus on European Economic Integration* dient unter anderem dazu, einen Gedankenaustausch vor einer etwaigen späteren Publikation in Fachjournalen anzuregen.

Workshop-Bände

drei- bis viermal jährlich

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge eines Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation erscheint großteils auf Englisch.

Working Papers

etwa zehn Hefte jährlich

Die *Working-Paper*-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

Volkswirtschaftliche Tagung (Tagungsband)

jährlich

Die *Volkswirtschaftliche Tagung* der OeNB stellt eine wichtige Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Tagungsband enthält alle Beiträge der Tagung und ist überwiegend in Englisch verfasst.

Conference on European Economic Integration

(Konferenzband)

jährlich

OeNB-Konferenzbandreihe mit Schwerpunkt auf notenbankrelevanten Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Erscheint in einem renommierten internationalen Verlag auf Englisch (Nachfolgekonferenz der „Ost-West-Konferenz“ der OeNB).

Geschäftsbericht

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im *Geschäftsbericht* der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationale Partnerin erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss der OeNB.

Wissensbilanz

jährlich

Die Wissensbilanz beschreibt das intellektuelle Kapital der OeNB sowie dessen Einsatz in Geschäftsprozessen und Leistungen. Sie stellt Zusammenhänge zwischen Human-, Beziehungs-, Struktur- und Innovationskapital dar und macht den Stellenwert einzelner Einflussfaktoren deutlich. Diese ganzheitliche Sichtweise ermöglicht eine Standortbestimmung und eine wissensbasierte strategische Ausrichtung.

Bildnachweis



*Nußdorfer Brücke, Wien
erbaut 1962–1964*



*Europabrücke, Tirol
erbaut 1959–1963*



*Egerndorfer Achbrücke, Wörgl, Tirol
erbaut 2004*



*Steg zur Murinsel, Graz, Steiermark
erbaut 2002*



*Hohe Brücke, Wien
erbaut 1903–1904*



*Lauferbauerbrücke, Gesäuse, Steiermark
neu errichtet 2003*

Adressen der Oesterreichischen Nationalbank

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon</i>	<i>Fernschreiber</i>
Hauptanstalt			
Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3 <i>Internet: www.oenb.at</i> <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	(+43-1) 404 20-6666 Telefax: (+43-1) 404 20-2398	114669 natbk 114778 natbk
Zweiganstalten			
Zweiganstalt Österreich West			
Innsbruck Adamgasse 2	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	(+43-512) 594 73-0 Telefax: (+43-512) 594 73 99	
Zweiganstalt Österreich Süd			
Graz Brockmanngasse 84	Postfach 8 8018 Graz	(+43-316) 81 81 81-0 Telefax: (+43-316) 81 81 81 99	
Klagenfurt 10.-Oktober-Straße 13	10.-Oktober-Str. 13 9020 Klagenfurt	(+43-463) 576 88-0 Telefax: (+43-463) 576 88 99	
Zweiganstalt Österreich Nord			
Linz Coulinstraße 28	Postfach 346 4021 Linz	(+43-732) 65 26 11-0 Telefax: (+43-732) 65 26 11 99	
Salzburg Franz-Josef-Straße 18	Franz-Josef-Str. 18 5020 Salzburg	(+43-662) 87 12 01-0 Telefax: (+43-662) 87 12 01 99	
Repräsentanzen			
Oesterreichische Nationalbank London Representative Office 5 th floor, 48 Gracechurch Street London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich		(+44-20) 7623-6446 Telefax: (+44-20) 7623-6447	
Oesterreichische Nationalbank New York Representative Office 745 Fifth Avenue, Suite 2005 New York, N. Y. 10151, USA		(+1-212) 888-2334 (+1-212) 888-2335 Telefax: (+1-212) 888 2515	(212) 422509 natb ny
Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenberg 30 B 1040 Brüssel, Belgien		(+32-2) 285 48-41, 42, 43 Telefax: (+32-2) 285 48 48	
Ständige Vertretung Österreichs bei der OECD 3, rue Albéric-Magnard F 75116 Paris, Frankreich		(+33-1) 53 92 23-39 (+33-1) 53 92 23-44 Telefax: (+33-1) 45 24 42-49	

UNSER AUFTRAG UND UNSERE AUFGABEN

Auftrag

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). In dieser Funktion agiert sie in voller personeller, finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit.

Die OeNB richtet ihre Zielsetzungen und ihr Verhalten an den Grundsätzen Vertrauen, Stabilität und Sicherheit aus. Das vorrangige Ziel des Eurosystems und somit auch der OeNB ist es, die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet zu gewährleisten, um damit die Kaufkraft der Bevölkerung im Euroraum zu erhalten.

Aufgaben

Mitwirkung bei geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems

- Mitwirkung des Gouverneurs im Rat und im Erweiterten Rat der Europäischen Zentralbank (EZB)
- Volkswirtschaftliche Analysen und Forschungstätigkeit

Operative Geldpolitik/Reservenmanagement

- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Management der eigenen Währungsreserven sowie des der OeNB zur Verwaltung übertragenen Teils der Währungsreserven der EZB
- Abwicklung und Überwachung der Mindestreserven der österreichischen Banken

Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

- Mitwirkung bei der Aufsicht über inländische Kreditinstitute und Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte
- Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten

Bereitstellung von Statistiken

- Bereitstellung von aussagekräftigen, hochwertigen Statistiken, v. a. Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken wie z. B. die Zahlungsbilanz und die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Bargeldversorgung

- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit sicheren Banknoten und Münzen sowie Gewährleistung eines reibungslosen Bargeldumlaufs

Zahlungsverkehr

- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland

Nationale/Internationale Kooperation

- Zusammenarbeit mit nationalen Gremien wie Finanzmarktaufsicht, Staatsschuldenausschuss, Statistikrat u. a.
- Mitarbeit in zahlreichen Gremien des Eurosystems, des ESZB und der EU
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit mit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ)

Gutachter- bzw. Beratertätigkeiten

- Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und Stellungnahmen

AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN ZUR OeNB

	2006	2005
Unternehmenskennzahlen		
<i>Stand 31. Dezember</i>		<i>in Tsd EUR</i>
Nettowährungsposition	12.861.283	12.206.230
Banknotenumlauf	16.814.844	15.128.006
Bilanzsumme	53.377.876	46.389.785
Geschäftliches Ergebnis	192.955	488.013
Körperschaftsteuer	48.239	122.003
Gewinnanteil des Bundes	130.244	329.409
Bilanzgewinn	14.472	36.601
		<i>absolut</i>
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche	931,7	947,5

Wissensbilanz

		Anzahl
Auskünfte der OeNB-Hotlines	38.153	33.535
Abonnenten der Newsletter	14.953	12.834
OeNB-Publikationen	64	67
Forschungskooperationen mit externen Partnern	44	42
Arbeitsaufenthalte (ein Monat oder länger) bei nationalen und internationalen Institutionen	29	25

Umweltbilanz

Wärmeverbrauch, in kWh/m ²	62	66
Stromverbrauch, in MWh/Mitarbeiter	8,0	8,3
Recyclingpapieranteil, in %	90	90

Quelle: OeNB.

UNSER LEITBILD

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) haben im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen veröffentlicht:

Vorrangiges Ziel des Eurosystems ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben durch Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr. Gestützt auf unser Erfahrungskapital sowie auf den Austausch von Wissen wollen wir im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.

Das Unternehmensleitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.

Wir stellen das Vertrauen in die OeNB durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.

Unsere Leistungen und Produkte sind stark kundenorientiert, um einen hohen Nutzen bei den Kunden und Partnern zu stiften.

Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleisten wir eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, insbesondere des Umweltschutzes.

Unseren Kunden und Partnern gegenüber treten wir kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.

Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft unseren Arbeitsstil.

ORGANISATIONSPLAN

Präsident Herbert Schimetschek	Vizepräsident Dr. Manfred Frey
Referat des Generalrats AL Dr. Dr. Richard Mader	

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
Referat des Gouverneurs AL DRR Mag. Dr. Wolfgang Ippisch
Innenrevision AL DRR Wolfgang Winter
Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit AL Mag. Günther Thonabauer
Abteilung für Planung und Controlling AL Mag. Gerhard Hohäuser
Jubiläumsfonds AL Dr. Wolfgang Höritsch
Personalabteilung AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger
Hauptreferat Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung DHR Mag. Peter Achleitner

Ressort Geld- und Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek
Rechtsabteilung AL DRR Dr. Hubert Mölzer
Hauptabteilung Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr DHA Wolfgang Pernkopf
Abteilung für IT- und Zahlungsverkehrsstrategie AL Mag. Dr. Walter Hoffenberg
IT-Development AL DRR Dr. Reinhard Auer
IT-Operations AL Dipl.-Ing. Erich Schütz
Zahlungsverkehrsabteilung AL DRR Mag. Andreas Dostal
Hauptabteilung Hauptkasse und Zweiganstalten HAL Dr. Stefan Augustin
Hausdruckerei TL Gerhard Habitzl
Banknoten- und Münzenkasse Kassendirektor AL Mag. Dr. Gerhard Schulz
Zweiganstalt Österreich Nord DZA Josef Kienbauer
Zweiganstalt Österreich Süd DZA Mag. Friedrich Fasching
Zweiganstalt Österreich West DZA Mag. (FH) Armin Schneider
Hauptabteilung Rechnungswesen HAL Friedrich Karrer
Abteilung Bilanzierung AL Elisabeth Trost
Abteilung Zentralbuchhaltung AL Herbert Domes

Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl
Hauptabteilung Volkswirtschaft DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner
Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan
Abteilung für volkswirtschaftliche Studien AL Mag. Dr. Martin Summer
Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen AL Mag. Franz Nauschnigg
Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland AL Mag. Dr. Doris Ritzberger-Grünwald
Repräsentanz Brüssel Mag. Marlies Stubits-Weidinger
Repräsentanz Paris Mag. Dr. Konrad Pesendorfer
Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung DHA Mag. Andreas Ittner
Abteilung für Finanzmarktanalyse AL Dr. Michael Würz
Abteilung für Bankenanalyse und -revision AL Mag. Helmut Ettl
Kreditabteilung AL DRR Mag. Dr. Franz Richter

Ressort Investitionspolitik, Interne Dienste und Statistik Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
Beteiligungsverwaltung AL Mag. Franz Partsch
Hauptabteilung Treasury DHA Mag. Dr. Rudolf Trink
Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko AL Reinhold Wanka
Treasury – Front Office AL DRR Mag. Walter Sevcik
Treasury – Back Office AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli
Repräsentanz London Mag. Carmencita Nader-Uher
Repräsentanz New York Mag. Gerald Fiala
Hauptabteilung Organisation und Interne Dienste DHA Mag. Albert Slavik
Organisationsabteilung¹ AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland
Abteilung für Einkauf, Technik und Service AL Mag. Thomas Reindl
Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten AL Gerhard Valenta
Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice AL DRR Susanne Ried
Hauptabteilung Statistik DHA Mag. Dr. Aurel Schubert
Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve AL Gerhard Kaltenbeck
Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten AL Eva-Maria Nesvadba

AL Abteilungsleiter

DHA Direktor der Hauptabteilung

DHR Direktor des Hauptreferats

DRR Direktionsrat

DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt

HAL Hauptabteilungsleiter

TL Technischer Leiter

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs
Stand per 24. April 2007

Der Geschäftsbericht der OeNB informiert gemäß Nationalbankgesetz über die Geldpolitik des Eurosystems, Entwicklungen der Wirtschaftslage, der Finanzmärkte, des Zahlungsverkehrs und des Bargeldsektors. Ferner werden die Aufgaben und die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

Produktmanager

Manfred Fluch

Inhaltliche Gestaltung

Gernot Ebner, Manfred Fluch, Matthias Fuchs, Johannes Haushofer, Oliver Huber, Georg Hubmer, Markus Pammer, Michael Pfeiffer, Anton Schautzer, Doris Schmid, Josef Schreiner, Manfred Zipko

Lektorat und Redaktion

Alexander Dallinger, Ingeborg Schuch

Technische Gestaltung

*Peter Buchegger (grafische Gestaltung)
Erika Gruber (Layout, Satz)
Hausdruckerei der OeNB (Druck und Herstellung)*

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem MUNKEN Lynx

Fotografien

Michael Dürr, Peter Rigaud

Rückfragen

*Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-6666
Telefax: (+43-1) 404 20-6698
E-Mail: oenb.info@oenb.at*

Bestellungen/Adressenmanagement

*Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-2345
Telefax: (+43-1) 404 20-2398
E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at*

Impressum

*Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Günther Thonabauer, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Internet: www.oenb.at
Druck: Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien
© Oesterreichische Nationalbank, 2007
Alle Rechte vorbehalten.*

Im Sinne einer verbesserten Lesbarkeit wurde auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich der Text immer sowohl auf Frauen als auch Männer bezieht.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendungen und Lehrtätigkeiten sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

DVR 0031577

Wien, 2007

